

# Die Politische Meinung



## NEUE KULTURKÄMPFE?

—  
Wege aus der Polarisierung

**ZUM SCHWERPUNKT** Dieter Thomä, Das „Wir“-Problem; Armin Nassehi, Kollektive und Polarisierung; Stephan Bierling, Zur gesellschaftlichen Spaltung der USA; Hannes Bajohr, Verstrickte Freiheit; Christine Henry-Huthmacher, Gender und Identität

**INTERVIEW** Joachim Gauck: „Polarisierung ist kein Schicksal“

**IMPULSE** C. Katharina Spieß, Antworten auf Bildungsungleichheit

**BILDER UND GESCHICHTE** Wolfgang Tischner, Das Kaiserreich. Anton von Werners Deutungen

9 €, Nr. 566, Januar/Februar 2021, 66. Jahrgang, ISSN 0032-3446, [www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de)



Das *Peace Monument* am Kapitol in Washington, D.C., 11. Januar 2021. Die Figuren verkörpern die Musen Melpomene und Klio – „Trauer“ und „Geschichte“. Foto: © picture alliance / newscom | KEVIN DIETSCH

Let the globe, if nothing else, say this is true:  
That even as we grieved, we grew.  
That even as we hurt, we hoped.  
That even as we tired, we tried.  
That we'll forever be tied together, victorious.  
Not because we will never again know defeat,  
but because we will never again sow division.

*Auszug aus dem Gedicht „The Hill We Climb“,  
Amanda Gorman, Washington, D.C., 20. Januar 2021*

## Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Einmal mehr übertrafen sich die Bekundungen des Abscheus und Entsetzens über eine antidemokratische Schandtat. Die Pöbel- und Gewaltszenen im amerikanischen Kongressgebäude verlangten nach besonders starken Worten; leider sind sie gleichermaßen Ausdruck von Ohnmacht: Fast die Hälfte der amerikanischen Wählerschaft hatte im November 2020 für den damaligen Präsidenten gestimmt, der das Misstrauen gegenüber den demokratischen Institutionen und ihren Vertretern ebenso sehr verkörpert wie befeuert.

Sind fast 75 Millionen Trump-Wählerinnen und -Wähler verblendet und fehlgeleitet oder bedauernswerte Rechtsabweichler, denen nicht zu helfen ist? Vom erhabenen Standort demokratischer Rechtgläubigkeit ist dem Problem nicht beizukommen. Ungewollt treibt der moralisierende Gestus die Polarisierungsspirale sogar an und gibt Populisten ihr Futter: Im Wechselspiel von Empörung und Gegenempörung wähnt sich irgendwann jeder als Widerstandskämpfer in eigener Sache. Positionen werden nicht mehr verhandelt, sondern zementiert oder durchgeboxt, Kulturkampf statt offener Debatte. Die einen werden die ideologischen Gräben nicht verlassen, solange die anderen in den ihren verharren.

Politik ist existenziell auf ihr Grundsatzproblem zurückgeworfen, auf das Verhältnis von Ordnung und Störung. Wo verlaufen die Ränder, wo sind Grenzüberschreitungen notwendig? Offenbar sind es viel zu viele Wähler, die außerhalb stehen oder sich abseits stellen. Alle Hoffnungen, die Spaltung in der amerikanischen Gesellschaft zu überwinden, sind nun auf Joe Biden gerichtet, der neue Andockstellen jenseits der eigenen Anhängerschaft finden muss. Ob seine Kraft dazu ausreicht, entscheidet sich nicht nur im Kampf gegen die nationalistische Rechte, sondern auch darin, die Ansprüche radikal linker Strömungen zu beschränken.

Bleibe Biden der Einzige, der nach Wegen aus der Polarisierung sucht – er wäre verloren. Viele andere werden aus ihren ideologischen Komfortzonen heraustreten müssen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Nicht allein in den USA werden Streitfragen im Modus moralischer Überlegenheit debattiert. Diese Kulturkämpfe sind Menetekel für plurale Gesellschaften, in denen bei aller Auseinandersetzung und Abgrenzung gegenüber Extremisten der Sinn für das Öffentliche und Gemeinschaftliche (*Sensus communis*) nicht verloren gehen darf. „Wir brauchen das Flüchtigste überhaupt in einer Demokratie: Einigkeit“, rief der neue US-Präsident Joe Biden seinem Publikum zu.

*Bernd Löhmann*

## INHALT

### 1 EDITORIAL

#### SCHWERPUNKT

## Neue Kulturkämpfe? Wege aus der Polarisierung

### 14 WER KÄMPFT HIER GEGEN WEN?

Matthias Oppermann

Der Westen und das Problem des Kulturkampfes

### 20 DAS „WIR“-PROBLEM

Dieter Thomä

Warum die Demokratie in der Krise ist und wie sie aus ihr herauskommt

### 26 INTERVIEW: „POLARISIERUNG IST KEIN SCHICKSAL“

Joachim Gauck über emotionsgeladene Antipolitik, forcierte Fortschrittsmodelle und die kämpferische Tugend der Toleranz

### 33 JENSEITS VON SACHFRAGEN

Armin Nassehi

Die Herstellung von Kollektiven als Kern der Polarisierung

### 38 ZWEI STÄMME

Stephan Bierling

Wie die USA die gesellschaftliche Spaltung überwinden können

### 43 VERSTRICKTE FREIHEIT

Hannes Bajohr

Judith Shklar und die Stimmen der Opfer

### 53 GENDER UND IDENTITÄT

Christine Henry-Huthmacher

Einblicke in eine unübersichtliche Debatte

### 62 WELTWEITE TEILHABE

Markus Hilgert

Die neue „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“

### 71 TOTAL AUTHENTISCH?

Stephan Schaede

Teilrehabilitation eines Polarisierungstreibers

### 89 IDENTITÄT GEGEN DEMOKRATIE?

Uwe Backes, Patrick Moreau

Europas „radikale populistische Rechte“ als Herausforderung für eine Politik der Mitte

### 93 „POSITIVE UNGLEICHHEIT“

Klaus Schroeder

Linksextremismus und Polarisierung

## Kommentiert

### 48 IDENTITÄRER FUNDAMENTALISMUS?

Ulrike Ackermann

Folgen der Moralisierung und Polarisierung

### 78 PÄDAGOGISCHE GRENZAUFLÖSUNG

Bernd Ahrbeck

Gender-Mainstreaming und ein totales Inklusionsbegehren führen zum Orientierungsverlust der Schulen

## Erinnert

### 66 KEIN FRÜHLING, EIN VORBOTE

Andreas Jacobs

Zur Lesart der arabischen Umbrüche vor zehn Jahren

## Impulse

### 84 ES FÄNGT FRÜH AN

C. Katharina Spieß

Antworten auf Bildungsungleichheit

### 99 NACH DEM BREXIT

Joachim Pfeiffer, Frank Umbach

Energiepolitische Kooperationen mit den Visegrád-Staaten

## Gelesen

### 104 KRIEG UND EINHEIT VOR 150 JAHREN

Christopher Beckmann

Neue Literatur über Wilhelm I., die Reichsgründung und das historische Erbe des Kaiserreichs – Teil II

## Bilder und Geschichte

### 110 DAS KAISERREICH

Wolfgang Tischner

Anton von Werners Deutungen

## Würdigung

### 120 SCHRIFTSTELLER DER EINHEIT

Michael Braun

Günter de Bruyn zum Gedenken

### 125 AUS DER STIFTUNG

### 128 FUNDSTÜCK



## Visiotypisch inkorrekt

In der Serie „Variation of White“ führt die finnische Fotokünstlerin Miia Autio das Wahrnehmungsmuster von „schwarz“ und „weiß“ ad absurdum. In Wahrheit zeigen ihre Porträts Afrikanerinnen und Afrikaner mit Albinismus, also mit heller Haut- und Haarfarbe. Doch stellt sie – indem sie für die Bilder nicht das Foto-Positiv, sondern dessen Negativ verwendet – unseren „pigmentokratisch“ geprägten Erwartungshorizont wieder her. Wer mehrere Sekunden lang den roten Punkt in den Abbildungen fixiert und danach auf eine weiße Fläche schaut, kehrt den Sinneseindruck von „schwarz“ nach „weiß“ noch einmal um.

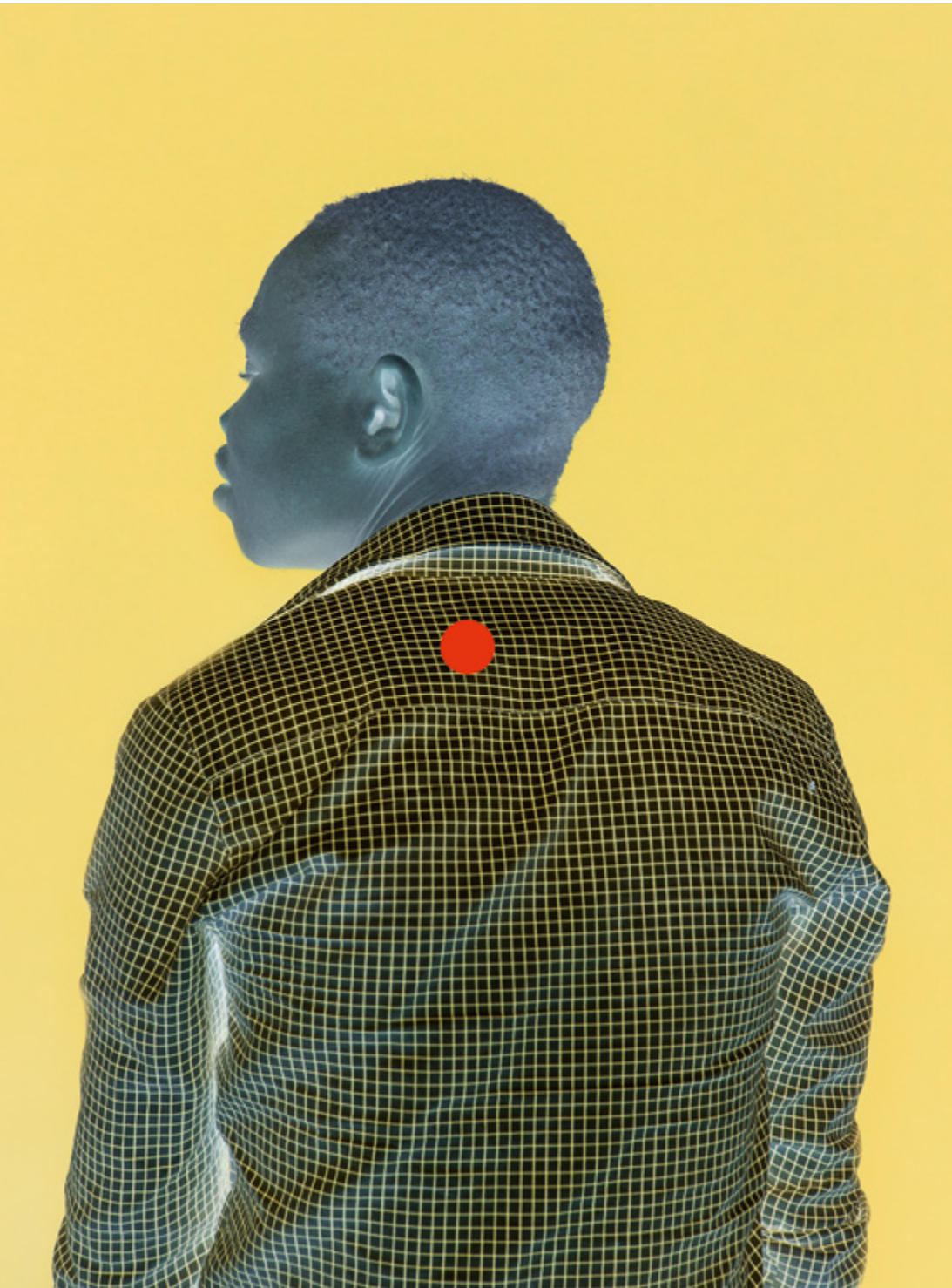
Über Anders- und Fremdsein muss man angesichts fortdauernder Vorurteile sprechen. Oft herrscht kaum eine Vorstellung davon, was Diskriminierung für die Betroffenen bedeutet. Aber vielleicht gelingt es, so zu diskutieren, dass man im anderen nicht nur das andere, sondern das Gemeinsame erkennt. So ist in Neuseeland die Maori Nanaia Mahuta nicht Minderheitenbeauftragte, sondern Außenministerin, die für das ganze Land spricht.

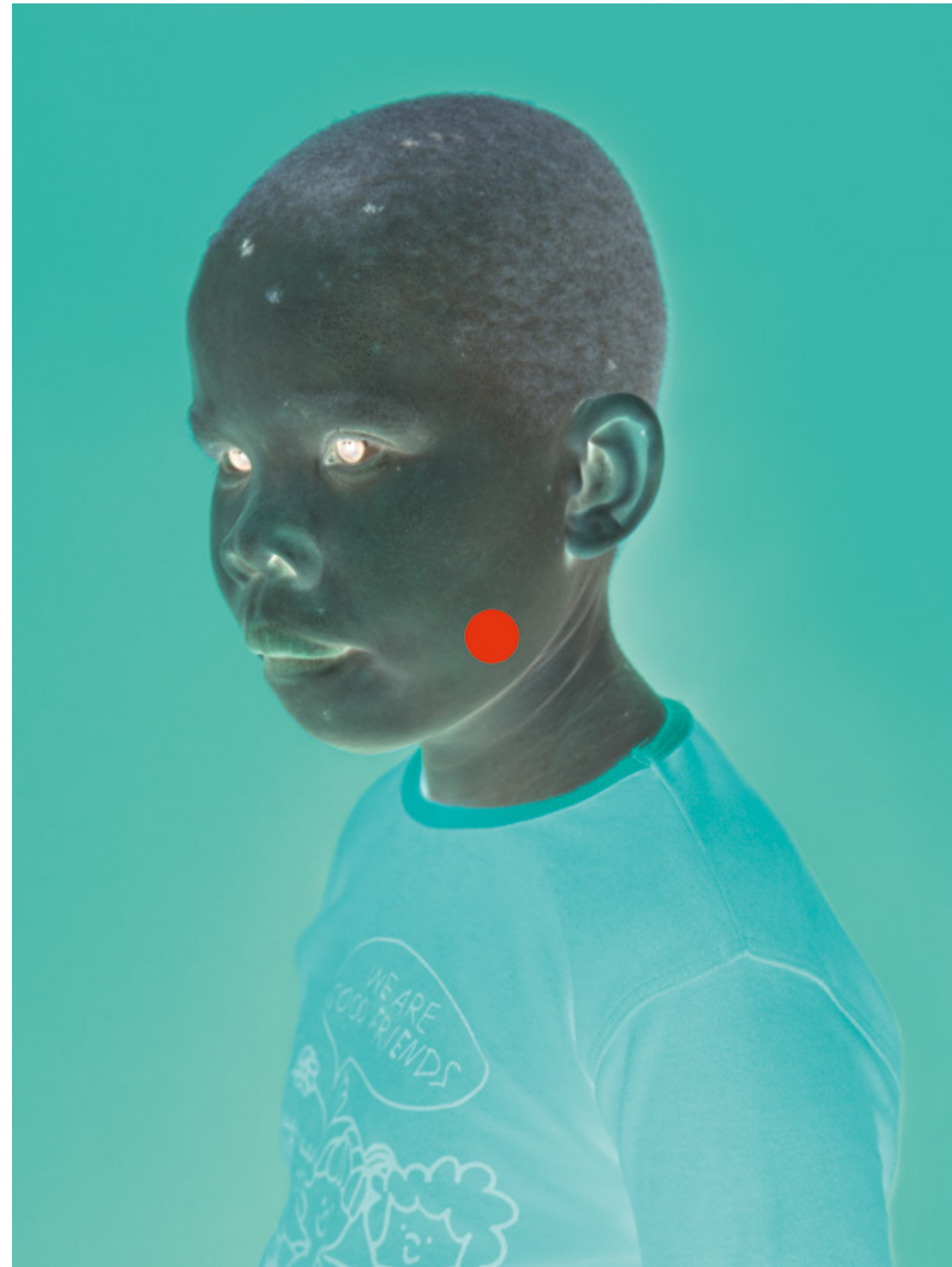
© Miia Autio

# Neue Kulturkämpfe?

## — Wege aus der Polarisierung











# Wer kämpft hier gegen wen?

—  
Der Westen und das Problem des Kulturkampfes

## MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974, Stellvertretender Leiter Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-Demokratische Politik und Leiter Zeitgeschichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, Privatdozent für Neuere Geschichte, Universität Potsdam.

George H. W. Bush hatte es nicht leicht mit seiner Partei. Immer wieder vertrat er im Laufe seiner politischen Karriere Positionen, die er selbst eigentlich ablehnte. Hätte er es nicht getan, wäre er nicht weit gekommen und sicher nicht im November 1988 zum 41. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden. Als moderater Republikaner blieb

ihm in einer Partei, deren Gewicht sich seit den 1960er-Jahren mehr und mehr nach rechts verlagerte, nichts anderes übrig, als den sogenannten „movement conservatives“ den Eindruck zu vermitteln, als teile er ihre Ziele. Dass sie ihm das nicht unbedingt glaubten, erlebte er in den Vorwahlen von 1988, als ihm eine Anhängerin des mit ihm konkurrierenden evangelikalen Fernsehpredigers Pat Robertson bei einer Wahlkampfveranstaltung den Handschlag verweigerte. Konsterniert notierte er später in seinem Tagebuch über die

Vertreter der christlichen Rechten: „Sie sind furchteinflößend. Sie sind aus unheimlichen, außerordentlich rechtsgerichteten Motiven dabei. Die Partei ist ihnen gleichgültig. Alles ist ihnen gleichgültig. Sie sind maßlos. Sie könnten Nazis sein, sie könnten Kommunisten sein, sie könnten was auch immer sein. In diesem Fall sind sie religiöse Fanatiker, und sie sind unheimlich. Sie werden die Partei zerstören, wenn man ihnen erlaubt, sie zu übernehmen.“<sup>1</sup>

Und doch musste er diese unheimlichen Zeitgenossen wie Parteifreunde behandeln. Er war von ihnen durch einen Graben getrennt, musste aber den Eindruck erwecken, als verlaufe der Graben an einer anderen Stelle, nämlich zwischen Republikanern und Demokraten. So einfach war es jedoch nicht; noch waren beide Parteien trotz fortschreitender Ideologisierung in jeder Hinsicht heterogene Wählerkoalitionen. Der große Konflikt, für den sich in den 1990er-Jahren der Begriff *culture war* in Wissenschaft und Medien durchsetzte, war kein Konflikt zweier klar abgegrenzter Lager, sondern durchzog das Land in einer Zickzacklinie. An seinem Ursprung lagen religiöse Überzeugungen und Gegensätze, aber das war nichts Neues.

H. L. Mencken, einer der in seiner Zeit einflussreichsten Journalisten mit zum Teil recht extravaganten Auffassungen, hatte bereits 1930 geschrieben: „Oberhalb der breiten Masse überlebt vom Christentum heute nicht mehr als eine Art Humanismus, der kaum mehr Übernatürliches beinhaltet, als man in der Mathematik oder der Nationalökonomie findet.“<sup>2</sup> Er ist deshalb als ein früher Vertreter der progressiven Seite im späteren *culture war* bezeichnet worden.<sup>3</sup> Doch Menckens moralischer Progressivismus, der sich nicht leugnen lässt, verband sich mit einem an Friedrich Nietzsche geschulten Elitismus und einer tiefen, ziemlich unamerikanischen Skepsis gegenüber der Demokratie. Veränderungen der Gesellschaftsordnung waren dem libertären Konservativen ein Graus, und er hätte sich auf der Seite der heutigen amerikanischen Linken, der Propagandisten von „demokratischem Sozialismus“, Gendertheorie und Identitätspolitik, ganz gewiss nicht wohlgefühlt. Dass er der heutigen Mehrheit der Republikanischen Partei ebenfalls nicht vermittelbar gewesen wäre, zeigt, wie schwer es ist, alle politisch-kulturellen Fragen auf eine einfache Links-Rechts-Dichotomie zu reduzieren.

Diese Einsicht ist auch deshalb wichtig, weil sie die als verbrieftes Wissen geltende Idee, Amerika sei in zwei unversöhnliche Lager gespalten, zumindest infrage stellt. Dass Amerika ein gespaltenes Land sei, konnte man auch nach den Präsidentschaftswahlen im November 2020 wieder allorten hören. Doch diese Feststellung ist entweder banal oder falsch: Banal ist sie, weil alle liberalen Gesellschaften gespalten sind. Völlige politische oder kulturelle Einheit gibt es nur in totalitären Systemen. Das Ziel des Liberalismus ist es nicht, Unterschiede zu beseitigen, sondern sie für alle erträglich zu machen. Überdies ist ein knappes Ergebnis bei einer Direktwahl, die zu einer Entscheidung zwischen zwei parteipolitisch geprägten Möglichkeiten zwingt, nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen. Es führt vielmehr vor Augen, dass

nicht eine von beiden Seiten übermächtig ist, dass also Wechsel in die eine oder andere Richtung möglich bleiben.

Allein die historische Erfahrung, wenn nicht der gesunde Menschenverstand, sagt uns, dass sich nicht alle Wähler, wie suggeriert wird, aus Überzeugung für den einen oder anderen Kandidaten entschieden haben. Zahlreiche individuelle Motive sind für die eine oder andere Wahlentscheidung denkbar, und die Demoskopen können sich ihnen allenfalls annähern. Gewiss, das ändert nichts an der Tatsache, dass sich die amerikanische Wählerschaft seit den 1960er-Jahren immer stärker polarisiert hat. Dabei folgte die Entwicklung der Parteien derjenigen der Gesellschaft und nicht umgekehrt. Aber die Vereinigten Staaten sind keine ganz und gar „zweigeteilte Nation“, wie der amerikanische Politikwissenschaftler James Campbell gezeigt hat. Es sei zwar ein Mythos, dass Amerika im Kern eine „gemäßigte Nation“ sei, schreibt er in seinem Buch *Polarized*, aber diejenigen Amerikaner, die sich als *moderates* bezeichneten, seien zumindest eine gewichtige Minderheit.<sup>4</sup>

Warum herrscht dann in den Vereinigten Staaten nach allgemeiner Ansicht ein *culture war*, ein Kulturkampf? Oder anders gefragt: Wer kämpft eigentlich gegen wen? Zum einen zwingt die parteipolitische Polarisierung auch die Gemäßigten dazu, sich entweder dauerhaft oder von Fall zu Fall für eine der beiden Parteien zu entscheiden; zum anderen dominieren ideologische Motive den medialen und wissenschaftlichen Diskurs. Moderate Stimmen gehen im Kampf der Fernsehanstalten, Radiosender und politisierten Geisteswissenschaften unter. Weil dieser ideologische Konflikt aus ihrer Sicht die amerikanische Nation strukturiert, sprechen viele Politikwissenschaftler, Soziologen, aber auch Journalisten und Politiker von einem *culture war* oder von *culture wars*. Kategorien wie Rasse, Klasse oder der Unterschied von Stadt und Land spielten darin nur noch eine untergeordnete Rolle. Im Kulturkampf, dessen Beginn viele im Aufstieg der „Gegenkultur“ der 1960er-Jahre sehen, andere schon in der Zeit der *Progressive Era* zwischen 1890 und 1920, seien „Werte“, moralisches Empfinden und der Lebensstil bestimmend. Abtreibung, Homosexualität, Pornographie, Drogenkonsum – das waren die Themen, die seit den 1960er-Jahren ins Zentrum des Kulturkampfes rückten.

Nicht nur aus „liberaler“ Sicht haben die Linken bei diesen Themen längst gewonnen, hat sich also die „Gegenkultur“ durchgesetzt. Deswegen streben die linken „Kulturrevolutionäre“ heute nach Höherem, nach der Kontrolle der Sprache und des Denkens, nach der umfassenden Umgestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage tatsächlicher oder imaginierten Identitäten. Das Bewusstsein bestimmt dabei das Sein, und das persönliche Empfinden wird zum Maßstab. Das ist, wie der amerikanische Soziologe Mark Lilla geschrieben hat, nichts anderes als eine Abdankung des alten, zentristischen amerikanischen Liberalismus. Der Liberalismus des 21. Jahrhunderts habe den Sinn dafür verloren, was ein „gemeinsamer *way of life*“ sein könnte.<sup>5</sup> Die politische Rechte reagiert darauf ebenso ideologisch wie ihre „liberalen“

Gegner und hat sich mit mehr als zweifelhaften Verbündeten am rechten Rand der amerikanischen Gesellschaft und Politik eingelassen. Ein Großteil der amerikanischen „Konservativen“ versteht nicht, dass die Politische Korrektheit zwar eine Ideologie sein kann, dass der erbitterte Kampf gegen sie aber nicht minder ideologische Züge trägt. Ähnliches gilt für die alten Streitpunkte Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe, bei der sich die Linke von postmodernen Phantasien und die Rechte von einem fundamentalistischen Verständnis des Christentums leiten lässt. Eine einseitige Polarisierung gibt es nicht. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl von 2016 ist deshalb als Folge eines wechselseitigen Radikalisierungsprozesses anzusehen, den sich der nur als „Konservativer“ maskierte Demagoge Donald Trump zunutze machte.

## KULTURKAMPF HEUTE UND GESTERN

Wenngleich die Schauplätze dieser Auseinandersetzung die längst zur Domäne der Linken gewordenen Eliteuniversitäten, die Schulen und die Medien sind, geht sie doch die gesamte amerikanische Gesellschaft an. Der amerikanische Kulturkampf ist, dem demokratischen Charakter der Gesellschaft entsprechend, ein umfassendes Phänomen. Verglichen damit war der Kulturkampf der „liberalen Ära“ des Deutschen Kaiserreichs allenfalls ein blasser Abglanz eines echten Kulturkampfes. Der deutsche Kulturkampf von 1871 bis 1878 fand zwar auch in der Öffentlichkeit statt, berührte mithin die gesamte Gesellschaft und das Leben der Menschen – das aber in weit schwächerem Maße als der amerikanische *culture war*. Das lag zum einen an den nicht vorhandenen beziehungsweise geringer ausgeprägten medialen und partizipatorischen Möglichkeiten, zum anderen aber auch daran, dass der deutsche Kulturkampf kein Konflikt zwischen sich feindlich gegenüberstehenden Teilen der Gesellschaft war, sondern ein Zusammenprall des modernen Staats und des Liberalismus auf der einen und der Katholischen Kirche auf der anderen Seite.

Das war keine deutsche Besonderheit, sondern eine gesamteuropäische Angelegenheit. Auch in Italien und Frankreich suchte der Staat die Auseinandersetzung mit der Kirche, vor allem in Frankreich sogar mit weit größerer Schärfe und über einen längeren Zeitraum als im Deutschen Reich. Denn im weitgehend katholischen Frankreich, wo nicht nur Juden, sondern auch Protestanten eine Minderheit waren, handelte es sich um eine ähnlich strukturelle Spaltung, wie wir sie heute in den Vereinigten Staaten beobachten können: Dort standen den antiklerikal und agnostisch, wenn nicht atheistisch, gewordenen Katholiken die gläubigen, der Kirche verbundenen Katholiken gegenüber. Die republikanisch-antiklerikale Seite zwang den konservativen Katholiken im Jahr 1905 das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat auf. In Deutschland dagegen wandte sich Otto von Bismarck zwar gegen die politische Macht der ultramontan, antimodern und integristisch gewordenen

Katholischen Kirche sowie gegen die von ihm als verlängerter Arm der Kirche missverstandene Zentrumsparterie. Unterstützt wurde er von den eigentlich nicht antireligiös eingestellten, aber antikatholisch gewordenen Liberalen. Aber Bismarcks Motive waren rein politischer Natur. Trotz eines gewissen protestantischen Überlegenheitsgefühls war er immerhin konservativ genug, um zu erkennen, dass er in gesellschaftspolitischen Fragen mit der Katholischen Kirche mehr gemeinsam hatte als mit den Liberalen.

Bismarck brach den Kulturkampf 1878 ab, als ihm klar wurde, dass er seine Ziele nicht erreichen konnte. Das Zentrum war nicht in die Knie gegangen, sondern sogar stärker geworden, und Bismarck, der sich von den Liberalen abwandte, strebte nun ein Bündnis aus protestantischen Konservativen und dem Zentrum zu seiner Unterstützung an. 1887 legten das Deutsche Reich und der Vatikan den Konflikt offiziell bei. Was waren seine Ergebnisse? Mehr noch als Bismarck hatten die Liberalen das Gegenteil von dem erreicht, was ursprünglich angestrebt war: Das katholische Milieu ließ sich nicht aufbrechen, auch nicht von der Kirche trennen, sondern ging gefestigt aus dem Konflikt hervor. Und die Stärkung des Zentrums verhinderte dauerhaft die Entstehung einer großen liberal-konservativen Sammlungspartei von Protestanten und Katholiken, die erst 1945 mit der CDU gegründet wurde. Gleichwohl hatten Protestanten und Katholiken im Kaiserreich trotz unterschiedlicher Lebenswelten keinen dauerhaften Konflikt, in dem die eine der anderen Seite ihre „Werte“ aufzwingen wollte. Sie koexistierten mehr, als dass sie konfigurierten. Überdies bestand Deutschland nicht nur aus ultramontanen Katholiken und liberalen Protestanten. Es gab andere, ebenso wichtige Gräben zwischen verschiedenen Gruppen von Deutschen.

## VERWERFUNGEN IM „CULTURE WAR“

Der Kulturkampf blieb zwar im kollektiven Gedächtnis der deutschen Katholiken haften – im Übrigen auch bei vielen Protestanten –, aber nur als eine Episode der deutschen Geschichte, als ein zeitlich begrenztes Phänomen, das man Bismarck anlasten konnte. Eine dauerhafte Polarisierung der deutschen Gesellschaft folgte daraus nicht, und angesichts des Verblässens der Erinnerung daran wird der Begriff „Kulturkampf“ in Wissenschaft und Medien mehr und mehr mit anderen Ereignissen und Konstellationen verbunden. So ist etwa der amerikanische *culture war* schon seit Längerem vor allem über die Universitäten in anderen westlichen Staaten angekommen, zunächst in den angelsächsischen Ländern, dann auch in Deutschland und Skandinavien, zuletzt in romanischen Ländern. Ohne bislang dieselben politischen Folgen zu haben, führt der Import dieses Konflikts zu ähnlichen kulturellen und gesellschaftlichen Phänomenen, zum Aufeinanderprallen einer sich aufgeklärt fühlenden Avantgarde in Wissenschaft, Medien und Politik, die die menschliche Natur

neu erfinden will, und den Verteidigern traditioneller „Werte“. Man sollte sich freilich nicht zu sicher fühlen: Auch in anderen Ländern des Westens kann diese Entwicklung zu ähnlichen politischen Verwerfungen führen wie in den Vereinigten Staaten.

Das ist umso bedauerlicher, als dieser Kulturkampf im Innern des Westens davon ablenkt, dass es andere, innere und äußere Konflikte und Bedrohungen gibt, die mehr Aufmerksamkeit verdient hätten. Das westliche Zivilisationsmodell wird nicht nur an den Folgen der COVID-19-Pandemie lange zu tragen haben, sondern sieht sich mit China durch eine Großmacht mit einer „totalitären Machtstruktur“<sup>6</sup> herausgefordert. Auch das Problem des Islamismus, das gerade Vertreter der hegemonial gewordenen linken „Gegenkultur“ gern vergessen würden, hat sich mit der Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty im Oktober 2020 und einigen anderen Anschlüssen in Frankreich, Deutschland und Österreich mit Macht zurückgemeldet. Manche sprechen in diesem Zusammenhang bereits von einem neuen Kulturkampf. Aber ein Kulturkampf wäre es nur, wenn die Unterscheidung zwischen dem Islam an sich und dem Islamismus als politischer Ideologie verloren ginge. Wer an der Unterscheidung festhält, sieht, dass es sich nicht um einen Kulturkampf handelt, sondern um die Verteidigung des liberalen Westens gegen einen neuen terroristischen Totalitarismus. Aus französischer Sicht handelt es sich dabei längst um einen Krieg.

Angesichts dessen wäre es zu begrüßen, wenn zwischen den beiden Kulturen des Westens, an deren Konflikt, wie gesagt, eine große Zahl von Menschen ohnehin gar nicht teilnimmt, zumindest so etwas wie Waffenstillstand herzustellen wäre. Die amerikanische Historikerin Gertrude Himmelfarb hat schon 1999 in ihrem Buch *One Nation, Two Cultures* festgestellt, dass beide Kulturen koexistieren müssten, wenn Amerika eine einzige Nation bleiben solle.<sup>7</sup> Joe Bidens Rede am Abend seines Wahlsiegs erinnerte an die Rede, die George Bush 1989 bei seiner Amtseinführung gehalten hatte. Wie Bush vor ihm nahm Biden für sich in Anspruch, die Nation mit sich selbst versöhnen zu wollen. Daran, ob es ihm gelingt, könnte nicht nur die Zukunft Amerikas hängen, sondern diejenige des gesamten Westens.

<sup>1</sup> Zit. nach Jon Meacham: *Destiny and Power. The American Odyssey of George Herbert Walker Bush*, New York 2015, S. 325.

<sup>2</sup> H. L. Mencken: *Treatise on the Gods*, Nachdruck der zweiten Aufl. von 1946, Baltimore 2006 (erstmalig 1930), S. 252.

<sup>3</sup> Vgl. D. G. Hart: *Damning Words. The Life and Religious Times of H. L. Mencken*, Grand Rapids, Michigan 2016, S. 236 f.

<sup>4</sup> James E. Campbell: *Polarized. Making Sense of a Divided America*, Princeton/Oxford 2016, S. 2.

<sup>5</sup> Mark Lilla: *The Once and Future Liberal. After Identity Politics*, London 2018.

<sup>6</sup> Wolfgang Schäuble: „Aus eigener Stärke“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.07.2020.

<sup>7</sup> Vgl. Gertrude Himmelfarb: *One Nation, Two Cultures*, Paperback-Ausgabe, New York 2001 (erstmalig 1999).

# Das „Wir“-Problem

Warum die Demokratie in der Krise ist und wie sie aus ihr herauskommt

## DIETER THOMÄ

Geboren 1959 in Heidelberg, ehemaliger Fellow und Gastprofessor unter anderem am „Getty Research Institute“, Los Angeles, am Wissenschaftskolleg zu Berlin, am „Institute for Advanced Study“, Princeton, und an der Brown University, Providence, Professor für Philosophie, Universität St. Gallen.

Es hat keinen Sinn, darum herumzureden: Die Demokratie befindet sich in ihrer tiefsten Krise seit 1945. Während des Kalten Krieges hatte sie das Bollwerk des Westens verstärkt, und in den Jahren nach 1989 sollte sie als globales Exportgut zum Erfolgsmodell avancieren. Doch der Absatz dieses Exportguts ist längst ins Stocken geraten. Das derzeit bevölkerungsreichste Land der Welt nutzt den Markt und pfeift auf die Demokratie. Auch die Binnennachfrage nach Demokratie hat nachgelassen. Im derzeit mächtigsten Land der Welt ist die Demokratie in den Jahren 2016 bis 2020 ausgehöhlt

worden – und nicht nur dort. Es herrscht „Demokratiemüdigkeit“ (Arjun Appadurai). Populisten ersetzen das Ringen um Gemeinsamkeiten, den offenen, öffentlichen Austausch mit einer geschlossenen Welt, beherrscht von Dogmatismus und Fanatismus.

Zahlreich sind die warnenden Stimmen. Der amerikanische Publizist Thomas Friedman schreibt Ende September 2020: „Unsere Demokratie ist in schrecklicher Gefahr – mehr, als sie es je war seit dem amerikanischen Bürgerkrieg, seit Pearl Harbor, während der Kubakrise und während Watergate.“ Der britische Historiker Timothy Garton Ash erklärt: „Es gibt heute mehr Demokratie in der Welt als jemals zuvor. Aber jetzt kommt die antiliberale Konterrevolution, und zwar von allen Seiten gleichzeitig.“ Die Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt sagen: „Die Demokratie scheint weltweit in Gefahr zu sein – selbst dort, wo sie seit Langem als selbstverständlich gilt.“ Das bulgarisch-amerikanische Autorenduo Ivan Krastev und Stephen Holmes schreibt: „Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Demokratie sinkt drastisch. Die Wählerschaft in Teilen Europas und Amerikas fühlt sich immer stärker zu fremdenfeindlicher Rhetorik und autoritären Führern hingezogen.“ Und der österreichische Schriftsteller Robert Menasse warnt: „Wenn wir aus dieser Krise, die die Entwicklung der europäischen Demokratie infrage stellt, nicht herauskommen, dann wird es Trümmer geben.“

Wenn Krisen nicht wie Unwetter vorübergehen, sondern hartnäckig andauern, dann gibt es dafür zwei Gründe: Zum Ersten müssen ihnen tief sitzende Ursachen zugrunde liegen. Tatsächlich sind transnationale Abhängigkeiten, globale Risiken und bürokratische Verkrustungen ein Klotz am Bein demokratischer Selbstbestimmung und Teilhabe. Zum Zweiten muss das Krisenmanagement geschwächt, die Widerstandsfähigkeit und Belastbarkeit der demokratischen Gesellschaft beeinträchtigt sein.

## „ACTING IN CONCERT“

Wenn unsere Gesellschaft als Ganzes ein Problem hat, dann heißt dies: Wir haben ein Problem mit uns – oder mit dem „Wir“. Im konkreten Fall ist dies das „Wir“ der Demokratie. Das demokratische „Wir“ steht für ein gemeinsames Projekt, für die geteilte Bereitschaft, die politische Ordnung zu tragen, zu gestalten und zu verändern. Die politische Philosophin Hannah Arendt hat dafür die Formel vom „acting in concert“ geprägt: „Handeln“, so schrieb sie 1958, „kann man nur mit der Hilfe der anderen und in der Welt. In dem Zusammenhandeln, dem ‚acting in concert‘, realisiert sich die Freiheit.“

Seinen mächtigsten Ausdruck hat dieses „Wir“ im ersten Satz der Verfassung der USA erhalten: „We the People.“ Vielfältig sind die Erscheinungsformen dieses demokratischen „Wir“: Bekannt sind unter anderem „Wir sind das Volk“ (DDR-Bürgerrechtler 1989), „Yes, we can“ (Barack Obama 2008)

oder – was übrigens nur eine leicht abgewandelte Übersetzung von Obamas Formel ist – „Wir schaffen das“ (Angela Merkel 2015).

Das demokratische „Wir“ ist derzeit von drei Gefahren bedroht: dass es sich in einer Menge von Egos auflöst, dass es in Gruppen und Grüppchen mit Sonderwünschen zerfällt und dass es durch ein geschlossenes Kollektiv ersetzt wird. Wenn eine Demokratie sich etabliert oder – wie man passenderweise sagen darf – eingebürgert hat, dann denken viele Bürger, der Laden liefe von allein. Sie vergessen, dass die Demokratie auf ihre aktive Beteiligung angewiesen ist, und ziehen sich auf ihre privaten Interessen zurück. So erscheint ihnen die Demokratie nicht mehr als lebendiges Gebilde oder – um Ernest Hemingways wunderbaren Titel seines Buchs über Paris auf die Demokratie umzuwidmen – als „moveable feast“, als „bewegliches Fest“. Stattdessen sehen sie den Staat nur noch als Apparat, der wie von selbst funktionieren und Serviceleistungen für sie als Individuen erbringen soll. So funktioniert die Aushöhlung der Demokratie durch den Neoliberalismus.

## ANGRIFFE AUF DAS „WIR“

Das demokratische „Wir“ ist auch gefährdet, wenn Menschen das große Ganze unter Generalverdacht stellen und ihre Identität allein darauf stützen, dass sie einer bestimmten Gruppe angehören, deren Anliegen sie über alles stellen. Sie werden Anhänger eines Betroffenheitskults. So kommt es zur Anfechtung der Demokratie durch die Identitätspolitik.

Darüber hinaus ist das demokratische „Wir“ Angriffen ausgesetzt, die darauf hinauslaufen, dass es durch ein autoritäres, geschlossenes Kollektiv ersetzt wird. So funktioniert der populistische Angriff auf die Demokratie. Der gefährlichste Angriff dieser Art wurde ausgerechnet aus einem Machtzentrum der Demokratie heraus lanciert: aus dem Weißen Haus in Washington, D.C. Donald Trump spaltete das Land in ein „Volk“, das er zu repräsentieren vorgab, und die „Feinde des Volkes“, die er aus diesem Kollektiv ausschloss, auch wenn es sich um ganz normale US-Staatsbürger handelte. Ein auffälliges Beispiel dafür war Trumps Kampagne gegen die Volksfeinde in den Medien; ein unscheinbares, besonders bezeichnendes Beispiel war seine Kritik an einem Richter, der 2018 ein Urteil gegen Trumps Migrationspolitik fällte. Als Trump ihn als „Obama-Richter“ bezeichnete, sah sich John Roberts, oberster Richter des *Supreme Court*, zu einer seiner seltenen öffentlichen Äußerungen veranlasst und sagte: „Wir haben keine Obama-Richter oder Trump-Richter. Die unabhängige Gerichtsbarkeit ist etwas, für das wir alle dankbar sein sollten.“ Roberts hielt an der Idee fest, dass zur Demokratie über Meinungsunterschiede hinweg ein umfassendes, inklusives „Wir“ gehört – eine Gemeinschaft, die sich in Institutionen spiegelt, die unparteiisch sind.

Trumps Politik war nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, und wenn er je Bücher gelesen hätte, dann hätte er gemerkt, dass er dem Vorbild Carl Schmitts folgte, der die Freund-Feind-Unterscheidung und den Kampf gegen den „inneren Feind“ zum Prinzip der Politik erklärt hatte. Dass Trump nach seiner Wahlniederlage im November 2020 Fakten leugnete, Aufruhr schürte und eine ordentliche Machtübergabe sabotierte, ist ein Anzeichen dafür, dass ihm das Gemeinwohl egal war. Man muss leider davon ausgehen, dass das große „We the People“ der amerikanischen Demokratie nach dem Ende von Trumps Amtszeit für lange Zeit nur noch ein Schatten seiner selbst sein wird.

## DER „BIG DISCONNECT“

In Deutschland wird das demokratische „Wir“ nicht von oben angegriffen, wohl aber – was auf andere Weise unheimlich ist – von unten. So versuchen rechtsextreme Gruppierungen seit Jahren, die Parole der DDR-Bürgerrechtsbewegung „Wir sind das Volk“ umzufunktionieren und in einen Schlachtruf der Ausgrenzung zu verwandeln. Zu dem Volk, das hier gemeint ist, sollen nur sogenannte Biodeutsche gehören. Man muss den Missbrauch einer der kostbarsten politischen Parolen der jüngeren Geschichte beklagen und bekämpfen, allerdings auch fragen, was zu diesem Missbrauch geführt hat: Haben Repräsentanten demokratischer Institutionen über Jahre hinweg so agiert, dass bestimmten Gruppen das Gefühl des Abgehängtseins geradewegs auf dem Teller serviert wurde?

Angesichts des Erfolgs all jener Angriffe müssen sich Amts- und Entscheidungsträger auch an die eigene Nase fassen. Immer häufiger haben sie in den letzten Jahren Schlagworte wie „Sachzwang“ oder „Systemrelevanz“ aufgerufen, um ihre Entscheidungen zu rechtfertigen. Fast schien es so, als seien in den politischen Schaltzentralen Apparate versteckt, die politische Entscheidungen nach festen Vorgaben ausspucken. Dass das Volk dann mit denen, die es repräsentieren sollen, zu fremdeln beginnt, ist kein Wunder. Für die Demokratie ist dieser *big disconnect* freilich brandgefährlich, denn sie steht und fällt mit der Zusammengehörigkeit von Regierenden und Regierten.

Das demokratische „Wir“ besteht nicht aus Menschen, die sich so lange selbstgefällig auf die Schulter klopfen, bis sie blaue Flecken haben. Die Stärke dieses „Wir“ liegt in seiner Offenheit und Beweglichkeit. Carl Schmitts Gegenspieler in der Weimarer Zeit, der große demokratische Jurist Hans Kelsen, schrieb 1930: „Die Einheit oder das Ganze des Staates ist kein ruhender Zustand, sondern ein sich immer wieder erneuernder Prozess, keine statische, sondern eine dynamische Einheit. Die Rechtsordnung ist ein ewiger Prozess, in dem sich der Staat immer wieder von neuem erzeugt.“ Der demokratische Staat ist deshalb eine dynamische Einheit, weil er von einer sich

ständig umbildenden Bürgerschaft getragen wird. Zur Offenheit der demokratischen Gesellschaft passt das schöne deutsche Wort vom „Lebenswandel“ – und dieses Wort steht nicht nur für alltägliche Gewohnheiten, sondern für den gemeinschaftlichen Lebens-Wandel, in den sich im Lauf der Geschichte immer neue Menschen einmischen.

Man hat sich daran gewöhnt, dass moderne Gesellschaften Migrationsgesellschaften sind, und diese Tatsache verliert viel von ihrer Unheimlichkeit, wenn man anerkennt, dass es sowohl äußere als auch innere Migration gibt. Zulauf gibt es von allen Seiten; bewahrt wird die Demokratie nur durch permanente Bewährung, Bekräftigung, Erneuerung vonseiten der Beteiligten. Johann Wolfgang von Goethe hat dazu das Entscheidende gesagt, als er den Staat in *Wilhelm Meisters Lehrjahre* mit einer Theatergruppe verglich: „Oft verändert sich schnell das Personal, neue Glieder treten hinzu, die Personen passen nicht mehr zu den Umständen, die Umstände nicht mehr zu den Personen; es wird alles anders.“

## **DIE SCHÖNE ANSTRENGUNG: DEMOKRATIE**

Markus Söder sagte im Jahre 2015: „Die Wahrheit liegt an der Grenze.“ Richtiger wäre gewesen: Die Wahrheit liegt an der Schwelle. Die Schwelle ist ein unauffälliges, aber wichtiges Bauelement im Haus der Demokratie. Anders als die Grenze sprengt die Schwelle die Logik von draußen und drinnen. Sie steht für einen Ort des Übergangs, an dem Menschen sich treffen, an dem es laufend zu Begegnungen und Verhandlungen kommt.

Das Haus der Demokratie hat viele Schwellen – nach außen und in ihrem Inneren. So wirkt die Demokratie über den einzelnen Staat hinaus, indem sie ihre Ideale, die nicht nur aus Bürger-, sondern auch aus Menschenrechten bestehen, in die Welt hinausträgt. Sie will offen bleiben für die Verfolgten und Bedrängten aus aller Welt. Aber auch im Inneren des Hauses der Demokratie sind Schwellen eingebaut, an denen laufend neue Generationen auftauchen, Spielregeln kennenlernen und sich anschicken, sie zu verändern. In jedem Schul- und Esszimmer, in jeder Amtsstube und Werkstatt sind solche Schwellen unsichtbar eingebaut. Eine Generation nach der anderen will (?) immer wieder neu für die Demokratie begeistert werden.

Gerade hieß es, Offenheit und Beweglichkeit machten die Stärke der Demokratie aus. Nicht verheimlicht sei, dass diese Stärke mit einer Schwäche einhergeht: Das demokratische „Wir“ bietet keine Identität, die – wie Hans Kelsen warnend bemerkte – „fix und fertig“ wäre, keinen Ankerplatz, an dem man vor allen Stürmen gefeit wäre und sich zur Ruhe setzen könnte. Es ist verständlich, dass Menschen in einer Zeit großer Unübersichtlichkeit wissen wollen, woran sie sind. Die populistische Rhetorik nutzt dieses Bedürfnis aus.

Aus der Welt schaffen lässt es sich nicht, aber man kann es mit der Anziehungskraft der Demokratie ausstechen.

Von der Marquise von O..., einer Frau, die sich – wie man heute sagen würde – emanzipiert hat, sagte ihr Erfinder Heinrich von Kleist vor mehr als zweihundert Jahren, sie werde „durch eine schöne Anstrengung mit sich selbst bekannt gemacht“. Diese Wendung lässt sich auch auf die Demokratie übertragen: Sie ist eine schöne Anstrengung, durch die man sich selbst von einer neuen Seite kennenlernt, und deshalb ist sie eine der besten Erfindungen der Menschheitsgeschichte. Ob diese Erfindung irgendwann nur noch im Museum zu besichtigen ist, hängt von jedem von uns ab.

### **Literaturhinweis**

Thomä, Dieter: *Warum Demokratien Helden brauchen*, Ullstein, Berlin 2019.

Thomä, Dieter: *Puer robustus. Eine Philosophie des Störenfrieds*, Suhrkamp, Berlin 2016.

# „Polarisierung ist kein Schicksal“

Joachim Gauck über emotionsgeladene Antipolitik, forcierte Fortschrittsmodelle und die kämpferische Tugend der Toleranz

## JOACHIM GAUCK

Geboren 1940 in Rostock, evangelischer Theologe, 1989 Mitinitiator des kirchlichen und öffentlichen Widerstands gegen die SED-Diktatur, 1990 Einzug als Abgeordneter von Bündnis 90 in die zum ersten Mal frei gewählte Volkskammer, Oktober 1990 bis März 2000 Sonderbeziehungswise Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, von 2012 bis 2017 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Sein in Zusammenarbeit mit Helga Hirsch 2019 publiziertes Buch „Toleranz: einfach schwer“ ist kürzlich als Taschenbuch erschienen.

**Herr Bundespräsident, wie bewertet ein – nach eigenen Worten – „Liebhaber der Freiheit“ verordnete Kontakt- und Reisebeschränkungen in der Pandemie?**

**Joachim Gauck:** Wenn ich noch ein junger Mensch wäre, stünde der Wunsch nach Ungebundenheit und Freiheit von Zwang im Zentrum meiner Freiheitsdefinition. Aber älter geworden, lautet sie: Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung. In diesem Satz spiegelt sich ein Denken wider, das anerkennt, dass es nicht nur eine Freiheit *von* etwas, sondern



Foto: © Jesco Denzel / Steffen Kugler

auch *zu* etwas geben muss. Das Schöne daran ist, dass sich Menschen nicht nur als Befreite fühlen können, sondern sie auch in ihrem konstruktiven Gestaltungsvermögen angesprochen sind. Insofern kann ich auch mit begrenzter Freiheit leben, sofern sie intensiv debattiert und begründet worden ist und einem positiven Zweck dient. Es klingt paradox, aber in Verantwortung gelebte Freiheit bedeutet in dieser außergewöhnlichen Situation, sich selbst einzuschränken.

**„Corona-Leugner“ und „Impfgegner“ gebärden sich auf Demonstrationen wie Freiheitskämpfer. Inwieweit werden damit Toleranzgrenzen angetastet?**

**Joachim Gauck:** Vor dem Gesetz haben alle die gleichen Rechte, und das gilt, obwohl es schwerfällt, selbst für böswillige oder dumme Menschen. Alle dürfen sich friedlich versammeln und für ihre Meinung demonstrieren. Das gehört dazu,

aber ebenso eindeutig dürfen wir ihre Ansprüche kritisch hinterfragen und denen, die mit kruden historischen Vergleichen oder Verschwörungstheorien Angst und Hass schüren wollen, energisch widersprechen. Wenn ich in diesen Tagen etwa Demonstranten höre, die „Wir sind das Volk“ rufen, dann stimmt etwas nicht. Das war die Delegitimierungsformel der Demokratiebewegung in der DDR gegen eine Regierung, die – im Gegensatz zu heute – eben nicht aus freien und gleichen Wahlen hervorgegangen ist.

**Bevor ein falscher Zungenschlag entsteht: Sie sagen nicht etwa, dass die Leute, die auf „Corona-Demos“ unterwegs sind, alle „dumm“ seien?**

**Joachim Gauck:** Nein, das sage ich keineswegs, sondern nur, dass unter ihnen oftmals Wortführer sind, die mit phantastischen verschwörungstheoretischen Ansätzen an die Öffentlichkeit gehen und

glauben, Wissenschaft ignorieren zu können. Unter den Demonstranten sind auch sehr respektable Bürger aus der gesellschaftlichen Mitte, manchmal sogar von links, die durchaus legitime Kritik an den Maßnahmen haben können. Der Dirigismus geht uns zu weit, sagen sie. Aber sie sollten sich überlegen, ob sie gut an der Seite von Leuten aufgehoben sind, die mit dem demokratischen System sowieso ihre Probleme haben, zum Teil extremistisch sind und so tun, als ob sie Freiheitskämpfer wären. Aber die Freiheit ist in diesem Land nicht in Gefahr, und die Regierung wandelt nicht auf autoritären Pfaden. Dies zu unterstellen, ist böswillige Propaganda.

**Das „Klima ist rauer geworden“ – das schrieben Sie in Ihrem Buch über Toleranz schon vor Ausbruch der Pandemie. Inwieweit befürchten Sie, dass das lang andauernde Pandemiegeschehen die Gesellschaftsatmosphäre weiter verhärtet?**

**Joachim Gauck:** Ich schrieb dies aus der Sorge heraus, dass wir in eine Situation geraten könnten wie in den USA oder Polen, wo die Gesellschaften – bisher stärker als bei uns – polarisiert sind. Wenn Sie jetzt fragen, ob die gegenwärtige Debatte Spaltungstendenzen befördern könnte, dann stimme ich dem zu. Über die Corona-Restriktionen entstehen Grundsatzzstreitigkeiten, etwa über das Verhältnis von Freiheit und Schutz des Lebens, und dabei kommt auch der Verdacht autoritären Regierungshandelns auf. Tatsächlich werden Grundrechte absichtsvoll eingeschränkt. Das ist in etwa vergleichbar mit dem, was die alte Bundesrepublik im Zuge der Debatte um die Notstandsgesetze erlebte, als sich die jüngere Generation teils

in Widerspruch zum politischen Establishment begab. Insofern sind solche Protestentwicklungen nicht neu. Aber anders als in den 1960er-Jahren gibt es inzwischen eine lange Geschichte des liberalen Regierungs- und Verwaltungshandelns. Damit sich Spaltungen nicht vertiefen, muss die Gesellschaft das Gefühl haben, der Regierung und ihren Maßnahmen vertrauen zu können. Deswegen ist es ja so wichtig, dass sich die Politiker und Experten um Transparenz und Erklärungen bemühen.

**Verdächtigungen können, wie Donald Trump beweist, Gesellschaften prägen. Auch nachdem die US-Bürgerinnen und -Bürger einen neuen Präsidenten gewählt haben, bleibt der Fokus der politischen Beobachter auf der tiefen Spaltung der amerikanischen Gesellschaft. Ist die Polarisierung so stark, dass selbst der mächtigste Mann der Welt dagegen chancenlos bleibt?**

**Joachim Gauck:** Polarisierung ist sicher kein Schicksal. Aber Joe Biden wird es schwer haben. Er steht, wie er es formuliert hat, vor der Aufgabe, das Land zu versöhnen. Einerseits muss er Menschen, die sich in den Lügengebäuden Donald Trumps eingerichtet haben, mit einer Vertrauen schaffenden Botschaft herauslocken. Gleichzeitig hat er es mit Anhängern eines forciert linken Fortschrittsdenkens zu tun, etwa einem Teil der universitären Eliten. Noch ist ungewiss, welche Rolle beispielsweise die neue Vizepräsidentin spielen wird. Wird sie eine Repräsentantin linker Strömungen oder Pressure-Groups, die gruppenzentrierte Fortschrittsmodelle vorantreiben? Oder wird es Joe Biden gelingen, mit ihr eine liberale „sozialdemokratische“ Politik

wie etwa in Deutschland oder Skandinavien zu entwickeln? Auch ist ungewiss, ob es beiden gelingen kann, die tiefe Spaltung in der US-Gesellschaft zu überwinden sowie die Angriffe auf die liberale Demokratie und ihre Institutionen abzuwehren.

**Inwieweit sind die Polarisierungstendenzen in den USA und in Deutschland vergleichbar?**

**Joachim Gauck:** Viele strukturelle Gegebenheiten sind bei uns zwar anders. Andererseits gibt es auch hier – besonders an Universitäten oder im künstlerischen Bereich – ein gruppenzentriertes Fortschrittsdenken mit seinen sehr neuen und speziellen Themen. Diese werden aber vom Gros der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Oftmals wird auch die Sprache, mit der dieser gesellschaftspolitische Wandel forciert wird, als eine der Ursachen der Entfremdung von einfachen Wählern, etwa der Arbeiterschaft, interpretiert. Für Frankreich haben Didier Eribon oder Pascal Bruckner darauf verwiesen, wie durch ein solches Fortschrittsdenken der Rückhalt ganzer Bevölkerungsteile verloren gehen konnte.

Meine Kritik an diesen Bewegungen ist eine liberale; daneben gibt es eine dezidiert linke Argumentation, die kritisiert, dass das gruppenzentrierte Fortschrittsdenken der Kulturlinken die ureigenen Interessen linker Politik vernachlässigt und sich kaum um die Interessen der Arbeiterschaft kümmert, was den Bedeutungsverlust linker Parteien zum Teil erklärt.

**In Ihrem Buch sagen Sie, dass auch in Deutschland relevante Bevölkerungsteile übersehen werden.**

**Joachim Gauck:** Was mich gestört hat, ist die neue Aggressivität und Giftigkeit, zumal in den Netzdiskursen. Politisch interessant ist aber: Was hat eine relevante Anzahl von Menschen bewegt, an Bewegungen teilzunehmen oder Parteien zu wählen, die außerhalb des traditionellen Parteienspektrums agieren? Diese Menschen fühlten sich parlamentarisch nicht oder nicht ausreichend vertreten – deutlich erkennbar in der Zuwanderungsthematik und auch in der Europapolitik. Weil sie den Eindruck hatten, nicht berücksichtigt zu werden, haben sich Menschen aus dem konservativen Lager mit Gruppen verbunden, die eindeutig demokratiefeindliche, teilweise sogar rechtsextremistische Positionen vertreten.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums erleben wir zum Beispiel mit „Fridays for Future“ ebenfalls eine Bewegung, die davon überzeugt ist, im parlamentarischen System nicht ausreichend wahrgenommen zu werden. Und ihre Anhänger sind teilweise bereit, emotionsgestützt in letzte Glaubenskriege zu ziehen – wobei Greta Thunberg wie eine Heilige Johanna verehrt wird. Da geht es um letzte Dinge, und man fragt sich, wie diese lobenswerte Aktivierung enden wird – in einem großen moralischen Aufbruch, der in aktive Politik mündet (das würde ich mir wünschen), oder wird dieser Aufbruch erschlaffen, wenn die letzten Ziele unerreichbar bleiben – oder wird er die Fronten in der Gesellschaft verhärtet?

**Wenn Sie die Klima- und Umweltpolitik ansprechen, gibt es vielleicht nicht Mehrheiten, aber große Teile der Bevölkerung, die sich zumindest teilweise übersehen fühlen. Mit Traktorenkorsos**



**haben zuletzt Landwirte auf sich aufmerksam gemacht.**

**Joachim Gauck:** Vielleicht sollten wir stärker mithilfe der Wissenschaft entscheiden, welchen Protest wir politisch ernster nehmen als den anderen. Es ist sicher so, dass einigen Bevölkerungsgruppen ein großes Umdenken zugemutet wird oder sie real – gerade in der Zeit von Globalisierung und Digitalisierung – große Umbrüche hinzunehmen haben. Hier kommt es darauf an, dass die Politik Härten abfedert, wie etwa bei der Abschaffung der Kohleförderung, und alternative Möglichkeiten von Beschäftigung schafft.

**Eine Grundthese Ihres Buches lautet wohl, dass wirkliche Veränderungen veränderungsbereite Mehrheiten voraussetzen. Bedeutet das unter Umständen auch, dass Minderheiten, die unter Diskriminierungen zu leiden haben, sich in Geduld üben müssen?**

**Joachim Gauck:** Diskriminierungen sind bei uns grundgesetzlich, aber auch durch viele andere Gesetze verboten. Damit haben wir schon mal sehr viel erreicht, denn das ist die Leitlinie. Insofern kann von einer grundsätzlichen strukturellen Diskriminierung in unserem Land nicht gesprochen werden. Aber dann ist zu prüfen, inwieweit diese rechtlich abgesicherten Ansprüche im praktischen Leben tatsächlich verankert sind. Es gibt Menschen, die wegen ihrer Hautfarbe oder ihres Namens mit Alltagsrassismus konfrontiert sind. Oder die schlechteren Bildungschancen haben, weil sie aus bildungsfernen Familien stammen. Oder die schlechter bezahlt oder nicht mit Führungsaufgaben betraut werden, weil sie Frauen sind.

Da wird es immer Personen oder Gruppen geben, die sagen: Wir fordern gleiche Chancen. Und wir fühlen uns nicht richtig repräsentiert. Und dann wird darüber gestritten: Ist es beispielsweise richtig, Quoten für Frauen vorzusehen? Die einen sagen: Das ist hilfreich, und wir hätten alle mehr davon, wenn mehr Frauen in wichtigen Stellen aktiv wären. Und andere halten dagegen: Sind Frauen etwa irgendwie beeinträchtigt, dass sie besonderer Fürsorge bedürfen? Ist es erstrebenswert, wenn nicht mehr Leistungen oder politische Positionen darüber entscheiden, wer ausgewählt wird, sondern gruppenbezogene Quoten? Hier hat sich die Politik für Lenkungsinstrumente entschieden. Das kann ich nachvollziehen.

Einerseits macht das Aufbegehren von Minderheiten die Mehrheit also erst sensibel für tatsächliche oder subjektiv empfundene Ungerechtigkeiten. Deswegen ist die Geschichte der Demokratie auch eine Geschichte der Zunahme von Minderheitenrechten. Andererseits kann sich die Mehrheit gegen bestimmte Forderungen von Minderheiten aussprechen – in einer westlich-demokratischen Gesellschaft wird beispielsweise die Scharia-Vorstellung einer religiösen radikalen Minderheit auf den Widerstand der Mehrheit stoßen. Dann muss die Minderheit diese Entscheidung akzeptieren.

**Wie lassen sich Minderheitenrechte idealerweise durchsetzen?**

**Joachim Gauck:** Homosexuelle Menschen haben politische Kräfte gefunden, die ihre Rechte Schritt für Schritt erweitert haben. Das geschah in jahrelangen Debatten, auch in harten Auseinandersetzungen und durch die Gründung von

Interessenvertretungen. Mit Argumenten und ihrem praktischen Leben hat man die demokratische Mitte erreicht, und es ist eine maßgebliche Akzeptanz in der Bevölkerung und eine Mehrheit im Parlament gewonnen worden.

Das ist ja das Interessante: Solange wir nicht in einem abgeschlossenen System leben, verändern wir uns, auch und gerade in der Auseinandersetzung mit Minderheiten, selbst wenn es uns kulturell manchmal Schwierigkeiten macht.

**Dabei kritisieren Sie eine „Intoleranz des Guten“ und nehmen „gendergerechte Sprache“ ins Visier: „Eine Zumutung und eine Verunstaltung“, argumentieren Sie. Warum entwickeln dann Antidiskriminierungsstellen trotzdem landauf, landab entsprechende Leitfäden?**

**Joachim Gauck:** Man möchte sich nicht nachsagen lassen, dass man unsensibel ist, man möchte fortschrittlich sein. Mein Problem bei diesem Thema ist kein geringes, denn ich mag Menschen, die sich gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung einsetzen. Trotzdem gehen mir die Aktivitäten in diesem Bereich zuweilen auf den Wecker, und zwar, weil ich finde, dass der Bevölkerungsmehrheit unnachsichtige Vorgaben gemacht werden, die unter Umständen so früh kommen oder so ungeschickt und teilweise grotesk sind, dass sie ein gut gemeintes Ziel eher behindern als befördern – oder auch nur noch Kopfschütteln auslösen. Es geht nicht nur darum, über Ziele zu debattieren, sondern manchmal auch über das Maß und die Mittel.

**Sie wenden sich gegen Vertreter der Identitätspolitik, die den Respekt vor**

**der anderen Kultur und Lebensweise absolut setzen. Können Sie das erläutern?**

**Joachim Gauck:** Unter anderem bin ich mit Mark Lilla oder Francis Fukuyama der Ansicht, dass ein Rückschritt darin liegt, partikulare Gruppeninteressen ins Zentrum zu setzen. Dieser neue Politikansatz „sägt“ nicht nur am Fundament der liberalen Demokratien, sondern sogar an der Idee universeller Menschenrechte.

Ich kann von der Idee der Gleichsetzung unterschiedlicher kultureller Ansätze immer dann nichts halten, wenn sie das humane Wertebewusstsein und das Bewusstsein von der Universalität der Menschenrechte schmälert – etwa mit Sicht auf die Freiheit des Einzelnen, die Rolle der Frau, generell auf das Recht, Rechte zu haben. Fehlt es daran, ist eine Kultur für mich partiell kritikwürdig. Ich bin davon überzeugt, dass die Wertebasis, die sich auf der Grundlage der Aufklärung entwickelt hat, ein verteidigungswertes Gut darstellt. Dies ist bereits oder kann in Zukunft den Unterdrückten aller Zeiten und Zonen zugutekommen.

**Ein Beispiel bitte ...**

**Joachim Gauck:** Nehmen wir den politischen Islam. Liberale Muslime fühlen sich von jenen amerikanischen oder europäischen Intellektuellen im Stich gelassen, die aus lauter Furcht vor einem Kulturkrieg und vor der Anschuldigung, wir seien islamophob oder ausländerfeindlich, notwendige Kritik am politischen Islam vermeiden. Wenn sie beispielsweise Nachsicht gegenüber jenen übt, die Religionsfreiheit missbrauchen, um Freiheitsrechte anderer einzuschränken oder gegenüber

Andersgläubigen sogar Terror anwenden. Das ist falsche Toleranz.

#### Wie viel Abgrenzung gestehen Sie zu?

**Joachim Gauck:** Von der Idee eines Miteinanders sollten wir nicht Abschied nehmen: Martin Luther King oder die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika hatten nichts dagegen, dass alte weiße Männer und Frauen ihren Kampf unterstützten. In den USA haben Schwarze und Weiße gemeinsam in den 1960er-Jahren die „Civil Rights Acts“ durchgesetzt, die jegliche Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht oder nationaler Herkunft verboten haben. Neue Identitätspolitiker sagen aber, Weiße hätten in diesem Kampf gar nichts zu suchen, könnten auch daran gar keinen Anteil haben, weil sie nicht dazugehören. Ja: Niemand kann in die Haut eines anderen schlüpfen. Aber glücklicherweise verfügt der Mensch über Empathie. Und Solidarität macht nicht halt vor Menschen, die eine andere Hautfarbe haben.

**Ihr Buch ist oft als Impuls für „mehr Toleranz nach rechts“ gedeutet worden. Inwieweit entsprach das Ihrer Absicht?**

**Joachim Gauck:** Mir geht es um einen breiteren Toleranzbegriff. Nach soziologischen Untersuchungen in Europa und den USA weisen über dreißig Prozent der Bevölkerung eine „autoritäre Disposition“ auf, womit die Fachleute Menschen mit konservativen oder stark strukturkonservativen Einstellungen beschreiben. Das wirft die Frage auf: Ist das, was sich dort als Protestbewegung abzeichnet, schon

faschistisch oder präfaschistisch? Einige Denker, Publizisten und Politiker sehen das so, aber ich kann das nur zum Teil nachvollziehen. Hier haben wir es mit einer Repräsentanzlücke zu tun. Es gibt Menschen, die ihr Unbehagen gegenüber einer beschleunigten Moderne politisch nicht genügend widergespiegelt sehen. Diese Fremdheit müssen wir erkennen und begreifen, dass nicht jeder, der sich fremd fühlt, schon ein Feind der Demokratie ist.

Wenn ich das Buch, sagen wir, 1970 publiziert hätte, hätte ich geschrieben: Nicht jeder, der an der Universität einer linksradikalen Gruppe beitrifft, ist schon ein Unterstützer linker Terroristen. Es gibt jenseits dessen eine linke Bewegung, die wir noch akzeptieren müssen.

Politisch akzeptiere ich die AfD nicht und halte sie für verzichtbar. Aber ich muss erkennen, dass es Bürger gibt, die sich nicht ausreichend vertreten fühlen. Wohin sich die AfD entwickelt, ist noch nicht endgültig entschieden; meine Sorge ist, dass sie eher ins Rechtsextremistische abdriftet. Das sieht man besonders im Osten Deutschlands. Da darf man nicht taten- und ideenlos zuschauen. Es wird darauf ankommen, dass politisches Denken und besonders konservative Strategien Angebote für diejenigen entwickeln, die durch den forcierten Wandel verunsichert sind und befürchten, fremd in der eigenen Heimat zu werden. Und klar ist auch: Den Extremisten und Feinden unserer Demokratie müssen wir uns mit allen Mitteln unseres Rechtsstaats entgegenstellen.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 3. Dezember 2020.*

# Jenseits von Sachfragen

Die Herstellung von Kollektiven als Kern der Polarisierung

#### ARMIN NASSEHI

Geboren 1960 in Tübingen, seit 1998 Inhaber des Lehrstuhls I für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München, Fellow der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Es ist viel von einer Spaltung der Gesellschaft die Rede. Gemeint ist zumeist eine Spaltung in Großgruppen, in Kollektive, die sich womöglich antipodisch gegenüberstehen. Der vergangene Wahlkampf in den Vereinigten Staaten von Amerika hat das sehr deutlich ge-

macht. Beide Kandidaten haben einen Rekord an Wählerstimmen aufgestellt, und es macht den Eindruck, dass es hier nicht nur um den Wettstreit zwischen zwei politischen Programmen ging oder um das Ringen um unterschiedliche konkrete Lösungen. Eher scheint es, als würden sich zwei Kollektive gegenüberstehen, zwei Großgruppen, bei denen es tatsächlich weniger um

Sachfragen geht es um die Frage der Zugehörigkeit zu diesen Gruppen. Nun machen das amerikanische Parteiensystem und die eher auf Polarisierung verweisende präsidentielle Demokratie der Vereinigten Staaten eine solche Polarisierung wahrscheinlicher als in politischen Systemen wie etwa der Bundesrepublik, wo es zu einem mehrere politische Spieler gibt und zum anderen Koalitionsregierungen die Regel sind. Aber die Gefahr einer Polarisierung nicht nur unterschiedlicher Politik-, sondern auch von Lebensmodellen scheint es ebenfalls hierzulande zu geben, freilich auf einem anderen Niveau.

Man muss sich in der Bundesrepublik allein die recht stabilen Zustimmungsraten zu den politischen Maßnahmen im Umgang mit der COVID-19-Krise vergegenwärtigen, um zu erkennen, dass die Bevölkerung Deutschlands offensichtlich nicht in der gleichen Weise polarisiert ist wie die der Vereinigten Staaten, wo wenigstens zu Beginn der Krise das Tragen einer Maske zum Marker wurde, an dem die Zugehörigkeit zu dem einen oder dem anderen Pol ablesbar war. In Deutschland gab und gibt es zwar auch Konflikte über Corona-Maßnahmen, zum Teil sehr lautstarke, wie vor allem im Sommer zu beobachten war. Aber ein wirklich polarisierender Protest und damit eine Art polarisierende Form der gesamten Bevölkerung konnte man nicht beobachten. Und doch: Das Problem der Bildung von Kollektivitäten gehört zu den zentralen Phänomenen und sogar Aufgaben der Politik.

## DIE FUNKTION DES POLITISCHEN

Wenn man soziologisch nach der Funktion des Politischen, also nach der Funktion des politischen Systems, fragt, lautet die Antwort: die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen.<sup>1</sup> Die Funktion des Rechtssystems etwa besteht darin, normative Erwartungssicherheit herzustellen, die Funktion des Wirtschaftssystems ist der Umgang mit Knappheit, die Funktion des Religionsystems ist die Herstellung von Bestimmtheiten im Hinblick auf die Unbestimmtheit der Welt, die Funktion der Wissenschaft ist die Bereitstellung von Wissen, und die Funktion der Kunst ist der Verweis auf die Form. Soziologisch spricht man von „funktionaler Differenzierung“ der Gesellschaft.<sup>2</sup>

In der Funktion des Politischen ist das Kollektive schon mit genannt. Es geht um kollektiv bindende Entscheidungen. Wohlgemerkt: Das bedeutet nicht, dass das politische System oder der Staat die Gesellschaft im Ganzen steuern kann. Es bedeutet nur, dass Politik bindende Entscheidungen fällt, aber nicht vollständig kontrollieren kann, wie andere Funktionssysteme der Gesellschaft mit diesen Entscheidungen umgehen. Der Klassiker: Man kann die Steuern erhöhen oder senken – aber was das ökonomisch bedeutet, entscheidet sich im Wirtschaftssystem, und ob sich die Effekte für Familien, für die Wissenschaft oder für die Weiterbildung, die man im Sinn hatte, dadurch einstellen, lässt sich eben nicht direkt kontrollieren.

Entscheidender für unser Thema ist aber dies: Die Funktion des politischen Systems ist nicht nur die Herstellung bindender Entscheidungen, sondern auch die Erzeugung jener Kollektive oder Kollektivitäten, für die sie gelten.<sup>3</sup> Die Entstehung von Nationalstaaten im 18./19. Jahrhundert ist nicht einfach die Politisierung bestehender Kollektive, sondern ihre politische Herstellung. Die „Nation“ ist ein politisches Phänomen, und sie muss politisch erzeugt und beglaubigt werden. Das europäische Nationengefüge ist exakt das Ergebnis eines solchen Prozesses. Die Völker sind nicht einfach politisch geworden, sondern haben ethnische, aber auch andere Kriterien herangezogen, um jenes Kollektiv zu erzeugen, das dann jenen Raum ausmachte, für den man kollektiv bindende Entscheidungen treffen konnte. Der Wiener Kongress zu Beginn des 19. Jahrhunderts war ein solcher Prozess, der Grenzen gezogen hat, die bis heute nachwirken, und übernationale Gebilde, wie zum Beispiel die Europäische Union, erzeugen neue adressierbare Kollektive, für die bestimmte kollektiv bindende Entscheidungen gelten.

Was ich damit sagen will: Der Herstellung von Kollektiven gehört unveräußerlich zum Politischen selbst dazu – und man kann sagen, dass die Idee der Nation bis dato der historisch erfolgreichste Versuch war, politische Kollektivitäten zu erzeugen – mit allen Ambivalenzen, die dies historisch zeitigte. Die Nation war *sowohl* eine emanzipatorische Figur, weil sie die Zugehörigen zu prinzipiell Gleichen stilisieren konnte, selbst wenn diese ökonomisch und soziokulturell durchaus ungleich sein konnten und waren. *Als auch* war die Nation stets ein Ungleichheitsgenerator, weil man innen und außen stark geschieden hat und die Feindschaft der Kollektive und die Ausgrenzung des Fremden durchaus identitätsstiftende Funktionen nach innen hatten. All das ist wohlbekannt – und man kann nach allen Katastrophen des 20. Jahrhunderts durchaus auch eine Entdramatisierung dieser Kollektivierung erkennen –, selbst wenn wir auch in Europa eine Wiederkehr der nationalen Abschottung beobachten können.

## KULTURKÄMPFE

Das Vorstehende wurde deshalb referiert, um das Problem kollektiver Gruppenbildung innerhalb staatlicher Ordnungen und innerhalb von Ländern besser verstehen zu können. Es gehört stets zur politischen Logik, auch intern so etwas wie Großgruppen als Kollektive anzusprechen, um politisch wirksam zu werden. Die europäische Ordnung von Parteien in eher konservative und eher sozialistische Parteien oder auch die Entstehung von Parteien für eher kleinere Gruppen wie liberale oder grüne Parteien versucht, Gruppen bestimmter Kollektivität anzusprechen. Volksparteien haben zwar den Anspruch, prinzipiell für den größten Teil der Bevölkerung anschlussfähig zu sein; aber gerade am deutschen Fall kann man sehen, wie stark die Union und

die SPD bis in die 1990er-Jahre voneinander profitierten, weil sie jeweils bestimmte Milieus abgebildet haben, die dadurch aber nicht unbedingt polarisiert aufgetreten sind. Es hatte eher etwas von einer einvernehmlichen Konfliktform, an der auch sachliche Differenzen hingen. Letztlich spricht dies für eine reife Demokratie, die ja davon abhängig ist, dass es einerseits zu politischer Gegnerschaft kommt, dass aber andererseits bei jeder Machtkonstellation gewährleistet wird, dass der unterlegene Part loyal bleibt. Letztlich ist das der tiefere Sinn des Parlamentarismus und zugleich eine Bedingung für die Pluralisierungsfähigkeit der Kultur einer Gesellschaft.

Freilich scheint sich an einigen Themen tatsächlich eine polarisierende, eine polemogene, eine spaltende Form der Gegnerschaft einzustellen, die auf manchen Feldern die Form eines Kulturkampfes annehmen kann. Man denke etwa an die Spaltung zwischen liberalen großstädtischen und konservativen ländlichen Gruppen in den Vereinigten Staaten, aber auch an die Verlierer der industriellen Umwälzungen des Landes. Man denke an die Folgen der Auseinandersetzungen in Deutschland um die Flüchtlingsbewegungen seit 2015, aber auch an das Antipodische zwischen Milieus, die stark auf die Symmetrie der Geschlechter, ethnischer Gruppen, sexueller Orientierungen und postfamilialer Lebensformen pochen, und jenen, die diese kulturellen Veränderungen eher skeptisch betrachten.

## RIGORISMUS DER ZUGEHÖRIGKEIT

Für diesen Konflikt hat sich der Begriff der „Identitätspolitik“ eingebürgert – der Begriff stammt aus dem US-amerikanischen schwarzen Feminismus, der darin zunächst eine Strategie sah, sich sichtbar und artikulationsfähig zu machen – wohl wissend, dass damit mehr Identität zugemutet wird, als tatsächlich da ist. Aber das Identitätsproblem stellte und stellt sich auch eher konservativen Gruppen, für die manche Veränderungen der Gesellschaft ungewohnt bis bedrohlich wirken. Daraus entstehen bisweilen kulturkämpferische Formen gegenseitigen Unverständnisses. Der Begriff der Identitätspolitik und des Kulturkampfes jedenfalls verweist deutlich auf die Bildung von Kollektivitäten, also politisch zurechenbaren Einheiten, mit denen dann politische Differenzen bedient werden können – die bisweilen sogar quer zu den traditionellen politischen Konfliktlinien liegen können.

Es ist hier nicht der Ort, diese Formen zu bewerten oder sich für die eine oder andere starkzumachen. Ein analytischer Blick müsste versuchen, den Mechanismus zu verstehen. Dabei wäre es nicht das Falscheste, zunächst für größere Gelassenheit zu plädieren. Konflikte über soziokulturelle und sozialmoralische Standards und Lebensformen gibt es schon länger – entscheidend ist, ob am Ende Sachfragen überhaupt keine Rolle mehr spielen, sondern nur noch die Zugehörigkeit zu jenen Kollektivitäten die entscheidende Kategorie

ist. Wenn solche Identitätsmerkmale – und das gilt für alle Seiten in solchen Konflikten – die einzigen politischen Kriterien beziehungsweise die einzige politische Konfliktlinie sind, dann verhindert Polarisierung den Streit um sachliche Alternativen, der für die Demokratie von konstitutiver Bedeutung ist. Hier kann die Situation in den Vereinigten Staaten als ein warnendes Beispiel gelten: Wenn es keine Brücken mehr zwischen Konfliktparteien gibt und wenn der Rigorismus der Zugehörigkeit zum einzigen Kriterium wird, kann es gerade den entscheidenden Mechanismus der Demokratie nicht mehr geben: die Sicherung der Loyalität der unterlegenen Seite im politischen System. Und wenn Personen nur anhand eines Merkmals beurteilt werden – Milieu, Hautfarbe, Konfession, Geschlecht und so weiter –, dann ist eine Auseinandersetzung über Sachfragen erschwert.

Womöglich verweisen zu starke kulturkämpferische und identitätspolitische Fixierungen – aller politischer Couleur! – auch darauf, dass die Lösung struktureller Sachfragen in den Hintergrund treten kann, deren Komplexität man sich dann gar nicht mehr stellen kann.

Wenn es gelänge, diese Falle der Kollektivität zu vermeiden, wäre viel gewonnen – wenn man anerkennen kann, welchen Gewinn es für die Gesellschaft darstellt, dass auch zuvor marginalisierte Gruppen im Hinblick auf Geschlecht, Ethnizität, Sexualität et cetera inzwischen gehört werden können; und wenn man anerkennen kann, dass damit die Geltung von eher traditionellen Werten und Lebensformen nicht infrage gestellt werden muss. Zumindest würde es den Fokus auf Sach- statt auf Zugehörigkeitsfragen lenken. Insofern ist die Frage der Exklusivität von Kollektivitäten auch eine Frage der Handlungsfähigkeit eines demokratischen politischen Systems.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Niklas Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2000, S. 83 ff.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Armin Nassehi: *Gesellschaft der Gegenwarten. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft II*, Frankfurt am Main, S. 123–160.

<sup>3</sup> Vgl. Armin Nassehi: *Der soziologische Diskurs der Moderne*, Frankfurt am Main 2009, S. 322 ff.

# Zwei Stämme

Wie die USA die gesellschaftliche Spaltung überwinden können

## STEPHAN BIERLING

Geboren 1962 in Oberammergau,  
Leiter der Professur für  
Internationale Politik und  
transatlantische Beziehungen,  
Universität Regensburg.

Die Präsidentschaftswahlen in den USA haben nochmals verdeutlicht, wie parteipolitisch gespalten die Nation heute ist. Diesen Zustand zu überwinden, wird schwer und langwierig – doch es ist möglich. Joe Biden hat das Weiße Haus erobert, parteipolitisch bleibt Amerika jedoch zerrissen.

Die Wahl hat diese Zerrissenheit sogar verstärkt: Biden gewann, weil er die Kernwähler der Demokraten – ethnische Minderheiten, Junge, Akademiker, Säkulare – stärker mobilisierte als Hillary Clinton 2016. Zugleich gelang es Donald Trump, bei der Gruppe noch einmal zuzulegen, die ihm vor vier Jahren zum überraschenden Sieg verholfen hatte: den schlechter ausgebildeten Weißen. Das Wahlergebnis unterstrich, dass Trump keine einmalige Verirrung der amerikanischen Demokratie war und sich die Polarisierung nicht

einfach dadurch überwinden ließ, dass die Demokraten einen Mann mit moderaten Ansichten als ihren Präsidentschaftskandidat aufstellten.

Um Wege aus der Spaltung zu finden, muss man zunächst ihre Ursachen analysieren. Denn sie betrifft nicht nur gegensätzliche politische Ansichten, sondern drückt sich auch in unterschiedlichen Wertesystemen und Lebensstilen aus. Ihre Wurzeln reichen zurück in die 1960er-Jahre, als die Emanzipation von Schwarzen, Frauen und anderen diskriminierten Gruppen die gewohnte gesellschaftliche Ordnung aufbrach und eine konservative Gegenbewegung entstehen ließ. Die Polarisierung wurde verschärft durch die dramatischen Umwälzungen der vergangenen drei Jahrzehnte: in der Wirtschaft der Übergang zur Dienstleistungs- und Digitalökonomie sowie die neue Konkurrenz durch China, im Gesellschaftlichen die ethnische Diversität infolge enormer Einwanderung aus Lateinamerika und Asien, im Kulturellen die Säkularisierung mit ihrer Akzeptanz nicht traditioneller Lebensentwürfe.

All diese Entwicklungen machen das Leben dynamischer, vielfältiger, flexibler und freier. Viele Menschen profitieren von ihnen, insbesondere die bisher Benachteiligten und die besser Ausgebildeten. Andere hingegen fühlen sich von diesen Entwicklungen bedroht, weil sie ihre soziale und ökonomische Stellung herausfordern, ihren tradierten Lebensstil infrage stellen und schmerzhaft Anpassungsprozesse erzwingen. Niemand hat die Sorgen und Nöte dieser Gruppe besser erfasst als die Politikwissenschaftlerin Katherine Cramer 2016 in ihrer Studie *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*. Ihr Ergebnis: Viele ländliche Wähler in Wisconsin glauben, dass sie mit ihren Problemen politisch bei ihren Regierungen kein Gehör finden, den ihnen zustehenden Anteil an staatlicher Hilfe nicht erhalten und von den Eliten respektlos behandelt werden. In ihrer Verzweiflung und Wut warfen sich viele zunächst der radikalen *Tea-Party*-Bewegung in der Republikanischen Partei an den Hals, danach dem Populisten Trump.

## AUSHÖHLUNG DER INSTITUTIONEN

Heute gibt es in den USA keine zwei konkurrierenden Parteien mehr, sondern zwei Stämme, die sich sprach- und verständnislos gegenüberstehen, voneinander abkapseln und gegenseitig als Feinde betrachten. Ihre jeweiligen Mitglieder sehen die Welt unterschiedlich, konsumieren unterschiedliche Medien, verkehren hauptsächlich mit Gesinnungsgenossen. Im September 2020 ergab eine Umfrage, dass etwa vierzig Prozent der Trump- und Biden-Anhänger niemanden kannten, der oder die den anderen Kandidaten unterstützte. Die stärksten Indikatoren, welchem Lager jemand angehört, sind Ausbildung, Hautfarbe und Wohnort. Bei den Wahlen 2020 waren die Bastionen der Demokraten prosperierende städtische Gebiete, während die Republikaner

auf dem Land und in Kleinstädten verwurzelt sind und ihren höchsten Wähleranteil in Regionen mit dem niedrigsten Job-, Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum erzielen. Konkret: Biden gewann 490 Counties (deutsch etwa: Verwaltungsbezirke), die siebzig Prozent der US-Ökonomie ausmachen, Trump 2.534 Counties, die für dreißig Prozent der Leistungsfähigkeit stehen.

Eine solche Konstellation ist hochgefährlich für eine Demokratie. Diese basiert auf der Idee einer Schicksalsgemeinschaft, in der alle Bürger mit gleichen Rechten und Chancen partizipieren können. Wenn eine Demokratie in Stämme zerfällt, droht ihr der Untergang. Nicht umsonst haben die Politologen Steven Levitzky und Daniel Ziblatt in ihrem Buch *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können* 2018 darauf hingewiesen, dass der erste Schritt hin zur Diktatur die Spaltung der Gesellschaft in feindliche Gruppen darstellt. Diese Stufe haben die USA in den vergangenen dreißig Jahren sukzessive erreicht. Jetzt droht der zweite Schritt an den Abgrund: die Aushöhlung der Institutionen. Diese haben die Republikaner seit Jahren und vor allem Donald Trump während seiner Präsidentschaft systematisch betrieben. Seit seiner Niederlage am 3. November 2020 erleben die USA den ultimativen Regelverstoß in einer Demokratie: das Nicht-Anerkennen des Wahlergebnisses und das Diskreditieren des Wahlverfahrens.

## WEGE AUS DER SPALTUNG

Die Spaltung des Landes entlang der aufgezeigten Bruchstellen hat sich mittlerweile ins politische System und in die Gesellschaft gefressen. Aber sie ist nicht gottgegeben, sondern gestaltbar, auch wenn der Weg zurück vom Abgrund ähnlich lange dauern dürfte wie der Weg dorthin, also mehrere Jahrzehnte. Und eine Umkehr ist nur dann möglich, wenn Politiker und Bürger das Richtige tun.

**Erstens** brauchen die USA Politiker, die den Stammeskonflikt nicht weiter eskalieren, sondern den Gegnern Brücken zurück in die Mitte bauen. Das ist zunächst eine Aufgabe für die Führer der Republikaner: Sie müssen der Dämonisierung der anderen Seite abschwören, wie sie Trump so skrupellos praktizierte. John McCain war ein solcher Mann; Mitt Romney, Präsidentschaftskandidat von 2012 und Senator aus Utah, könnte ein solcher werden. Auch Nikki Haley, ehemalige Gouverneurin von South Carolina, Ex-UN-Botschafterin und Tochter indischer Einwanderer, würde die Partei als Präsidentschaftskandidatin 2024 weg vom Konfrontationskurs führen. Die Demokraten haben ebenfalls eine Bringschuld: Hillary Clintons größter Fehler im Wahlkampf 2016 war es, Trump-Sympathisanten als „Bemitleidenswerte“ (*deplorables*) zu denunzieren. In einer Demokratie darf es keine Abgehängten geben, über die die Zeit hinweggeht; das verstößt gegen ihr Gründungsversprechen. Statt auf neu-linker Modethemen wie Gender- und

Identitätsdiskurse zu setzen und damit weitere Keile in die Gesellschaft zu treiben, sollte sich die Demokratische Partei um das Los der vom Wandel Überforderten und Verängstigten kümmern. Biden ist der richtige Präsident zur richtigen Zeit, weil er nicht zuletzt aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen ein Mann mit Empathie und einem Ohr für die untere Mittelschicht ist.

**Zweitens** muss der Staat tätig werden, damit sich die Gewinner des Wandels nicht weiter von den Verlierern abkoppeln. In benachteiligten Regionen gilt es, Sonderwirtschaftszonen einzurichten, Unternehmen anzusiedeln und Behörden dorthin zu verlagern, Arbeitslose umzuschulen und fortzubilden. Ärmere Haushalte benötigen Steuergutschriften, die niedrig bezahlte Arbeit subventionieren, sowie Ausbildungsgutscheine für Kindergärten, Privatschulen, Colleges und Universitäten. Die von den Republikanern fast völlig abgeschaffte Erbschaftssteuer wieder einzuführen und für die obersten Vermögensgruppen zu erhöhen, würde genügend Geld dafür in die Staatskassen bringen. Sie bietet einen dreifachen Vorteil: Die Erbschaftssteuer ist leicht zu erheben, beeinträchtigt die Marktkräfte nicht und bewirkt, dass sich die Startchancen im Leben angleichen und weniger vom Besitz vorangegangener Generationen abhängen.

**Drittens** müssen die Gewinner des rapiden Wandels realisieren, dass sie neben einer finanziellen eine moralische Verpflichtung haben, das Auseinanderdriften der Gesellschaft aufzuhalten und rückgängig zu machen. Sie profitieren enorm von den gewachsenen Möglichkeiten – durch kreativere Jobs und höheres Einkommen, durch Vermögensaufbau mittels Aktien- und Immobilieninvestitionen, durch internationale Vernetzung, durch kulturelle und soziale Vielfalt. Da sie beispielsweise auch immer häufiger untereinander heiraten, schotten sie sich quasi kastenartig von den Wandel-Verlierern ab. Zu dieser Verpflichtung gehört zunächst die Selbsterkenntnis, dass ihr Erfolg meist weniger von der eigenen Leistung als von glücklichen Umständen abhängt: einem akademischen, ergo wohlhabenden Elternhaus, stimulierenden Lehrern, anregenden Altersgenossen. Die Profiteure des Wandels müssen akzeptieren, dass jede Arbeit ihre eigene Würde haben sollte, wie dies der Philosoph Michael Sandel in seinem Buch *Vom Ende des Gemeinwohls* fordert. Und sie müssen ihr Ghetto aus Country-Club-Mitgliedern, Opernabonnenten und Rotariern verlassen und dorthin gehen, wo man Menschen aus dem anderen Universum trifft: in Musik- und Sportvereine, Fast-Food-Restaurants und Kneipen, zur Freiwilligen Feuerwehr, in Kirchen und auf Gemeindefeste.

**Viertens** ist es notwendig, den Rechtspopulisten den Patriotismus zu entreißen und seine mobilisierende Kraft wie früher in den Dienst von Fortschritt, Gemeinsinn und Toleranz zu stellen. Historisch gingen Nation und Demokratie in den USA Hand in Hand, weil sie Sippe, Herkunft und Religion der kollektiven Idee unterordneten, Leuchtturm für die Welt zu sein. Heute hingegen frönen beide Seiten einer selbstzerstörerischen Identitätsideologie,

die jede Gruppe, ob Schwarze, Frauen, Homosexuelle oder unter Trump eben auch Weiße, als Opfer betrachtet und damit den Kern des amerikanischen Experiments aushöhlt: das Streben des Individuums nach Glück, Aufstiegsmöglichkeiten und Freiheit. Das Bekenntnis zur Nation mit ihrer progressiven Tradition und nicht zum Partikularinteresse könnte das für jede Demokratie notwendige Gemeinschaftsgefühl erzeugen und die Balkanisierung der Gesellschaft zurückdrängen.

**Fünftens** bedarf es konkreter einheitsstiftender Projekte. Tatsächlich kristallisieren sich einige Politikbereiche heraus, die in beiden Parteien mehrheitsfähig sind: Im Inneren sind das die Regulierung der Einwanderung und die Sicherung prekärer Jobs, die Trump zu zentralen Zielen seiner Politik erkoren hat, die jedoch auch der Arbeiterflügel in der Demokratischen Partei unterstützt. Was eine Nation indes am stärksten eint, ist eine außenpolitische Gefahr. Es ist kein Zufall, dass sich die parteipolitische Polarisierung in den USA gerade nach dem Ende des Kalten Krieges verschärfte. In den vierzig Jahren davor hatte die sowjetische Bedrohung die Fliehkräfte unter Kontrolle gehalten; jetzt könnte das immer aggressiver agierende China diese Rolle übernehmen. Trumps Handels- und Technologiekrieg hat dieses Thema ganz nach oben auf die außenpolitische Agenda katapultiert; Biden dürfte Peking ebenso entschlossen entgegentreten und den Disput auf Geopolitik und Menschenrechte ausweiten.

**Sechstens** schließlich, und das ist die größte Hoffnung, kann der demografische Megatrend helfen, die Spaltung zu überwinden. Der Trumpismus ist das letzte Aufbäumen des älteren, ländlichen, schlechter ausgebildeten weißen Amerika. Doch dieser Kampf ist ein großes Rückzugsgefecht. Die neue, sich herausbildende Nation ist bunt, urban, gebildet, säkular. Die Republikaner haben, inklusive 2020, bei sieben der acht letzten Präsidentschaftswahlen weniger Wählerstimmen erzielt als die Demokraten. Wollen sie künftig Mehrheiten erringen, müssen sie bei den Minoritäten zulegen – vor allem bei der in absoluten Zahlen am schnellsten wachsenden Gruppe: den Latinos. Diese Neubürger lateinamerikanischer Herkunft gehören überwiegend zur Arbeiterschicht, sind in Moralfragen und bei Familienwerten jedoch konservativ. Um sie zu gewinnen, müssen die Republikaner die sozialen Anliegen der Latinos ernst nehmen und von ihrem fremdenfeindlichen Kurs abrücken. Aber auch die Demokraten sollten realisieren, dass ein kultureller Linksruck sie bei den Latinos ins politische Abseits manövriert. Wäre es nicht eine wunderbare Geschichte in den an wunderbaren Geschichten reichen USA, würde die jüngste Einwanderergeneration die zerstrittenen Parteien zurück zu einer Politik der Mäßigung zwingen?

#### Literaturhinweis

Bierling, Stephan: *America First. Donald Trump im Weißen Haus. Eine Bilanz*, Spiegel-Bestseller, Verlag C. H. Beck, München 2020.

# Verstrickte Freiheit

Judith Shklar und die Stimmen der Opfer

#### HANNES BAJOHR

Geboren 1984 in Berlin, Autor, Philosoph, Literaturwissenschaftler und Übersetzer.

Am 23. Juli 2020, auf dem Höhepunkt der *Black Lives Matter*-Proteste, die durch den Mord an George Floyd entzündet worden waren, fühlte sich Josef Joffe in *Die Zeit* an

seine alte Hochschullehrerin Judith Shklar erinnert. 1969 saß er bei ihr im Seminar in Harvard, während draußen die Studentenrevolte tobte. Shklar, berichtet Joffe, bestand darauf, die Fenster zu schließen: „Philosophische Fragen werden nie durch Gebrüll gelöst, nur im bedachten Disput. Zu mit den Fenstern!“<sup>1</sup> Für Joffe ist diese Episode bedeutsam, weil er eine Parallele zwischen den Tumulten damals und heute zu erkennen meint, die ihm erlaubt, Shklars Anweisung in die Gegenwart zu übertragen: Auch die Bewegung *Black Lives Matter* sei nicht ernst zu nehmen; vielmehr sei sie zusammen

mit Identitätspolitik, *wokeness* und postkolonialer Theorie eine Gefahr für alle, denen an liberalen Werten wie dem respektvollen Austausch von Meinungen gelegen ist.

Dass Joffe für dieses Verdikt ausgerechnet die politische Philosophin Shklar bemüht, mag an ihrem Ruf als vielleicht wichtigste Theoretikerin des Liberalismus liegen, den sie seit ihrem Essay *Der Liberalismus der Furcht* genießt.<sup>2</sup> Dennoch ist Shklar, allen Anekdoten zum Trotz, die denkbar schlechteste Autorität für Joffes Versuch, „den Liberalismus“ in Gegnerschaft zu gesellschaftlichen Protestbewegungen einerseits und zu identitätspolitischen Belangen andererseits zu bringen. Was den Protest betraf, betonte Shklar gerade den agonalen Charakter liberaler Demokratien, den andauernden politischen Anerkennungskampf, der in ihnen herrsche und der eben kein respektvoller Meinungsaustausch wie im Seminar sei. Die „ideology of agreement“, die Harmonie um jeden Preis predigt, empfand sie in ihren Konsequenzen als repressiv.<sup>3</sup>

Für diejenigen Anliegen, die man heute als „identitätspolitische“ zusammenfasst, ist dagegen Shklars stete Aufforderung instruktiv, nicht wegzuhören, wenn sich Ungerechtigkeitsempfinden artikuliert. „Die Stimmen der Opfer müssen immer zuerst gehört werden“, schrieb sie in ihrem Buch *Über Ungerechtigkeit*.<sup>4</sup> Daraus folgt freilich keine Vetomacht der Betroffenen, allerdings die beständige Anstrengung, den öffentlichen Diskurs zu erweitern.<sup>5</sup>

## LIBERALISMUS DER FURCHT

Seit 1989 ist Shklar vor allem für ihren *Liberalismus der Furcht* bekannt geworden. Er ist der Versuch, einen Elementarliberalismus zu formulieren, der keine bestimmte ökonomische Doktrin vertritt und sich nicht durch ein höchstes Gut, sondern durch ein höchstes Übel definiert, das er zu vermeiden trachtet: „Dieses Übel ist die Grausamkeit und die Furcht, die sie hervorruft, und schließlich die Furcht vor der Furcht selbst.“ Keine Gesellschaft, die erlaubt, dass einzelne ihrer Mitglieder in Furcht leben oder Grausamkeit unterworfen sind, kann sich als liberal bezeichnen.

Dieser Minimalismus hat viele Interpreten dazu verleitet, den Liberalismus der Furcht als zu defensiv oder inhaltlich leer zu kritisieren.<sup>6</sup> Das aber übersieht das Ausmaß, in dem Shklar die Idee der Gerechtigkeit, die sie für das erste Erbe der Aufklärung hielt, in die liberale Idee integrierte. Die Vorstellung von Freiheit, die dem Liberalismus der Furcht zugrunde liegt, ist sehr viel komplexer als eine bloß negative Freiheit – ohne Einschränkungen tun zu können, was man will –, die etwa Isaiah Berlin gegen die positive Freiheit verteidigte, beispielsweise dem Verfolg eines für alle bindenden Gemeinschaftsideals.<sup>7</sup>

Für Shklar ist Berlins Trennung zu abstrakt, weil sie die Bedingungen übersieht, unter denen Freiheit ausgeübt wird. Denn frei sind wir nie allein, sondern immer in Gesellschaft mit anderen. Es ist eine „verstrickte Freiheit“, für die der Anspruch auf Selbstbestimmung immer einer auf Selbstregierung ist. Da Selbstregierung jedoch einen kollektiven Aspekt besitzt, sind Handlungen, die in meinem Namen geschehen und für die ich nicht einstehen kann, bereits Einschränkungen meiner negativen Freiheit. Eine Gesellschaft, in der anderen die Freiheit genommen wird, impliziert mich in Ungerechtigkeit und macht mich unfrei. Shklar sah diese verstrickte Freiheit phänotypisch bei den amerikanischen Gegnern der Sklaverei und seitdem in allen anderen sozialen Gerechtigkeitsbewegungen am Werk.<sup>8</sup> Ganz anders als allzu individualistische oder kompetitive Liberalismusformen formulierte Shklar also einen Imperativ, Ungerechtigkeit gegen *andere* zu vermindern, weil sie die *eigene* Freiheit beeinträchtigt.

Liberaler Gerechtigkeit zu fördern, kann nach Shklar auf verschiedene Weisen geschehen. Am häufigsten wird der Kampf um die Ausweitung von Schutz vor Furcht und Grausamkeit von den Betroffenen selbst geführt. Dabei berufen sie sich zumeist auf ihnen zustehende, aber verweigerter Rechte, wie Shklar es in ihrem Buch *American Citizenship* vom Abolitionismus bis zur Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre zeigt.<sup>9</sup> Denn Rechte gelten nicht einfach, sondern müssen aktiv geltend gemacht werden. Wenn Shklar die Geschichte der USA als einen dauernden Kampf um zwar de jure verkündete, aber de facto verweigerter Rechte beschreibt, dann lässt sich diese Sicht auch auf *Black Lives Matter* ausweiten. Auch hier geht es um die Einforderung verweigerter Rechte: Zuallererst und zumindest geht es um das Unrecht, dass Schwarze nicht dieselbe Behandlung durch die Polizei erfahren wie Weiße. Dass diese Ungleichbehandlung zudem tatsächlich körperliche Grausamkeit nach sich zieht und ein Leben in Furcht wahrscheinlicher macht, ruft ganz explizit den Liberalismus der Furcht auf den Plan.

## „SINN FÜR UNGERECHTIGKEIT“

Solchen Rechtekämpfen folgte historisch immer eine „Umverteilung negativer Freiheit“,<sup>10</sup> also eine Umwandlung von Privilegien weniger in Rechte vieler. Dieser Privilegienverlust kann selbst wieder eine Quelle von Konflikt werden, und im Augenblick ist ebendieser Aushandlungsprozess zu beobachten, der Shklar allerdings wenig Unbehagen bereiten würde, da er zum Tagesgeschäft liberaler Politik gehört. Sehr viel eher als um diejenigen, die ihre Rechte einfordern, und jene, die ihre Privilegien verteidigen, sorgte sie sich um jene, die gar nicht erst die Chance haben, den Rechtekampf aufzunehmen: entweder, weil ihnen keine Möglichkeit zur Verfügung steht, sich Gehör zu verschaffen,



oder aber, weil die Ungerechtigkeit, die sie ganz real erfahren, sich gar nicht in der Sprache von proklamierten Rechten ausdrücken lässt.

Was Shklar nah an die Sensibilität mancher Formen von Identitätspolitik rückt, ist ihre Annahme, dass Redemöglichkeiten für gewöhnlich asymmetrisch verteilt sind und dass Macht der Grund für diese Asymmetrie ist. Vor allem die Marginalisierten werden nicht gehört. Zur wahrhaft liberalen Gesellschaft gehört daher auch die Aufmerksamkeit für jenen „Sinn für Ungerechtigkeit“, der solche Erfahrungen von Unrecht zum Ausdruck bringt, die man als Außenstehender übersehen hätte. Das hat nichts mit Hypersensibilität zu tun, die der Identitätspolitik oft unterstellt wird. Vielmehr formuliert Shklar eine dynamische Konzeption von Gerechtigkeit, die immer darauf bedacht ist, ihren eigenen blinden Flecken entgegenzuwirken.

In *Über Ungerechtigkeit* führt Shklar dieses Argument aus: Philosophisch ist Ungerechtigkeit stets nur als Gegenteil von Gerechtigkeit gedacht worden. Das führt aber zu dem Problem, dass durch die jeweilige Definition der Gerechtigkeit vorgegeben ist, was überhaupt je als Verstoß gegen sie gelten kann. Da diese Definition abstrakt und universal, die Erfahrung von Ungerechtigkeit aber subjektiv und partikular ist, kann das „gewöhnliche Modell von Gerechtigkeit“ all jene Ungerechtigkeiten gar nicht registrieren, die nicht in ihr Raster passen. Wir müssen, meint Shklar, also stets dafür offen sein, dass unsere Vorstellung von Gerechtigkeit selbst Ungerechtigkeit übersieht, und mehr noch, dass sie die Artikulation von solchen Ungerechtigkeiten aktiv verhindert, die gewissermaßen nicht vorgesehen sind.

Praktisch bedeutet das, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Stimmen der Opfer, der Ausgegrenzten und der am wenigsten Repräsentierten nicht ungehört bleiben, sei es durch feingliedrigere Remonstrationswege, sei es durch die Verstärkung ihrer Stimmen durch andere. Mehr noch: Der demokratische Grundsatz des Mehrheitsentscheids ist für Shklar erst dann garantiert, wenn es Minderheiten möglich ist, selbst potenziell zur Mehrheit zu werden. Es ist dieser Verbund von Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz, der Shklar veranlasste zu sagen, der Liberalismus der Furcht sei „monogam, treu und dauerhaft mit der Demokratie verheiratet“.

## REPRESSIVE SOLIDARITÄT

Trotzdem ist gerade diese letzte Möglichkeit auch jene, die Shklar in Opposition zu manchen gegenwärtigen identitätspolitischen Ideen bringt. Sie stand Gemeinschaft als politischem Wert an sich hochkritisch gegenüber. Zwar müsse der Kampf um verweigerte Rechte stets kollektiv erfolgen, doch hat weder das „Wir“ des Kollektivs Vorrang vor dem „Ich“ seiner einzelnen Mitglieder, noch ist das Sprechen im Namen von Gruppen immer zu begrüßen. Shklar sorgte sich um die Instrumentalisierung von Opfern und hatte dabei

die repressiven Tendenzen fundamentalistischer religiöser Gemeinschaften ebenso im Auge wie besonders anmaßende Formen des Für-andere-Sprechens, die politischer Aktivismus durchaus annehmen kann.

Es war diese Anmaßung, in der sie Snobismus erkannte, die ihr an den Campus-Protesten der 1960er-Jahre, wie Joffe bezeugt, so missfielen. Die Studenten des SDS (*Students for a Democratic Society*), die für die Arbeiter sprachen, von deren Wünschen sie lediglich eine rein theoretische Vorstellung hatten, waren ihr das beste Beispiel repressiver Solidarität, die gerade jene zum Schweigen bringt, für die sie sprechen will.<sup>11</sup> Das heißt nicht, dass man sich nicht für die Belange von Opfergruppen einsetzen sollte – ganz im Gegenteil –, aber es macht dafür sensibel, es nicht in einer Weise zu tun, dass sie selbst nicht mehr zu Wort kommen und über diesem Einsatz verstummen. Dem Sinn für Ungerechtigkeit Gehör zu verschaffen – vor allem solcher Ungerechtigkeiten, die der Mehrheitsgesellschaft gar nicht aufgefallen wären –, bedeutet schließlich, sich um liberale Gerechtigkeit zu sorgen, weil diese Aufmerksamkeit für die Schwächsten die Bedingung für die Freiheit aller ist.

<sup>1</sup> Josef Joffe: „Die Feinde des Liberalismus“, in: *Die Zeit*, 23.07.2020.

<sup>2</sup> Judith N. Shklar: *Der Liberalismus der Furcht*, Matthes & Seitz, Berlin 2013.

<sup>3</sup> Judith N. Shklar: *Legalism. Law, Morals, and Political Trials*, Cambridge University Press, Cambridge 1986 [1964].

<sup>4</sup> Judith N. Shklar: *Über Ungerechtigkeit*, S. Fischer, Frankfurt am Main 1997.

<sup>5</sup> Über diesen Punkt gibt Auskunft Jan-Werner Müller: *Furcht und Freiheit*, Suhrkamp, Berlin 2019.

<sup>6</sup> Zuletzt etwa: Christoph Möllers: *Freiheitsgrade. Elemente einer liberalen politischen Mechanik*, Suhrkamp, Berlin 2020.

<sup>7</sup> Isaiah Berlin: „Zwei Freiheitsbegriffe“, in: ders.: *Freiheit. Vier Versuche*, Fischer, Frankfurt am Main 1995.

<sup>8</sup> Judith N. Shklar: „Positive und negative Freiheit in den Vereinigten Staaten“, in: dies.: *Der Liberalismus der Rechte*, Matthes & Seitz, Berlin 2017.

<sup>9</sup> Judith N. Shklar: *American Citizenship*, Yale University Press, New Haven 1991.

<sup>10</sup> Judith N. Shklar: „Gewissen und Freiheit“, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 2/2018.

<sup>11</sup> Judith N. Shklar: *Ganz normale Laster*, Matthes & Seitz, Berlin 2014. Ich diskutiere Shklars Einwände gegen solches repressives Sprechen für andere ausführlich in Hannes Bajohr: „Judith N. Shklar über die Quellen liberaler Normativität“, in: Karsten Fischer, Sebastian Huhnholz (Hrsg.): *Liberalismus. Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen*, Nomos, Baden-Baden 2019.

# Identitärer Fundamentalismus?

Folgen der Moralisierung und Polarisierung

## ULRIKE ACKERMANN

Geboren 1957 in Mainz, promovierte Sozialwissenschaftlerin und Soziologin, Professorin für Politikwissenschaft, Gründerin und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung e.V., Bad Homburg.

Im Jahr 2020, dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung, erlebten wir eine Art Zeitreise zurück: Im Zuge der Coronakrise waren im Lockdown Grenzen wieder geschlossen, der öffentliche Raum war leer gefegt, das gesellschaftliche Leben stillgelegt, der freie Austausch von Personen, die Versammlungs-, Bewegungs- und Reise-

freiheit empfindlich eingeschränkt. Die Wirtschaft lag danieder. Die Grenzsicherungen mögen so manchen an die Zeit des Eisernen Vorhangs vor 1989 und die Inselanlage West-Berlins erinnern haben. Die zweifellos meist notwendigen, staatlich-administrativ verfügten rigiden Maßnahmen zur Bekämpfung der weltweiten Seuche flankieren eine Krise, wie sie die westlichen Demokratien seit Ende des Zweiten Weltkriegs bisher nicht gekannt hatten. Und deren Folgen noch ungewiss sind: ökonomisch, politisch, gesellschaftlich und die Zukunft der Europäischen Union betreffend. Zudem bescheren uns

die Coronakrise und die Versuche ihrer Bewältigung einen immensen Paternalisierungsschub. Der Staat schwingt das Zepter, und die Rückkehr zu Eigenverantwortung und Bürgersinn ist ins Stocken geraten. Auch wenn die Aussicht auf den Impfstoff das lang ersehnte Licht am Ende des Tunnels ist.

Es ist der größte Stresstest, den die liberalen Gesellschaften seit Ende des Zweiten Weltkriegs zu bestehen haben. Angesichts der Wucht der bedrohlichen Pandemie verblasen offensichtlich die jüngst vergangenen Krisenerfahrungen und Debatten. Doch Euro-Schuldenkrise, die wieder zunehmenden islamistischen Terroranschläge, die alte und erneut aufflammende Migrationskrise, der Brexit, die Krise der Volksparteien und der Erfolg rechter und linker Populisten in ganz Europa und den USA stellen die liberalen Demokratien und ihre Institutionen weiterhin auf eine harte Probe. Daran hat auch die Coronakrise nichts geändert. Betrachtet man die Zusammensetzung der Teilnehmer an Demonstrationen gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen und Freiheitsbeschränkungen, findet man auch dort illustre Querfronten zwischen links und rechts, die Freiheit für sich reklamieren, aber die Freiheit und Unversehrtheit anderer gefährden. Generell eint die politischen Ränder eher ein ausgeprägtes antiwestliches Ressentiment: die Skepsis gegenüber der Globalisierung, durchsetzt von Antikapitalismus, Europa-skepsis, Putin-Verehrung, der Wunsch nach starker Führung und einer harten Hand, das Misstrauen gegenüber der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und stattdessen der Wunsch nach direkter Volksherrschaft und die Lust an der Revolte.

Es handelt sich dabei auch um einen Aufstand gegen die globalisierte Moderne und die von ihr bescherte grenzenlose, konfliktreiche Unübersichtlichkeit der Welt. Die Revolte richtet sich gegen das kosmopolitisch-urbane, global vernetzte sogenannte Establishment. Deshalb sind es eben nicht nur populistische Ressentiments, Skepsis gegenüber Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit, die die europäischen Gesellschaften und ihre gewachsenen sozialen Ordnungen erschüttern: Es sind ganz neue und reale Probleme – nicht etwa nur diffuse Ängste der Bevölkerung –, neue Verwerfungen und soziale Spaltungen, die unsere bisher liberalen und offenen Gesellschaften samt ihrer demokratischen Institutionen und das politische Gefüge im Kern berühren. Die etablierte politische Klasse hat auf diese neuen Herausforderungen bisher keine überzeugenden Antworten gefunden. Die Kluft zwischen den einst staatstragenden Volksparteien und der Bevölkerung ist im Laufe der letzten Jahre immer größer geworden, und der Verdruss über die Große Koalition wuchs. Auch wenn dies während der Coronakrise vom Bonus der Kanzlerin als Krisenmanagerin zeitweilig überdeckt wurde.

## SELBSTZWEIFEL UND SELBSTHASS

Die großen gesellschaftlichen Debatten werden heute nicht aus der politischen Mitte heraus geführt, sondern entzündet sich an den Rändern und münden fast umgehend in Polarisierungen. Obwohl das ideologische Rechts-Links-Schema überwunden schien, greift es immer noch.

Ins Zentrum der erneuten Rechts-Links-Konfrontation ist nun vor allem der Streit über das Selbstverständnis der Nation, ihre Grenzen, ihren Zusammenhalt, gesellschaftliche Minderheiten und ihr Umgang mit ihnen gerückt. Die Polarisierungen in diesen Debatten sind flankiert von einem wachsenden Moralisiertendruck. Denkverbote und ideologische Scheuklappen machen eine rationale Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Herausforderungen immer schwieriger. Die Selbstzweifel an der Erfolgsgeschichte unserer Zivilisation bis hin zum westlichen Selbsthass werden immer lauter. Sie sind nicht nur rechten und linken Rändern eigen, sondern zunehmend in Universitäten, Redaktionsstuben und Kulturinstitutionen beheimatet, wie der Streit über Rassismus und Kolonialismus zeigt. Und dies in einer Situation, in der die über Jahrhunderte mühsam errungenen westlichen Freiheiten und Lebensweisen weltweit unter immer stärkeren Druck geraten sind.

Bereits seit einigen Jahren tobt dieser Kulturkampf, der immer aberwitzigere Züge annimmt. Kinderbuchklassiker werden umgeschrieben, weil das Wort „Negerkönig“ inzwischen anstößig ist. Alte Filme werden aus dem Verkehr gezogen, weil sie aus heutiger Sicht rassistisch sind. Statuen werden vom Sockel geholt. Berühmte Bilder werden abgehängt, weil sie sexistisch seien. Die „Diskurspolizei“ ist auch an den Universitäten unterwegs. Es sind Eingriffe zugunsten eines vermeintlich gerechten, politisch korrekten Regimes, das es jeder Ethnie, jedem Geschlecht und jeder Religion recht machen will. Der Wunsch nach Eindeutigkeit und Einheitlichkeit, nach Reinheit und Säuberung hat sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern ausgebreitet. Verletzte Gefühle einer Grup-

pe wiegen nun oft schwerer als die Prinzipien und die Ausübung der Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit. Obwohl doch gerade sie Antrieb und Resultat eines jahrhundertelangen Kampfes waren und als hohe Güter unsere Lebensweise auszeichnen. Inzwischen steht auch schon der Aufklärer Immanuel Kant wegen Rassismus am Pranger, weil er in seinen Frühschriften wie fast alle seiner Zeitgenossen die weiße „Race“ als vollkommenste der Menschheit ansah. Eine „Kritik der weißen Vernunft“ wird deshalb angemahnt. Doch dem späteren Kant verdanken wir gerade die wegweisende Definition von Mündigkeit und die Entfaltung dessen, was die Würde des einzelnen Menschen ausmacht.

## RÜCKFALL IN DEN TRIBALISMUS

Der Ausgang aus der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“ war die Selbstermächtigung des Individuums mit dem Ziel seiner Emanzipation aus kollektiven Zwängen, flankiert von Solidarität und Gemeinsinn. Die Errungenschaft aus dieser zivilisatorischen Leistung über Jahrhunderte hinweg war die Gleichheit jedes Einzelnen vor dem Recht – gerade unabhängig von Hautfarbe, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder Religion. Diese Ideale aus der Amerikanischen und Französischen Revolution sind bis heute nicht vollständig eingelöst, aber immer noch treibende Kraft für die Ausweitung der Chancengerechtigkeit.

Inzwischen scheint unsere Gesellschaft allerdings auf eine frühere Stufe ihrer Entwicklung zu regredieren, weg vom

Ideal des autonomen, selbstbestimmten, aufgeklärten Individuums und wachen Staatsbürgers hin zum Stammesdenken und der Hordenbildung mit gefeierten Anführern. In den sich selbst bestätigenden Communities, verstärkt durch die neuen Medien, ist ein besorgniserregender Rückfall in den Tribalismus zu beobachten. Die Gesellschaft zersplittert in immer neue Kollektive, die für ihre partikularen Gruppeninteressen kämpfen. Die fremdenfeindliche Identitätspolitik der Rechten favorisiert einen Kollektivismus, der sein Heil in der ethnischen Homogenität der Volksgemeinschaft sieht und die universalistischen Prinzipien der Aufklärung und die Idee einer offenen Gesellschaft verwirft. Dies tut auch der politische Islam mit seiner spalterischen Identitätspolitik, die erfolgreich Parallelgesellschaften bei uns implementiert hat. Schnittflächen und Bündnisse gibt es dabei auch mit einer Linken, die immer lauter gegen sogenannten „antimuslimischen Rassismus“ zu Felde zieht. Denn antiwestlich und antiliberal geriert sich auch eine Identitätspolitik von links, die an den Hochschulen und im Kulturbetrieb Raum gewonnen hat. Großen Auftrieb hat sie erst recht seit der *Black Lives Matter*-Bewegung erhalten.

## SONDERRECHTE FÜR OPFERKOLLEKTIVE?

Eigentlich begann es im Zuge der neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er-Jahren durchaus emanzipatorisch. Mutig schlossen sich Frauen und soziale Minderheiten zusammen, um für ihre Rechte einzutreten. Sie machten auf historische und

aktuelle Benachteiligungen aufmerksam und bekehrten auf gegen Sexismus und Rassismus. Doch dann breitete sich mit dem Lob der kulturellen Vielfalt und Differenz ein ideologisch gewordener Multikulturalismus aus, der die freiheitlichen Errungenschaften der westlich-europäischen Zivilisation zunehmend relativierte. Immer neue soziale Gruppen, die sich als Opfer von gesellschaftlicher Diskriminierung verstanden, entwickelten ihre jeweils unterschiedlichen Opfernarrative und forderten besondere Rechte für sich. Eine regelrechte Opferkonkurrenz entstand.

Es geht dabei um Wiedergutmachung erfahrenen Leids und den Wunsch nach sozialer und kultureller Wertschätzung. Entstanden ist daraus über die Jahrzehnte eine ausgeprägte Identitätspolitik, die ausdrücklich die jeweils kollektive religiöse, kulturelle, sexuelle und ethnische Zugehörigkeit ins Zentrum stellt. Nicht für Individuen werden Rechte eingefordert, sondern für die jeweiligen Opferkollektive, die Sonderrechte beanspruchen, um bisherige gesellschaftliche und historische Benachteiligung zu kompensieren. Aus den ehemals emanzipatorischen Bestrebungen sind identitäre Communities entstanden, die ihre Anliegen ideologisiert haben und einen lautstarken moralisierenden Feldzug gegen die sogenannte Mehrheitsgesellschaft führen. Wenn ständig in Täter- und Opferkategorien gedacht und agitiert wird, schwindet der gesellschaftliche Zusammenhalt immer mehr und leistet weiterer Polarisierung Vorschub. Hauptfeind Nummer eins ist der alte, heterosexuelle, weiße Mann, der entmachtet werden soll.

Paradoxerweise wird der wohlfeile Antikolonialismus und Antirassismus selbst rassistisch, wenn er die ethnische Herkunft

und Hautfarbe zum essenziellen, identitätsstiftenden Zugehörigkeitskriterium der von der Mehrheitsgesellschaft vorgeblich diskriminierten Opferkollektive macht. Erschreckend sind zudem die Rigidität und die Wut, die den Wunsch nach Reinigung begleiten: Sprache, Geschichte, Bücher, Plätze, Erinnerung sollen von allem Bösen gesäubert werden. Das ursprüngliche Ansinnen ist totalitär geworden. Aber diese „Cancel Culture“ betreibt letztlich eine Entsorgung der Vergangenheit. An den Universitäten ist die linke Identitätspolitik in den Sozial- und Geisteswissenschaften so dominant geworden, dass sie die Freiheit der Wissenschaft und der Meinung ernsthaft gefährdet. Die antirassistische Lehre von der *Critical Whiteness*, abgeleitet aus dem westlichen „Schuldkomplex“ (Pascal Bruckner), prägt längst über die Hochschulen hinaus den gesellschaftlichen Diskurs. Sie verleitet angesichts der Gräueltaten des Kolonialismus und der Sklaverei die Mehrheitsgesellschaft zu paternalistischer Überkompensation gegenüber den nachgeborenen „Opfern“ – angetrieben vom Wunsch, die Schuld zu tilgen. Vermeintliche Täter und vermeintliche Opfer bleiben so in einer reziproken, Komplizenhaften Dynamik gefangen, die einer sachlichen und kritischen Aufarbeitung der Geschichte im Wege steht.

Die Erfolgsgeschichte der westlichen Zivilisation hat uns über die Jahrhunderte den besten Lebensstandard, den wir je hatten, beschert, Partizipation und Frei-

räume erweitert – freilich begleitet von grauenhaften Kämpfen, Katastrophen, Diktaturen, kolonialen Verbrechen, vielen Irrtümern und Inkonsequenzen. Wir können diese widersprüchliche Geschichte nicht glattbügeln oder retuschieren. Wir müssen mit ihr leben. Denn: „Aus so krummem Holze, aus dem der Mensch gemacht ist, kann nicht gerades gezimmert werden“ (Immanuel Kant).

Was wir benötigen, um dem Furor dieses identitären Fundamentalismus, der von Rechten, Linken und Islamisten gleichermaßen bedient wird, entgegenzutreten und ihn zu entzaubern, ist eine antitotalitäre Selbstaufklärung, die aus der politischen Mitte kommt und sich auf unsere Freiheitstraditionen besinnt. Sie wird uns nur gelingen in der offenen Austragung von Konflikten, jenseits abgeschotteter Gesinnungslager. Wir brauchen lebendige Debatten ohne Denkverbote und Moralisierung und wieder eine Erweiterung des Mainstreams, der die Pluralität der Meinungen und Interessen umfassender abbildet als bisher. Nur so wird es uns gelingen, über Fehler der Vergangenheit und neue Ideen klug zu streiten, um zu den besten Lösungen zu gelangen. Selbstgewissheit wäre fehl am Platz. Aber ein wacheres Bewusstsein für die Fragilität unserer Freiheiten täte uns gut und würde uns etwas krisenfester machen.

#### Literaturhinweis

Ackermann, Ulrike: Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle, Darmstadt 2020.

# Gender und Identität

Einblicke in eine unübersichtliche Debatte

## CHRISTINE HENRY-HUTHMACHER

Zuständig für Frauen- und Familienpolitik, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nicht erst seit der Coronakrise ist eine Polarisierung in vielen Gesellschaften zu beobachten. Sie ist Ausdruck eines neuen Kulturkampfes, der besonders auch auf dem Feld der Identitäts- und Genderpolitik ausgetragen wird. Fragen

sozialer Benachteiligung, Unterprivilegierung und ökonomischer Ungleichheit werden in den aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten über Rassismus, Gender und Sexismus in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und den westlichen Gesellschaften kaum noch diskutiert. Stattdessen hat eine Verschiebung hin zu Fragen der Diskriminierung der Geschlechter und

Ethnien stattgefunden. Die umfassende Liberalisierung der letzten Jahrzehnte, die mit einem Wertewandel verbunden ist, findet ihren Niederschlag in dieser Gender- und Identitätsdebatte, in der die soziokulturelle Konfliktdimension die vormals sozioökonomische mehr und mehr überlagert. Andreas Reckwitz spricht von einer Kulturalisierung der Politik.

Die Missbrauchsvorwürfe gegen den Filmproduzenten Harvey Weinstein im Herbst 2017 lösten eine heftig geführte internationale Debatte über sexuelle Diskriminierung und sexualisierte Gewalt gegen Frauen aus. Dabei ging es nicht allein um die Ahndung von Sexismus, sondern auch um die Grundsatzfrage, was Männlichkeit und Weiblichkeit ausmacht und welche Rolle das Geschlecht in der Gesellschaft spielt. In Reaktion auf den Weinstein-Skandal ermutigte eine betroffene amerikanische Schauspielerin unter dem Schlagwort *#MeToo* andere betroffene Frauen, auf das Ausmaß sexualisierter Gewalt aufmerksam zu machen. Der Hashtag bricht ein Tabu und löst mit Millionen Tweets in über 85 Staaten eine weltweite Bewegung aus. Harvey Weinstein wird im März 2020 zu 23 Jahren Haft verurteilt. Die Folgen der Kampagne *#MeToo* sind weltweit in unterschiedlichen Ausprägungen zu beobachten. Während sie zunächst vor allem die Kultur-, Medien- und Musikindustrie betreffen, weiten sie sich auch auf Sport, Wissenschaft und Politik aus. Aufgrund von Anschuldigungen gegen mehrere seiner Mitglieder berief das Europäische Parlament eine Anhörung zur Bekämpfung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ein.

## ENTGLEISUNG UND GEGENWEHR

In vielen Ländern gibt es öffentliche Diskussionen über Sexismus, die Folgen fallen in den Ländern allerdings sehr unterschiedlich aus. Auch heute ist Sexismus im öffentlichen Raum und vor allem im Internet weiterhin präsent. Doch hat sich seit *#MeToo* auch in Deutschland einiges geändert: Je dreister die Übergriffe, desto deutlicher artikuliert sich Gegenwehr. So hatten im Herbst 2020 sexistische Anzüglichkeiten eines Autors in dem Magazin *Tichys Einblick* für Roland Tichy die Konsequenz, dass er sich als Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung nicht zur Wiederwahl stellte. Die wiederholten sexistischen Anspielungen von Christian Lindner hatten aufgrund des öffentlichen Drucks seine öffentliche Entschuldigung zur Folge.

Bestimmte das Thema Sexismus 2017 die öffentliche Diskussion, so geht es aktuell mehr um Gender- und Identitätsfragen. Unter Identitätspolitik versteht man das Eintreten einer Gruppe für ihre spezifischen Rechte und Interessen hinsichtlich ihrer Ethnie oder ihres Geschlechts. Dabei geht es vor allem um Minderheitenrechte. Die kulturelle Anerkennung von Homosexuellen, Transsexuellen und anderen sexuellen Minderheiten steht dabei im Fokus. Nicht mehr das biologische Geschlecht ist das einzig entscheidende

Kriterium für die geschlechtsspezifische Identität, wie es Judith Butler in ihrem Buch *Gender Trouble (Das Unbehagen der Geschlechter)* von 1990 analysierte, das zu den Urtexten neuer Wissenschaftsdisziplinen und Studiengänge weltweit geworden ist.

Butlers wissenschaftlicher Anspruch ist kein naturwissenschaftlicher. Sie greift die für die Geschlechterstudien grundlegende Unterscheidung zwischen biologischem (*sex*) und dem sozialen (*gender*) Geschlecht auf. Beide seien Produkte gesellschaftlicher Diskurse und müssten aufs Neue performativ durch Sprechakte der Subjekte erzeugt werden, um als soziale Konstrukte wirkmächtig zu bleiben. Erst die kulturelle Sozialisation, die von Machtverhältnissen durchsetzt ist, bringt demnach geschlechtliche Identitäten wie „Frau“ und „Mann“ hervor. Diese Verbindung von Machtanalysen und Fragen der Geschlechterdifferenz kennzeichnet die Studien zur historischen Entwicklung von normativen Menschenbildern in den 1980er- und 1990er-Jahren. Aufgabe der von ihr initiierten Genderstudies ist es daher, den Konstruktionsbedingungen von Geschlecht und Macht auf den Grund zu gehen, die binäre Geschlechternorm infrage zu stellen und zu überwinden. Genderstudies haben dazu geführt, dass Transsexuelle heute immer weniger pathologisiert werden. Belgien hat im Oktober 2020 als erstes Land der Welt eine Transfrau als Ministerin und stellvertretende Premierministerin vereidigt. Identität wird zu einer Leitkategorie von Judith Butlers Arbeiten.

## STOLZ UND EMPOWERMENT

Die aktuellen öffentlichen Genderdebatten zeigen einen Wandel hin zu politisch-aktivistisch ausgerichteten Varianten der Genderstudies, denen es weniger um die Analyse externer Bemächtigungs- und Konstruktionsbedingungen von Geschlechtsidentität geht als um die Ausbildung interner Ermächtigungsstrategien. Die Vorsilbe „trans“, mit der in Butlers historischen Analysen Leid verbunden ist, wird heute in der LGBTQ-Community mit neuen Initialen ergänzt und soll Stolz und Empowerment repräsentieren. Eine erfüllte Individualität scheint demnach heute gleichbedeutend mit der selbsttätigen, im vielfältigen Spektrum des Möglichen getroffenen Wahl des Geschlechts zu sein.

Die in der Genderdebatte eingeforderte Toleranz für das eigene Geschlecht und Weltbild hat zu einer zunehmenden Intoleranz gegenüber Andersdenkenden geführt. Wie ausgeprägt der Kulturkampf mittlerweile geworden ist, zeigt der ungezügelter Hass und die üblen Verleumdungen der Translobby in den sozialen Netzwerken, mit denen Joanne K. Rowling und ihr im Herbst 2020 erschienener Kriminalroman *Trouble Blood* überschüttet worden ist. Mit ihrem Roman greife sie Stereotype gegenüber Transmenschen auf und schade ihrem Anliegen. In einem Hashtag wurde die Autorin als transphob

und rassistisch gebrandmarkt und ihre Karriere für beendet erklärt. Rowling vertritt den Standpunkt, dass das biologische Geschlecht eine unabänderliche Tatsache sei. Aufgrund der massiven Anschuldigungen und Bedrohungen haben sechzig britische Kulturschaffende in einem offenen Brief ihre Solidarität mit ihr bekundet. Sie verurteilen diesen „haarsträubenden“ Hashtag als ein Beispiel der gegen sie und andere Frauen gerichteten Volksverhetzung, die Twitter und andere Plattformen ermöglichen und stillschweigend billigen.

## BEDROHUNG DES DISKURSES

Während die Identitätspolitik des Geschlechts für die einen eine persönliche Befreiung und Anerkennung bedeutet, ist sie für andere Ausdruck der Krise des Common Sense. Sie ist in den letzten Jahren immer stärker zu einem Kampf um die Deutungshoheit unterschiedlicher Gruppen geworden. Der größte Teil der Gesellschaft steht ihr jedoch mit verwunderter Ratlosigkeit gegenüber und wird mit Gendersternchen, Toilettenfragen, neutralisierten Ausschreibetexten und Anredevielfalt im Alltag zurückgelassen.

„Das Verlangen nach Anerkennung der eigenen Identität vereint als Leitmotiv vieles von dem, was sich heutzutage in der Weltpolitik abspielt“ (Francis Fukuyama 2019, S. 16). Identitätspolitik ist zu einem Leitmotiv für die globale Politik geworden. Die Zunahme der Identitätspolitik ist in modernen liberalen Gesellschaften nach Ansicht von Fukuyama eine ihrer Hauptbedrohungen. Im Kampf um Gleichstellung und das Eintreten für Minderheitenrechte geht es nicht mehr darum, dass Mitglieder der Minderheiten die gleiche Behandlung wie die der Angehörigen dominanter gesellschaftlicher Gruppen einfordern. Vielmehr bestehen die Mitglieder der Minderheiten auf Anerkennung ihrer je besonderen Identität, die sich von der Mehrheit unterscheidet. Jede Gruppe beansprucht ihre eigene Identität, die Außenstehenden nicht zugänglich ist. Kulturelle Anerkennung von Minderheiten gehört zu den Themen linker Politik.

Ein Problem des gegenwärtigen Identitätsverständnisses ist die zunehmende Bedrohung der Redefreiheit und des für die Demokratie erforderlichen rationalen Diskurses. Dieser sollte dem Austausch von Argumenten ohne persönlichen Hintergrund und unabhängig von persönlichen Interessen dienen. In der „Cancel Culture“, die zunehmend den amerikanischen Diskurs bestimmt und auch verstärkt auf Europa Einfluss nimmt, gilt dies nicht mehr. In der „Cancel Culture“ werden andersmeinende Positionen unter Verweis auf ethische oder politische Fragwürdigkeiten nicht mehr zugelassen. Der amerikanische Historiker Mark Lilla kritisiert mit 152 anderen weltbekannten Intellektuellen den Moralismus der Gegenwart in einem offenen Brief an die Weltöffentlichkeit. Er sieht ein intolerantes Klima in den USA entstehen, das in den Universitäten, Medien und vor allem im Internet Meinungsfreiheit

und den freien Austausch von Ideen einengt. Es gibt die Tendenz, komplexe politische Fragen in einer „blendenden moralischen Gewissheit“ aufzulösen, was er auf das puritanisch-protestantische Erbe in den USA zurückführt.

In dem offenen Brief, der im Sommer 2020 im *Harper's Magazine* in den USA, in *Die Zeit* in Deutschland, *Le Monde* in Frankreich und *La Repubblica* in Italien veröffentlicht wurde, beklagten prominente Autorinnen und Autoren ein intolerantes Klima in der gesellschaftlichen Diskussionskultur und plädierten für eine offene Streitkultur. Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen deuten an, dass sich sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums verhärtete Fronten gebildet hätten, die einen freien Meinungs-austausch verhinderten. Während sie vor den Gefahren rechter Demagogie am Beispiel Donald Trumps warnen, zeigen sie sich ebenso besorgt angesichts der wachsenden Zahl von Gesinnungsmoralisten, die jede Verletzung der Political Correctness mit Hassreden abstrafen würden. Sie kritisieren, dass jeder Mensch in erster Linie als Repräsentant seiner Gruppe wahrgenommen werden solle. Mitglieder dominanter Gruppen hätten demnach kein Recht, dominierte Gruppen zu kritisieren. Selbst gruppenübergreifende Freundschaften seien wegen des Machtgefälles zwischen einem Weißen und einem Schwarzen schwierig. Statt eines freien Austausches von Ideen und Meinungen sei die Meinungsfreiheit durch die „Cancel Culture“ in Gefahr, deren Moralismus vor allem in den USA ein intolerantes Klima entstehen ließe. Unter „Cancel Culture“ wird ein systematischer Boykott von Personen oder Organisationen verstanden, denen beleidigende oder diskriminierende Aussagen beziehungsweise Handlungen vorgeworfen werden.

## ERFOLGREICHE VERÄNDERUNG KULTURELLER NORMEN

Die westlichen liberalen Gesellschaften sind heute bunter denn je. Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, das gemeinsame Zusammenleben mit der zunehmenden Diversität zu vereinbaren und Antworten auf die Frage zu finden, wie sich die Diversität auf die Politik auswirken soll.

Die Identitätspolitik hat die Aufmerksamkeit auf persönliche Erfahrungen von Ungerechtigkeit gelenkt und konkrete politische Maßnahmen ergriffen. Dadurch hat sie den betroffenen Gruppen geholfen und erfolgreich kulturelle Normen verändert. Die *#MeToo*-Bewegung hat das gesellschaftliche Bewusstsein für sexuelle Gewalt geschärft, wichtige Diskussionen über unzureichende Strafgesetzgebung eröffnet und einen veränderten Umgang von Frauen und Männern am Arbeitsplatz bewirkt. Die Identitätspolitik zielt darauf ab, Kultur und Verhalten so zu beeinflussen, dass sie den Betroffenen reale Vorteile bringen. Problematisch wird die Identitätspolitik dann, wenn sie sich auf immer neue und enger definierte ausgegrenzte Gruppen konzentriert,

andere Gruppen abwertet und die gravierenden Probleme größerer Gruppen außer Acht lässt.

Francis Fukuyama sieht dies in der Vernachlässigung linksliberaler Politik in den USA, die die zunehmende Verarmung der Alleinerziehenden, die fortschreitende Opioid-Krise und das Abrutschen weißer Arbeiter in die Unterschicht ignoriere. Seiner Ansicht nach splittet sich die politische Linke in verschiedene, scheinbar gegeneinander wirkende identitätspolitische Themen wie Migration, Inklusion oder Genderdebatte auf, während die politische Rechte im Nationalismus eine große vereinende Erzählung findet. Oder wie es Mark Lilla auf den Punkt bringt: Rechts wird ein Vakuum gefüllt, das links geschaffen wurde. So sieht sich die „Identitäre Bewegung“ im rechten politischen Spektrum als Verteidigerin einer lokalen kollektiven Identität, die sich im Prozess der Globalisierung aufzulösen droht.

## NARZISSTISCHE OPFERMENTALITÄT

Den globalen Erfolg populistischer Politik sieht Mark Lilla in der Vernachlässigung sozialer Fragen und der Hinwendung linker Politik zu Identitätspolitik und Moralthemen. In seinem Artikel „The End of Identity Liberalism“ in der *New York Times* fordert er das Ende der Differenzaufzählung als Basis demokratischer Politik. Wer die Gesellschaft nur als eine Ansammlung von Minderheiten verstehe, bestärke eine narzisstische Opfermentalität, die sich nur noch für eigene Lebensumstände interessiere und das Gefühl der eigenen moralischen Überlegenheit stütze.

Der Moralismus engt nicht nur die Meinungsfreiheit ein, sondern befördert auch die „Cancel Culture“, und damit trifft er den Lebensnerv einer liberalen Gesellschaft. Die „Cancel Culture“ ist „der Übergang zu Dogmatismus und Intoleranz mit der Gefahr, die zivilkulturelle Basis der Demokratie auszuhöhlen“. Aus einer Minderheitenposition heraus „wird für Pluralität und Diversität plädiert, um dem eigenen Standpunkt Gehör zu verschaffen, um dann, wenn dieser hinreichend Zustimmung gefunden hat, Kritik und Widerspruch klein zu halten und Grenzen wünschenswerter Diversität immer enger um den eigenen Standpunkt zu ziehen“ (Nida-Rümelin, 2020).

Maßgeblich für die Verbreitung der „Cancel Culture“ ist das Internet, das eine Welt der symbolischen Gesten und der symbolischen Sprache eröffnet, die nicht mehr viel mit der realen Wirklichkeit zu tun hat. Der neue Aktivist der Minderheiten hat weniger Interesse an realer Politik als an tugendhaften Gesten. „Cancel Culture“ ist nach Ansicht von Julian Nida-Rümelin lediglich ein Oberflächenphänomen der aktuellen Erosion zivilkultureller Grundlagen der Demokratie. Er sieht nicht nur die Gefahr, dass die identitäre Neue Rechte und ihre bürgerlichen Ausläufer das linke identitätspolitische

Vokabular besetzen, sondern auch die postmoderne Verabschiedung von Subjekt und Verantwortung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Eine in verschiedene Lager und partikulare Identitäten unversöhnlich gesplittete, zersplitterte Gesellschaft ist nicht demokratiefähig. „Cancel Culture“ ist nur eine von vielen aktuellen Bedrohungen der Demokratie, aber sie geht gerade deswegen an die Substanz, weil viele ihrer Protagonisten guten Willens sind“ (Nida-Rümelin, 2020).

Eine der großen Herausforderungen moderner liberaler Demokratien ist die Zunahme der Identitätspolitik. „Wenn es uns nicht gelingt, zu einem universalen Verständnis der menschlichen Würde zurückzukehren, werden wir zu ständigen Konflikten verurteilt sein“ (Fukuyama, 2019, S. 17).

## Literatur

- Bernhard, Andreas: „Wen kümmert's, wer spricht?“, in: *Die Zeit*, Nr. 35/2020, 20.08.2020, S. 43.
- Butler, Judith: *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt am Main 1991.
- Fukuyama, Francis: *Identität*, Hamburg 2019.
- Lilla, Mark: „The End of Identity Liberalism“, in: *The New York Times*, 18.11.2016.
- Lilla, Mark: „Identitätspolitik ist keine Politik“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.11.2016.
- Lilla Mark: „Wofür sich der neue Typ Aktivist interessiert“, in: *Die Welt*, 16.07.2020, [www.welt.de/kultur/plus211447031/Mark-Lilla-Wofuer-sich-der-neue-Typ-Aktivist-interessiert.html](http://www.welt.de/kultur/plus211447031/Mark-Lilla-Wofuer-sich-der-neue-Typ-Aktivist-interessiert.html) [letzter Zugriff: 18.01.2021].
- Mouk, Yascha: „Cancel Culture: Kollektive Zensur“, in: *Die Zeit*, Nr. 34/2020, 12.08.2020.
- Nida-Rümelin, Julian: „Cancel Culture ist das Ende der Aufklärung“, in: *Die Welt*, 22.09.2020, [www.welt.de/debatte/kommentare/plus216174152/Meinungsfreiheit-Cancel-Culture-ist-das-Ende-der-Aufklaerung.html](http://www.welt.de/debatte/kommentare/plus216174152/Meinungsfreiheit-Cancel-Culture-ist-das-Ende-der-Aufklaerung.html) [letzter Zugriff: 18.01.2021].
- Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin 2017.
- Rothstein, Eduard: „Exorzismus statt Aufklärung“, in: *Die Zeit*, Nr. 38/2020, 10.09.2020, S. 11.
- Susemichel, Lea: *Kampfbegriff Identitätspolitik*, Heinrich-Böll-Stiftung, 02.06.2019.
- Weisbrod, Lars: „Pssst! – Warum man nicht mehr Identitätspolitik sagen und auch sonst öfter mal den Mund halten sollte“, in: *Die Zeit*, Nr. 39/2020, 17.09.2020, S. 60.
- „Widerstand darf kein Dogma werden. 153 Intellektuelle plädieren für mehr Liberalismus in den Debatten“, in: *Die Zeit*, Nr. 29/2020, 08.07.2020.





# Weltweite Teilhabe

Die neue „Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“

## MARKUS HILGERT

Geboren 1969 in Koblenz,  
Altorientalist, Kulturmanager und  
Generalsekretär der Kulturstiftung  
der Länder, Berlin.

Mit dem zunehmenden Einfluss postkolonialer Ansätze insbesondere in den Kulturwissenschaften seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat auch die gesellschaftliche und politische Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit

in Deutschland und anderen Staaten an Bedeutung gewonnen. Ein wichtiger Bereich dieser Aufarbeitung ist die Beantwortung der Frage, wie ein verantwortungsvoller Umgang mit menschlichen Überresten und Kulturgut gestaltet werden kann, die als Ergebnis formaler Kolonialherrschaften in Sammlungen in Deutschland gelangt sind. Dies betrifft nicht nur das Sammlungsgut, das mit formalen Kolonialherrschaften des Deutschen Reiches in Zusammenhang steht, sondern auch Sammlungsgut aus Gebieten, die von anderen Staaten kolonisiert wurden. Die kulturpolitisch Verantwortlichen des Bundes und der Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände haben in den vergangenen zwei Jahren eine langfristig angelegte Strategie zur Bewältigung dieser Herausforderung entwickelt und erste Schritte zu ihrer Umsetzung unternommen. Strukturelles Herzstück dieser Strategie ist die „Kontaktstelle

für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“, die am 1. August 2020 ihre Arbeit an der von der Ländergemeinschaft finanzierten Kulturstiftung der Länder aufgenommen hat.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode nimmt an mehreren Stellen auf die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, die „zum demokratischen Grundkonsens in Deutschland“ gehört, und den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten Bezug. Von besonderer Bedeutung ist die Ankündigung, „die Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe in Museen und Sammlungen [...] mit einem eigenen Schwerpunkt“ zu fördern. Vor diesem Hintergrund haben sich die Staatsministerin des Bundes für Kultur und Medien, die Staatsministerin im Auswärtigen Amt für internationale Kulturpolitik, die Kulturministerinnen und Kulturminister der Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände am 13. März 2019 auf „Erste Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“<sup>1</sup> verständigt („Erste Eckpunkte“). In der Präambel wird folgende weitreichende Zielsetzung formuliert: „Wir wollen in engem Austausch mit den Herkunftsstaaten und den betroffenen Herkunftsgesellschaften verantwortungsvoll mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten umgehen. Wir wollen dabei die Voraussetzungen für Rückführungen von menschlichen Überresten und für Rückführungen von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten schaffen, deren Aneignung in rechtlich und/oder ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte. Wir werden gemeinsam mit den betroffenen Einrichtungen Rückführungsverfahren mit der erforderlichen Dringlichkeit und Sensibilität behandeln.“

Mit Blick auf die Realisierung dieser Ziele heißt es in den „Ersten Eckpunkten“: „Insbesondere Menschen und Institutionen aus den Herkunftsstaaten und den betroffenen Herkunftsgesellschaften werden wir die Möglichkeit eröffnen, sich über Bestände von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland zu informieren und konkrete Beratung, auch hinsichtlich möglicher Rückführungen und Kooperationen, zu erhalten. Um den Zugang zu diesen Informationen deutlich zu erleichtern und zu verbessern, werden wir einen Vorschlag zur Errichtung und Ausgestaltung einer Anlaufstelle erarbeiten.“

Beim 11. Kulturpolitischen Spitzengespräch am 16. Oktober 2019 wurde das „Konzept für die Errichtung und Ausgestaltung einer Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“<sup>2</sup> verabschiedet und die Einrichtung der Kontaktstelle beschlossen. Der Leitgedanke war, insbesondere für Personen und Institutionen aus Herkunftsstaaten und Herkunftsgesellschaften eine zentrale erste Anlaufstelle zu schaffen, die einen erleichterten Zugang zu Informationen über Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland sowie über sammlungsbewahrende Einrichtungen und ihre Träger, allgemeine rechtliche Rahmenbedingungen, Strukturen und Zuständigkeiten eröffnen soll.

Darüber hinaus unterstützt die Kontaktstelle die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland“ bei der Konkretisierung und Weiterentwicklung der in den „Ersten Eckpunkten“ festgelegten sechs Handlungsfelder. Bei diesen Handlungsfeldern handelt es sich um „Transparenz und Dokumentation“, „Provenienzforschung“, „Präsentation und Vermittlung“, „Rückführung“, „Kulturaustausch, internationale Kooperationen“ und „Wissenschaft und Forschung“.

Zwar fungiert die Kulturstiftung der Länder als administrativer und organisatorischer Träger der Kontaktstelle. Doch haben Institutionen beziehungsweise Organisationen aus den Bereichen der für die „Ersten Eckpunkte“ politisch Verantwortlichen einen Verbund mit ihr gebildet, um die jeweilige Expertise in die Arbeit der Kontaktstelle einbringen zu können. Zu diesem Verbund gehören neben der Kulturstiftung der Länder die von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanzierte Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste, die vom Auswärtigen Amt geplante und finanzierte Agentur für Internationale Museumskooperation sowie die kommunalen Spitzenverbände.

## TRANSPARENZ UND DOKUMENTATION

Eine entscheidende Hürde im Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland besteht darin, dass es derzeit keine zuverlässigen Schätzungen zu Umfang und Zusammensetzung der entsprechenden Sammlungsbestände gibt. Unklar ist auch, wie hoch der Anteil derjenigen menschlichen Überreste und Kulturgüter ist, die noch inventarisiert werden müssen. Beide Faktoren beeinflussen maßgeblich, welcher Zeit- und Mittelaufwand in den nächsten Jahren und Jahrzehnten betrieben werden muss, um lediglich die Grundlagen für einen langfristigen, verantwortungsvollen Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland als Teil der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte zu schaffen. Schließlich hängt die Möglichkeit von Rückführungsersuchen zunächst von der Kenntnis ab, welche menschlichen Überreste und Kulturgüter sich überhaupt in Deutschland befinden. Mit Blick auf das Handlungsfeld „Transparenz und Dokumentation“ stellen die „Ersten Eckpunkte“ daher fest: „Voraussetzung für einen verantwortungsvollen Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten und die damit verbundene Aufarbeitung ist größtmögliche Transparenz, denn Transparenz ermöglicht weltweite Teilhabe. Für eine umfassende Aufarbeitung der Herkunftsgeschichte von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten ist es erforderlich, entsprechendes Sammlungsgut, das sich in Deutschland befindet, zu dokumentieren und zu veröffentlichen. Durch die Veröffentlichung der entsprechenden Bestände wird ein Diskurs mit Herkunftsstaaten und den betroffenen Herkunftsgesellschaften über diese möglich sein. Wir erkennen daher

die Bedeutung der Inventarisierung und Digitalisierung von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten an und prüfen Handlungsoptionen zur Unterstützung von Einrichtungen, die derartiges Sammlungsgut bewahren.“

## PROJEKT MIT MODELLCHARAKTER

Bereits beim 13. Kulturpolitischen Spitzengespräch am 14. Oktober 2020 haben Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände eine „Drei-Wege-Strategie“ für die Erfassung und digitale Veröffentlichung von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland verabredet, die einen nationalen Rahmen für die erstmalige umfassende Dokumentation entsprechender Sammlungsgüter darstellt. Der wesentliche Vorteil dieser Strategie liegt darin, trotz der Größe und Komplexität der Herausforderung zeitnah und kontinuierlich Ergebnisse zu erzielen, ohne dabei die mittel- und langfristig zu bearbeitenden Aufgaben aus dem Blick zu verlieren.

In vergleichsweise kurzer Zeit haben sich die kulturpolitisch Verantwortlichen in Deutschland auf gesamtstaatlich verbindliche Leitlinien zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten verständigt und die strukturellen Voraussetzungen für ihre Implementierung geschaffen. Dabei wurde bewusst ein ganzheitlicher Ansatz gewählt, der die anstehenden Aufgaben in ihrer gesamten Bandbreite – von der umfassenden Dokumentation der entsprechenden Sammlungsbestände bis hin zu ihrer Präsentation in Museen – in den Blick nimmt. Dass in diesem Zusammenhang ein eindeutiges Bekenntnis zu „größtmöglicher Transparenz“ abgegeben wurde und bereits erste Schritte auf dem Weg zur Herstellung dieser Transparenz auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen unternommen werden konnten, zeigt, wie stark der politische Konsens in dieser Frage und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der kulturpolitisch Verantwortlichen in Deutschland ist. Dieser politische Konsens ist ein Glücksfall und verleiht der deutschen Initiative Modellcharakter. In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, diese Initiative nicht nur mit ähnlichen Bestrebungen auf internationaler Ebene zu vernetzen, sondern insbesondere die Herkunftsstaaten und Herkunftsgesellschaften stärker als bisher in die begonnenen Prozesse einzubeziehen. Die Aufarbeitung unserer gemeinsamen, schmerzhaften Kolonialgeschichte kann nur gemeinsam gelingen.

<sup>1</sup> Kultusministerkonferenz: Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, 13.03.2019, [www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/eckpunkte-zum-umgang-mit-sammlungsgut-aus-kolonialen-kontexten.html](http://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/eckpunkte-zum-umgang-mit-sammlungsgut-aus-kolonialen-kontexten.html) [letzter Zugriff: 16.11.2020].

<sup>2</sup> Kultusministerkonferenz: Konzept für die Errichtung und Ausgestaltung einer Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland, 16.10.2019, [www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2019/2019-10-16\\_Konzept\\_Sammlungsgut\\_aus\\_kolonialen\\_Kontexten\\_oeffentlich.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2019/2019-10-16_Konzept_Sammlungsgut_aus_kolonialen_Kontexten_oeffentlich.pdf) [letzter Zugriff: 16.11.2020].

# Kein Frühling, ein Vorbote

Zur Lesart der arabischen Umbrüche vor zehn Jahren

## ANDREAS JACOBS

Geboren 1969 in Kleve, von 2007 bis 2012 Leiter des Auslandsbüros Kairo der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2020 Leiter Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 17. Dezember 2010 überschüttete sich der Gemüsehändler Mohammed Bouazizi in der tunesischen Provinzstadt Sidi Bouzid aus Verzweiflung über seine aussichtslosen Lebensumstände mit Benzin und verbrannte sich selbst. Was folgte, ist

inzwischen Geschichte – allerdings Geschichte, um deren Deutung gerungen wird. Vor allem zu Beginn weckten die Bilder von der Avenue Habib Bourguiba in Tunis und vom Tahrir-Platz in Kairo Hoffnungen auf einen „Arabischen Frühling“, der den scheinbar ewigen Autokraten der arabischen Region ein Ende bereiten und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den Weg ebnen würde. Als die heraufziehenden Bürgerkriege in Syrien und Libyen sowie der Aufschwung von Islamisten und Terroristen diese Hoffnungen

in Chaos und Gewalt versinken ließen, kam schnell das Wort vom „Arabischen Winter“ auf. Seither sind es diese beiden Perspektiven, die den westlichen Blick auf die vor zehn Jahren begonnenen Umbrüche im arabischen Raum bestimmen: der an den Mauerfall in Deutschland vor dreißig Jahren erinnernde Aufstand für Freiheit, Würde und Demokratie einerseits und die den Islamismus und Bürgerkrieg hervorbringende Wut der Straße andererseits. Jenseits von Hoffnungen und Enttäuschungen bietet sich heute eine dritte Lesart der Ereignisse von 2010/11 an. Rückblickend manifestiert sich in den damaligen Umbrüchen erstmals eine Reihe von Entwicklungen, die Politik und Gesellschaft heute und in Zukunft immer stärker prägen. War der „Arabischer Frühling“ also ein Vorbote politischer und gesellschaftlicher Trends der kommenden Jahre? Manches spricht dafür.

## RUF NACH „BROT“ ALS REVOLUTIONSSLOGAN

Da sind zunächst die Folgewirkungen globaler Ereignisse. Die Wut der Demonstranten richtete sich 2010/11 zwar gegen die eigenen Machthaber, hatte ihre Ursachen jedoch zum Teil in globalen Entwicklungen – insbesondere der Finanzkrise und dem Klimawandel. In Tunesien und Ägypten gingen die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft und die Auslandsüberweisungen nach den Einbrüchen in den europäischen Volkswirtschaften ab 2007/08 deutlich zurück, ebenso wie die ausländischen Direktinvestitionen. Nahezu zwei Drittel der Menschen im arabischen Raum sind zudem von zunehmendem

dem Wassermangel betroffen. Eine Jahrhundertdürre trieb 2007 viele Syrer vom Land in die städtischen Armenviertel; die Getreidepreise in der gesamten Region schnellten in die Höhe. Insbesondere China kaufte verstärkt Weizen auf dem globalen Markt ein und drehte hierdurch an der Preisspirale. Als weltweit größter Importeur von Weizen brachte dies Ägypten in eine schwierige Lage. 2010 hatten sich die Preise für Grundnahrungsmittel derart erhöht, dass sie für viele Menschen unerschwinglich wurden. Nicht zufällig stand an erster Stelle des berühmten Revolutionslogos der Protestierenden vom Tahrir-Platz der Ruf nach „Brot“ – und nicht nach Demokratie. Polizeifolter, staatliche Willkür und Machtmissbrauch waren zwar hier wie anderswo die Zündfunken der Proteste; Wucht und Masse bekamen sie allerdings durch die vielen Verlierer der globalen Finanz- und Klimakrise.

Brotunruhen hatte es bereits früher in der Region gegeben. Neu waren die durch das Internet und die sozialen Medien geschaffenen Kommunikations- und Organisationsräume. Bei der Mobilisierung und Organisation der Proteste spielten die sozialen Medien eine entscheidende Rolle. Für diese gab es zwar im Iran und anderswo auch Vorläufer, aber soziale Medien trugen zum ersten Mal im arabischen Raum zum Sturz mehrerer Regierungen bei. Das war kein Zufall. Gerade unter den Bedingungen der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Kontrolle und angesichts des Fehlens öffentlicher Räume verbreiteten sich virtuelle Kommunikations- und Kontaktforen rasanter als anderswo. Vor allem Facebook war 2010/11 bereits tief in den arabischen Mittelschichten verankert. Die ab 2004 entstehende Blogosphäre hatten bereits die

Vorläufer der späteren Protestbewegungen genutzt. Unterstützt von den globalen Internetkonzernen, lernten die Aktivisten dieser Bewegungen, sich in den neuen sozialen Medien zu artikulieren und zu organisieren. Kein Zufall also, dass es ein ehemaliger Google-Mitarbeiter war, der über eine Facebook-Seite die Proteste in Ägypten initiierte und anfangs auch organisierte.

## FAKE NEWS UND DSCHIHAD-HIPSTER

Diese Form der digitalen Organisation war auch deshalb so erfolgreich, weil die Machthaber die Funktionsweise der neuen Medien zunächst nicht verstanden. Aber sie lernten schnell. Nachdem das Abschalten des Internet und der Mobilfunknetze die Ägypter am 28. Januar 2011 noch in großer Zahl auf die Straße getrieben hatte, drehte das ägyptische Regime den Spieß um und begann, die sozialen Medien zur Überwachung, Manipulation und Kontrolle zu nutzen. Noch bevor der Begriff „alternative Fakten“ existierte, wurden diese bereits in den Kellern des ägyptischen Innenministeriums und von den Dschihad-Hipstern des Islamischen Staates in die Welt gesetzt. Im Westen dachte man damals noch, dass soziale Medien zwar Diktatoren stürzen, aber Demokratien nichts anhaben könnten.

Es waren jedoch nicht nur die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, die in den arabischen Umbrüchen erstmals überregionale Wirkung entfalteten. Mit den neuen Medien formierte sich auch eine neue Form des politischen Aktivismus. Anknüpfungspunkte boten die vielen

Protestbewegungen, die entgegen der verbreiteten Wahrnehmung bereits vor den Umbrüchen in der Region aktiv waren: die ägyptische Intellektuellengruppe *Kifaya*, die großen Streikbewegungen Südtunisiens und der ägyptischen Delta-Region, die Internetaktivisten, die Ultras der Fußballvereine und die Studentengruppen der Muslimbruderschaft. Mit dem Generalstreik am 6. April 2008 gelang es in Ägypten erstmals, diese unterschiedlichen und heterogenen Gruppen in einer Rahmenbewegung zu vereinen. In der soziologischen Forschung war das *Frame-Bridging*, der Schulterschluss völlig unterschiedlicher Bewegungen in Form einer führerlosen Mobilisierung über Netzwerke, längst bekannt. Aber kaum zuvor erlangte dies eine solche Wirkung wie bei den Umbrüchen 2010/11.

## STREET-ART, POETRY-SLAM UND GRAFFITIKUNST

Asef Bayat, einer der bekanntesten Interpreten der arabischen Umbrüche, hat hierfür den Begriff des „Non-Movements“ verwendet. Hierunter versteht er das gemeinsame Handeln nicht kollektiv organisierter Akteure, die durch ähnliche Formen des Aktivismus politischen Wandel herbeiführen, ohne durch gemeinsame Ziele, Strukturen, Führer oder Ideologien verbunden zu sein. Für Bayat ging es in den arabischen Straßen nicht um eine neue Vision von Politik. Statt einer Abschaffung bestehender Ordnungen hatten die Protestierenden vor allem Wut im Bauch und konkrete Veränderungen im Blick. Für ihn waren die Revolutionen von 2010/11 gewissermaßen post-ideologisch. Dies zeigte

sich auch in den in Kairo und Tunis praktizierten popkulturellen Protestformen: Street-Art, Poetry-Slam, Graffitikunst, Musik und Happening gehörten ebenso zu der arabischen „Street-Politics“ wie später zu *Occupy*, *Fridays for Future* und *Black Lives Matter*. Kairo und Tunis waren 2010/11 so cool und modern wie vermutlich wenige andere Städte der Welt.

Allerdings war damit allein keine Revolution zu machen. Schnell fiel der Konsens zusammen, als mit dem Ende der Autokraten das einigende Ziel erreicht war. Kaum einer der Initiatoren der Proteste hatte ein eigenes *Governance*-Modell oder eine institutionelle Vision einer neuen Politik. Führer und System sollten weg, Konzepte einer anderen Ordnung gab es nicht. Für den heutigen Beobachter verbieten sich Parallelen zu den aktuellen Formen des populistischen Aktivismus, wie etwa den Corona-Demonstrationen. Denn die, die hier auf die Straße gehen, haben mit den arabischen Aktivisten von damals weder Ziele noch Betroffenheit oder Legitimität gemein – aber in der Form, in der Führungs- und Konzeptionslosigkeit, in ihrer Heterogenität und in ihren Forderungen nach einem Abdanken der jeweiligen Regierungen ohne Aufzeigen einer glaubwürdigen Alternative gibt es durchaus Parallelen. Das *Irhal!* („Hau ab!“) oder *Dégage!*, das den Mubarak und Ben Alis tausendfach entgegengeschleudert wurde, spiegelt sich heute antidemokratisch in den „Merkel muss weg“-Rufen von Verschwörern, Identitären und Reichsbürgern. Anders als die von Querdenken und Verschwörungstheoretikern inszenierte Bedrohung durch das System war diese für die Menschen in Tunis, Kairo und Damaskus damals überaus real.

Und sie ist es noch heute. Wer vor zehn Jahren die Dynamiken in der Region miterlebt hat, reibt sich heute die Augen. Der Fall der Diktatoren hat politisch wenig bis gar nichts verändert. Im Gegenteil: Die alten Herrschaftsstrukturen sind weitgehend intakt. Vor allem in Ägypten ist die Menschenrechtslage schlimmer, als sie es unter Husni Mubarak je war. Gleichzeitig verfestigte sich die Neuordnung des nahöstlichen Staatensystems, das mittlerweile vom Gegensatz zwischen Status-quo-orientierten Autokratien wie Saudi-Arabien, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf der einen und islamistisch geprägten Akteuren wie dem Iran, Katar, zum Teil auch der Türkei und den Muslimbrüdern auf der anderen Seite strukturiert wird. Dieser „dritte arabische Kalte Krieg“ (Nabeel Khoury) zeichnete sich bereits vor 2010/11 ab; erst danach wurde er aber politikbestimmend für die gesamte Region.

## GESTÄRKTES NARRATIV

Die Geschichte hat also scheinbar den autoritären Regimen recht gegeben und damit ein Narrativ gestärkt, das angesichts von Pandemie und Klimakrise heute auch im Westen Widerhall findet. Sind Autokratien besser als Demokratien in der Lage, komplexe politische Herausforderungen zu managen und auf Veränderungen zu reagieren? Wer diese Frage mit „Ja“ beantworten will, dem sei der Blick auf die arabischen Umbrüche empfohlen. Verursacht wurden diese vor allem von Systemversagen, Legitimitätsverlust und der Vernachlässigung staatlicher Institutionen. Es waren mit Marokko, Jordanien und den

Golfmonarchien nicht zufällig jene Staaten, deren Führungen ein gewisses Maß an (wenn auch nicht demokratischer) Legitimation aufwiesen und die vergleichsweise funktionale politische Institutionen aufgebaut hatten, welche die Umbrüche weitgehend unbeschadet überstanden. Für sie bewährte sich 2010/11 eine Mischung aus Legitimität und Funktionalität, nicht das autokratische Herrschaftsmodell.

### EINSTIEG IN EINE GLOBAL-POLITISCHE EPOCHE

Was bleibt vom „Arabischen Frühling“ außer Enttäuschung? Einiges, wenn man die Ereignisse von 2010/11 nicht ausschließlich als „nachgeholten Mauerfall“ verklärt oder als Wegbereiter von Terror und Chaos verdammt. Die Umbrüche im arabischen Raum waren primär Reaktionen auf jahrzehntealte innenpolitische Missstände.

Aber sie wurden befeuert durch globale Entwicklungen, die heute noch viel deutlicher hervortreten als vor zehn Jahren. Die sozialen Medien waren damals noch jung und konnten gerade deshalb eine Wirkung entfalten, die niemand vorausgesehen hatte. Heute weiß man, dass Daten, Algorithmen und der menschliche Drang nach Geltung, Unterhaltung und Vernetzung gesellschaftsprägend und politikbestimmend sein können. Oft mit negativen Folgen. In Kairo, Tunis und Damaskus konnte man schon vor zehn Jahren beobachten, wie solche Bewegungen entstehen und sich zusammenfügen. Und man konnte auch sehen, was gegen Entfremdung und Politikverdrossenheit hilft: funktionierende politische Verfahren und Prozesse. Irgendwann werden kluge Beobachter einen Namen für die globalpolitische Epoche gefunden haben, in die wir uns momentan hineinbewegen. Nicht unwahrscheinlich, dass der „Arabischer Frühling“ dann als einer der Vorboten dieser Epoche gelten wird.

# Total authentisch?

Teilrehabilitation eines Polarisierungstreibers

### STEPHAN SCHAEDE

Geboren 1963 in Neuwied, Theologe, seit 2010 Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Authentisch“ lautet das „buzzword of the twenty-first century“.<sup>1</sup> Die Anzahl seiner Google-Einträge schnellte hoch von knappen 1,3 Millionen vor drei Jahren auf über zehn Millionen Einträge aktuell. Unübertroffen, ausdrucksstark, nicht konformis-

tisch, souverän – die romantische Idee des Originalgenies hat sich popularisiert. Allenthalben wird nach dem Authentischen gesucht, das das Leben in seiner Eigentlichkeit fühlen lässt, privat wie öffentlich. Besonders Personen des öffentlichen Lebens müssen authentisch sein, selbst dann noch, wenn etwas schiefeht, „auch im Straucheln“.<sup>2</sup> Der Boom um die Authentizität hat

inzwischen kritische Gegentöne provoziert. Beispielsweise macht Andrea Nüsse im *Tagesspiegel* Authentizität als „Krisensymptom“ zum Thema und meint, es sei ein „trügerisches Versprechen, ständig du selbst sein“ zu wollen, und erläutert, „warum man sich diesem Zwang nicht stellen muss“. <sup>3</sup> In einem Essay warnt auch der Literatur- und Kulturwissenschaftler Erik Schilling davor, Authentizität zur Norm zu erheben, und empfiehlt mehr Ambiguitätstoleranz und das Ertragen von Widersprüchen und Differenzierung. <sup>4</sup> Zuvor hatte der Soziologe Andreas Reckwitz einer mit der Authentizität verknüpften „Selbstverwirklichungskultur“ attestiert, „Generator negativer Emotionen“ zu sein, und machte mehrere „Mechanismen der Enttäuschungsproduktion“ aus, darunter eine Hypersensibilität gegenüber Störungen und Verletzungen des eigenen Selbst. Aus der daraus resultierenden „Enttäuschungsspirale“ könne aber eine „Lebensform“ herausführen, „die Widersprüche und Ambivalenzen nicht als aufzulösende Probleme wahrnimmt“, sondern „als eine zu akzeptierende Gelegenheit, zu der man reflexiv Distanz gewinnt“. <sup>5</sup>

Die Debatte über individuelle und gesellschaftliche Authentizitätssehnsucht und die daraus resultierende Notwendigkeit des Scheiterns ist keineswegs neu. Schon in den 1980er-Jahren wurde Richard Sennetts provokativer Titel *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität* heiß diskutiert. Hohe argumentative Maßstäbe setzte später Axel Honneth mit seinem Hinweis, dass eine formale Normierung von Authentizität nicht nur ins Leere laufe, sondern auch individuell wie gesellschaftlich gefährlich wirke. Die ehemals berechtigten Ansprüche auf individuelle Selbstverwirklichung hätten ihre substanzielle Zielbestimmung aus den Augen verloren, sich verselbstständigt und führten geradewegs in die de-institutionalisierende und persönlich-psychische Depression. <sup>6</sup>

## „AUTHENTES“ IST, WER „DEN MORD EIGENHÄNDIG VOLLBRINGT“

Zu wenig wird die gern unterschlagene Herkunft des Ausdrucks beachtet: Der *Authentes* war in der griechischen Antike nicht etwa der verständnisinnige, glaubwürdige Mensch, sondern der „unumschränkte Herr“ und „Gewalthaber“. Authentisch zu sein hieß, in autokratischer Gutsherrenart anderen „Macht zu erteil[en], wozu“ man „wollte“. Noch gravierender ist der Sachverhalt, dass der *Authentes* im gängigen Sinne jene Person ist, die „den Mord eigenhändig vollbringt“. Vom Ursprung her assoziierte sich mit dem Ausdruck *authentisch* dies: tödlich unmittelbar „mit eigener Hand vollbracht“. Auf die Spitze getrieben, findet die Authentizität im Selbstmord zu sich selbst. <sup>7</sup> Ob Axel Honneth bei seiner kritischen Authentizitätsanalyse insgeheim diese terminologische Vorgeschichte vor Augen stand? Die etymologische Lage wäre mithin völlig vernichtend, wenn nicht bereits bei Cicero von einem

*authentikos narrare*, <sup>8</sup> von einem zuverlässigen Erzählen, die Rede gewesen wäre. Es ist wohl diese terminologische Spur, die „authentisch“ im Zusammenhang mit einem zuverlässigen Schriftstück, einem Original in der frühen christlichen Literatur in Verbindung brachte. Durchweg waren es allerdings Schriftstücke oder Botschaften, nicht Personen, die in diesem Sinne authentisch waren oder wirkten.

Die verborgenen Pfade, über die vermutlich nicht vor dem 20. Jahrhundert Positives mit dem Ausdruck „authentisch“ assoziiert und von der verlässlichen und ursprünglichen Quelle auf Personen übertragen wurde, wären einen eigenen, hier nicht zu beschreitenden Erkundungsgang wert. Nur Folgendes sollte klar werden: „Authentisch“ gewinnt als eine spätmoderne Sekundärtugend seine positive gesellschaftsgestaltende Relevanz.

Problematisch wird es, wenn der Begriff zur Primärtugend mit einem selbstständigen und umfassenden Geltungsanspruch erhoben wird. Welche Schwierigkeiten dann entstehen, lässt sich leicht vor Augen führen: „Authentisch ist, vielleicht, der Dalai Lama. Aber auf seine Weise war es auch Osama Bin Laden.“ <sup>9</sup> Und auch die „Schreiber einer Hassmail“ stehen „bei ihrer Abfassung mit sich völlig im Einklang“. <sup>10</sup> Insbesondere in der aktuellen Pandemie mit ihren, nicht zuletzt bei „Corona-Demonstrationen“ sichtbar werdenden Polarisierungen wird die tiefsitzende normative Ambivalenz des verselbstständigten Authentischen deutlich: Was geschähe, wenn die Böartigen überaus authentisch immer nur böartiger und – ebenso authentisch – die Gutartigen gutartiger werden würden?

## NUR SOZIALKONSTRUKTIVISMUS?

Genauer betrachtet, ist von *authentisch* vor allem dann die Rede, wenn die *Erwartungen* an eine Person und ihre Funktion in besonderer Weise erfüllt zu sein scheinen. Solchen Erwartungen genügen jedoch meist perfekte Rollenspieler/-innen. Wie authentisch sind in diesem Rollenspiel jedoch die Personen selbst? Dabei sind diese Rollen noch nicht einmal in den diversen medialen Kontexten immer dieselben: Die perfekte sozialmediale Persönlichkeit wird in der Lage sein, auf Instagram als Augenmensch mit Blick für satte Farben, Genrekünstler der Anmut und der Gebrechlichen und subtiler Influencer zu erscheinen. Auf Twitter wird sie hingegen als Kurzformelperfektionistin zu punkten versuchen und auf Facebook als freundliche Nachbarin alle Menschen über 45 gewinnen wollen. Kurz: Bin ich authentisch – und wenn ja, wie viele und für wie viele?

Die Kritik ist also berechtigt, doch heißt das nun, das Authentische vollends verächtlich machen zu müssen? Aus theologischer Sicht kann einer Radikalkritik sehr wohl widersprochen werden: Die Sehnsucht nach Authentizität entspringt einer ernst zu nehmenden Mangelerfahrung, der Erfahrung

nämlich, dass alles, was einen umgibt, zu wenig oder gar nicht mehr mit einem selbst zu tun hat.<sup>11</sup> Und es ist aus theologischer Perspektive zu kritisieren, wenn Erik Schilling der Authentizität deren „eigene Fabriziertheit“ vorwirft und auf der Linie eines Sozialkonstruktivismus behauptet, es gebe keinen inneren Kern einer Person. Authentizität sei durch und durch konstruiert.

## DIE SPANNUNG VON „AUTHENTISCH“ UND „URSPRÜNGLICH“

Christlich gesehen, ist die Identität eines Menschen mitnichten nur gesellschaftliche oder biographische Konstruktion. Menschen bringen als Geschöpfe Prägungen und Gaben mit. Diese Prägungen und Gaben, die sie selbst und ihre Mitgeschöpfe vorfinden, entscheiden zwar nicht vollständig über ihre Identitätsbildung, spielen jedoch in die Identitätsbildung von Menschen mit hinein. Es gibt so etwas wie ein Authentizitätspotenzial, das auf die Namen „Prägung“ und „Begabung“ hört und das zu ignorieren sich nicht empfiehlt. Menschen sind also nicht einfach authentisch. Sie sind vielmehr jene komplexen Wesen, die ihre Ursprünge nicht einfach mitbringen, sondern im günstigen Fall sich zu ihnen hin entwickeln – also ihre Vorprägungen und Begabungen im Konzert mit äußeren Einflüssen und Inspirationen im Verlauf ihrer Biographie ausformen. Insofern ist man unterwegs zu dem, was einen authentisch macht.

In Spannung zum Moment des mit dem Authentischen assoziierten Ursprünglichen steht also ein Verständnis von Authentizität als Ergebnis einer reflektierten Arbeit am Original. Christlich gesprochen: Der Mensch vor Gott *ist* nicht, sondern *wird* erst zu dem, was er sein soll, und wird im Wechselspiel von Eigen- und Fremdgestaltung zu dem Original, auf das Gott mit ihm hinauswill. Genauer: In einer gewissen Ähnlichkeit zur Entstehung eines Kunstwerkes ist anthropologisch gesehen das Original „Mensch“ ständig im Werden begriffen, figuriert sich im komplizierten Geflecht von biographischer Herkunft, Gegenwartsengagement und Zukunftsaussichten, weshalb eine Momentaufnahme und Augenblickswirkung menschlichen Seins und Verhaltens, wenn überhaupt, nur einen sehr abgeschwächten Einblick in die Authentizitätssituation des menschlichen Subjekts zu geben vermag.

Deshalb trägt auch die populärwissenschaftlich vorgetragene Kritik nicht, nach der die Frage nach dem Authentischen sich schon deshalb erledige, weil sich in der Identitätsproduktion einer Lebensbiographie spätestens alle zwanzig Jahre erhebliche Sprünge und Transformationen einstellen. Eine reflektierte Authentizitätserwartung richtet sich an die konkrete biographische und gesellschaftliche Situation des Gegenübers und erwartet mit Recht, dass sich eine erwachsene Person anders verhält als ein Kind oder ein Jugendlicher, was dieser zweifelsfrei einmal gewesen ist. Er darf vielmehr hoffen,

dass selbst spannungsreiche und widersprüchliche Lebenserfahrungen in die Persönlichkeit eingehen. Aus der Fülle von Anregungen, die die christliche Anthropologie im Blick auf die Authentizitätsdebatte geben kann, möchte ich drei herausgreifen.

**Erstens:** Das Authentische ist – christlich gesehen – menschlicher Urteilskraft wesentlich entzogen. Inwiefern sich ein Mensch in seinem Handeln und Tun in einer hoffnungsvollen Weise selbst entspricht, weiß nur Gott allein. Klassischerweise hat die Theologie das Jüngste Gericht als den Ort identifiziert, an dem sich zeigt, was biographisch tatsächlich der Fall ist. Insofern könnte von einer geradezu heiligen Entzogenheit des Authentischen die Rede sein, weshalb etwa schon die lutherischen Bekenntnisschriften empfohlen haben, die Wirkung sakramentaler Gaben nicht von der persönlichen Verfassung der geistlichen Person, die sie im Namen Gottes spendet, abhängig zu machen. Das mag womöglich eine Anregung auch für die Einschätzung der Qualität politischer oder zivilgesellschaftlicher Interventionen sein. Sie sind gnädigerweise gar nicht so stark von der Integrität der Akteure abhängig, die sie ins Werk gesetzt haben.

**Zweitens:** Aufgrund dieser „heilsamen Selbstentzogenheit des Menschen“ (Eberhard Jüngel) stellt die christliche Anthropologie weniger die Frage, ob ich denn auch authentisch war und wirkte; vielmehr steht im Mittelpunkt, ob das, was ich gesagt oder getan habe, mit meinem Gewissen zu vereinbaren gewesen ist. Hier geht es wesentlich darum, regelmäßig in Distanz zu mir selbst gehen zu können, auch um der guten Sache anderer willen.

**Drittens** ist die von Erik Schilling und Thomas Bauer vorgetragene Forderung, an die Stelle von Eindeutigkeiten des Authentischen Ambiguitätstoleranz treten zu lassen, aus der Perspektive christlicher Anthropologie zu schwach. Denn der mit der Ambiguitätstoleranz verbundene gesellschaftspolitische Anspruch ist zu mager. Er gäbe sich ja damit zufrieden, das jeweils Besondere an unserer jeweiligen Identität zu achten und zu respektieren und die damit verbundenen Interessen gegebenenfalls in diverse Richtungen weiter- und loslaufen zu lassen – einschließlich des Versuches, die damit verbundenen Divergenzen tapfer zu ertragen. Der von christlicher Anthropologie an die gesellschaftspolitische Ausgestaltung gestellte Anspruch ist größer. Mit der Ermunterung Jesu, seinen Nächsten zu lieben wie sich selbst, verband sich eben nicht die Aufforderung, sich eine eigene, möglichst originelle und diverse Identität zu suchen und mit dieser Identität verbundenen Eigeninteressen nachzugehen. Nächstenliebe ist jene Lebensenergie, die sich für andere und ihre Lebensinteressen interessiert und herausfinden will, was die anderen und mich selbst *gemeinsam* interessieren könnte.

Das führt, wie der österreichische Philosoph Robert Pfaller säkular prägnant formuliert hat, zu einem Interesse an einem „Allgemeine[n] an uns, das uns in die Lage versetzt, mit“ unserer „Identität kritisch zu verfahren und gegebenenfalls mit ihr zu brechen. Und uns mit anderen zu solidarisieren, die

das ebenfalls tun.“<sup>12</sup> Nächstenliebe, wiederum säkular gewendet, ist Arbeit an dem, was Individuen für eine soziale Gemeinschaft beitragen können. So erst entsteht das, was in einem anspruchsvollen Sinne Solidarität genannt werden kann. Denn Solidarität lebt nicht nur von einer gemeinsamen Lage oder Situation. Das haben in der gemeinsamen Lage der frühen Coronakrise die Hamsterkäufe in Sachen Mehl, Hefe und Klopapier vor Augen geführt. Solidarität lebt vielmehr davon, in einer gemeinsamen Lage und bei allen miteinander auszuhaltenden Differenzen dennoch gemeinsam auf etwas aus sein zu wollen und zu können.<sup>13</sup>

## AUSHANDLUNG GEMEINSAMER AMBITIONEN

Gemeinsam aber auf etwas aus zu sein, stiftet Zusammenhalt. Wo jedoch in unserer Gesellschaft entstehen Zentren gemeinsamer Ambitionen, die in die Breite ausstrahlen? Es scheint mir elementar zu sein: Gegen das überstark authentizitätsaffine Kraut der identitären Antagonismen, die gerade in Krisenzeiten in Stigmatisierungsbequemlichkeit die jeweils anderen ächten, gibt es den Parlamentarismus als eine institutionalisierte Form, gemeinsame Ambitionen auszuhandeln.

Das Charmante daran ist, dass sich im Antagonismus der parlamentarischen Debatte ein Gemeinsames ausformt, das auf gesamtgesellschaftliche Resonanz stößt. Das setzt Abgeordnete voraus, die über mindestens dreierlei verfügen: über Gemeinsinn, über einen fortwährend geschulten selbstkritischen ethischen Kompass und über tiefe Einblicke in die Erfahrungen und die Gemütslage jener, die sie repräsentieren. Was also, um eine in diesen Tagen gern gestellte Frage aufzugreifen, führt zu mehr Zusammenhalt? Ein entscheidender Beitrag der Politik liegt weniger in möglichst authentisch vorgebrachten öffentlichen Appellen an mehr Zusammenhalt. Ansteckender dürfte eine parlamentarische Kultur wirken, die vorgeblich authentische Risse und aufbrechende Konfliktlinien in der Gesellschaft in einen produktiven Antagonismus und Aushandlungsprozess überführt, der sich verstärkt für die Frage interessiert: Wofür treten wir gemeinsam aus geteilten Überzeugungen jenseits von purem Eigeninteresse ein?

- <sup>1</sup> Robert Doniger, zitiert nach James H. Gilmore / B. Joseph Pine: *Authenticity. What Consumers Really Want*, Boston 2007, S. 1.
- <sup>2</sup> Vgl. Karin Priester: „Köhler, Koch und Käßmann: Politik und Authentizität“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juli 2010, [www.blaetter.de/ausgabe/2010/juli/koehler-koch-und-kaessmann-politik-und-authentizitaet](http://www.blaetter.de/ausgabe/2010/juli/koehler-koch-und-kaessmann-politik-und-authentizitaet) [letzter Zugriff: 05.01.2021].
- <sup>3</sup> Vgl. Andrea Nüsse: „Trügerisches Versprechen“, in: *Der Tagesspiegel*, 25.11.2020, <https://plus.tagesspiegel.de/meinung/das-falsche-im-echten-authentisch-sein-das-verspricht-glueck-und-erfolg-67703.html> [letzter Zugriff: 05.01.2021].
- <sup>4</sup> Vgl. Erik Schilling: *Authentizität. Karriere einer Sehnsucht*, München 2020; vgl. Andreas Reckwitz: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin 2019.
- <sup>5</sup> Vgl. Andreas Reckwitz: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, 6. Aufl., Berlin 2020, S. 203–238.
- <sup>6</sup> Vgl. Axel Honneth: *Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung*, Frankfurt am Main 2002, S. 146: „Die These, die ich vertreten möchte, lautet: dass die Ansprüche auf individuelle Selbstverwirklichung, die durch das historisch einmalige Zusammentreffen von ganz unterschiedlichen Individualisierungsprozessen in den westlichen Gesellschaften vor dreißig, vierzig Jahren rapide angewachsen sind, inzwischen so stark zu einem institutionalisierten Erwartungsmuster der sozialen Reproduktion geworden sind, dass sie ihre innere Zweckbestimmung verloren haben und vielmehr zur Legitimationsgrundlage des Systems geworden sind. Das Resultat dieses paradoxalen Umschlags, in dem jene Prozesse, die einmal eine Steigerung qualitativer Freiheit versprochen, nunmehr zur Ideologie der Deinstitutionalisierung geworden sind, ist die Entstehung einer Vielzahl von individuellen Symptomen innerer Leere, Sich-Überflüssig-Fühlens und Bestimmungslosigkeit.“
- <sup>7</sup> Vgl. Pape's Griechisch-Deutsches Handwörterbuch, Bd. 1, 3. Aufl., Braunschweig 1902, S. 392, mit Langenscheidts Großwörterbuch Griechisch-Deutsch, hrsg. von Hermann Menge, 25. Aufl., Berlin u. a. 1984, S. 119.
- <sup>8</sup> Vgl. Pape's Griechisch-Deutsches Handwörterbuch, a. a. O., Seite 392.
- <sup>9</sup> Vgl. Stefan Wachtel: *Sei nicht authentisch! Warum klug manchmal besser ist als echt*, Kulmbach 2014.
- <sup>10</sup> Vgl. Thomas Bauer: *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*, Stuttgart 2018, S. 70.
- <sup>11</sup> Vgl. hierzu u. a. die Studie von Sven Reichardt: *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Frankfurt am Main 2014.
- <sup>12</sup> Vgl. Robert Pfaller: *Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur*, 5. Aufl., Frankfurt am Main 2018, S. 166.
- <sup>13</sup> Ebd.



# Pädagogische Grenzauflösung

Gender-Mainstreaming und ein totales Inklusionsbegehren führen zum Orientierungsverlust der Schulen

## BERND AHRBECK

Geboren 1949 in Hamburg, Professor für Psychoanalytische Pädagogik, Internationale Psychoanalytische Universität (IPU), Berlin.

Die Schule leistet für die nachwachsende Generation Beträchtliches: Sie ermöglicht dem Einzelnen den Erwerb der Kulturtechniken, vermittelt ein über die Generationen angesammeltes Wissen, versorgt mit neuen Erkenntnissen, fördert kritisches Denken und intellektuelle Auseinandersetzung. Die Schule übt gesell-

schaftlich notwendige Verhaltensweisen ein. Sie benennt und korrigiert, was nicht akzeptabel und schädlich ist, und sie fördert das Wünschenswerte. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört es, gesellschaftlich leitende und verpflichtende Werte weiterzugeben. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Enkulturation der nachfolgenden Generation und sichert den gesellschaftlichen Fortbestand. Auch das einzelne Kind profitiert nachhaltig: Es erwirbt Wissen und Fähigkeiten, kann seine Stellung in der Welt bedenken und eine

eigene Position entwickeln, die um die Errungenschaften der Vergangenheit weiß und sich Neuem öffnet. Gerade für Kinder, die aus wenig privilegierten Verhältnissen stammen, ist die Schule ein riesiger Gewinn. Sie öffnet Türen, die sonst verschlossen bleiben.

Der hohe Wert der Schule wird oftmals nicht ausreichend gewürdigt. Strukturell ist sie in das Gesellschaftssystem eingebunden, sie hat einen vorgegebenen Auftrag zu erfüllen. Die Schule muss auf die jeweiligen Zeitumstände reagieren, sich weiterentwickeln und verbessern, darf jedoch das Fundament, auf dem sie steht, nicht verlassen. Das geschieht leider dann, wenn sie als Vorkämpferin fundamentaler gesellschaftlicher Umgestaltung in Beschlag genommen wird und sich illusionäre Erwartungen mit dem verknüpfen, was Schule leisten kann und soll. Die Gefahr einer solchen Fehlentwicklung besteht seit Langem. Gegenwärtig tritt sie an zwei Punkten besonders hervor: den pädagogischen Folgen des Gender-Mainstreamings und eines totalen Inklusionsbegehrens, das die Differenz zwischen Behinderung und Nichtbehinderung auflösen will.

Das Gender-Mainstreaming hat in der deutschen und europäischen Politik erheblichen Einfluss gewonnen. Dabei ist oftmals gar nicht klar, was sich hinter diesem schillernden Begriff verbirgt. Geht es um die Interessen der Frauenbewegung, die jetzt unter einem anderen Namen auftritt? Oder ist – unter der Leitkategorie der Diversität – längst etwas ganz anderes gemeint? Vieles spricht für Letzteres. Inzwischen wird unter dem Namen Gender eine grundlegende anthropologische Neuorientierung angestrebt. Die Polarität von Mann und Frau soll aufgehoben werden, als eine historisch überkommene, emanzipations-

feindliche Kategorie, geleitet von der realitätsfernen Annahme, jeder Mensch sei der Schöpfer seiner selbst. Er könne sich nach seinem Willen konstruieren – als Mann oder Frau oder dazwischen – und auch seine sexuelle Ausrichtung frei wählen – heterosexuell, homosexuell, bisexuell oder irgendeine andere Form. Die bisherige Geschlechterordnung, die dem im Weg steht, wird entschieden infrage gestellt, und es wird im Sinne Judith Butlers zu einer „Geschlechterverwirrung“ aufgerufen – auch bei noch ganz kleinen Kindern. Das ausdrückliche Ziel ist es, dass die bisherige Ordnung gestört und zerstört wird.

## ÜBERSCHREITUNG VON INTIMITÄTSSCHRANKEN

Diverse Materialien für den Vorschul- und Schulbereich folgen diesem Muster. Sie orientieren sich an dem einschlägigen Standardwerk *Sexualpädagogik der Vielfalt* (Elisabeth Tuider et al.). So kommt es vor, dass dreizehnjährige Schülerinnen und Schüler dazu aufgefordert werden, Praktiken wie Analsex als Theaterstück darzustellen. Fünfzehnjährige sollen einen „Puff für alle“ beziehungsweise ein „Freudenhaus der sexuellen Lebenslust“ bis ins Detail hinein gestalten, damit sie für „marginalisierte Lebensformen“ und „sexuelle Vorlieben“ sensibilisiert werden (Tuider et al.). Auch viele andere Materialien konfrontieren Kinder bereits in einem frühen Lebensalter mit Themen und Inhalten, die nicht altersadäquat sind; sie befremden, irritieren und überfordern. Intimitätschranken werden überschritten, und es wird in das ganz Persönliche gedrungen.

In einigen Kindergärten wird inzwischen streng darauf geachtet, dass alle geschlechtsspezifischen Zuordnungen unterbleiben. Als ein Referenzpunkt dient der schwedische Kindergarten „egalia“, der als Modell einer freien Erziehung gilt. Dort werden Kinder nicht mehr mit ihrem Namen angesprochen, sondern geschlechtsneutral mit „hem“, als Freund. Materialien wie Bilderbücher, Lieder, Spiele und Spielzeuge, die auf Geschlechtsunterschiede verweisen, sind entfernt worden. Nur so könnten sich Kinder unbelastet entfalten, befreit von gesellschaftlichen Erwartungen, Konventionen und Zwängen.

Diese Grenzauflösungen reichen weit über die berechtigte Forderung nach Anerkennung unterschiedlicher Sexualpräferenzen und Lebensformen hinaus, die heute kaum noch umstritten ist. Es geht inzwischen um etwas anderes: das Streben nach Hegemonie, das Erringen von Macht, die im Namen einer vermeintlichen Aufklärung eingefordert wird, gestützt auf eine moralische Überlegenheit, die sich für unhinterfragbar hält. Unübersehbar ist die Gefahr, dass Heterosexualität und die klassische Familie in eine Randposition gedrängt werden. Bereits die Bezeichnung der Heterosexualität als „Zwangsheterosexualität“ sollte zu denken geben. Damit gerät jene Lebensform in Verruf, die von der großen Bevölkerungsmehrheit als stimmig und für sich passend erlebt wird.

Zu einer weiteren Grenzauflösung kommt es im Rahmen der Inklusionsbewegung. Im Namen eines radikalen Inklusionsbestrebens soll ein neues Verständnis von Behinderung etabliert werden, das gravierende Folgen für Schule und Erziehung hat. „Behinderung gibt es nicht“, „behindert ist jeder“, so lauten die populären Formeln, die Menschen mit

Behinderung vor Diskriminierung schützen und aus einem (vermeintlichen) Opferstatus befreien wollen. Bereits das Benennen einer Behinderung sei ein destruktiver Akt, der Menschen beschäme, kränke und erniedrige. Sie würden dadurch in eine unerträgliche Sonderrolle gebracht. Ein personenbezogener sonderpädagogischer Förderbedarf, der auf spezifische Beeinträchtigungen verweist, wird deshalb infrage gestellt.

### „DAS VERSCHWINDEN DES MENSCHEN“

Behinderung soll künftig nur noch eine Heterogenitätsdimension unter anderen sein, wie Andreas Hinz, ein prominenter Inklusionspädagoge, fordert. Als weitere Heterogenitätsdimensionen gelten: unterschiedliche Fähigkeiten, Geschlechterrollen, ethnische und nationale Herkunft, soziale Klassen und Milieus, Religionen und Weltanschauungen oder sexuelle Orientierungen. Die Folge dieser Umwidmung ist, dass Behinderung an persönlicher und sozialer Bedeutung verliert. Die wesentlichen Behinderungsquellen werden nicht mehr in der Person, sondern im Äußeren gesehen, in materiellen Barrieren und einer vorurteilsbehafteten Umwelt.

Das damit verbundene Versprechen ist weitreichend: Nunmehr könnten Menschen mit Behinderung, wenn man sie überhaupt noch so bezeichnen darf, authentisch als Person hervortreten und in ihrer Individualität anerkannt werden. Dies öffne die Tür zu wahrhaft humanen zwischenmenschlichen Beziehungen, die zuvor unmöglich gewesen seien.

Doch das ist eine große Illusion. In Wirklichkeit geht es um eine neue Form der Anpassung und Vereinnahmung, in die sich der Einzelne fügen soll. Er soll mit seiner Behinderung nicht mehr in Erscheinung treten, sich unsichtbar machen, so sein wie alle anderen und in der „Normalität der Verschiedenheit“ aufgehen. Markus Dederich spricht deshalb von einer Vernachlässigung des Individuums, von einem „Verschwinden der Menschen“ in der Inklusion.

Kinder mit Behinderung geraten dadurch in eine fatale Situation. Sie bedürfen einer intensiven Zuwendung, die sie umfassend in Augenschein nimmt, sowohl in ihren besonderen Schwierigkeiten und Defiziten als auch in ihren Stärken und Leistungen. Ohne sonderpädagogische Professionalität, ohne ein elaboriertes Begriffswerk ist dies schlichtweg unmöglich. Die Qualität der pädagogischen Arbeit sinkt, behinderte Kinder erhalten nicht mehr die Förderung, die sie dringend benötigen. Die Rede von den „besonderen Fähigkeiten“ und „Begabungen“, die die so entstandene Leerstelle füllen soll, ist ein hilfloser Versuch, über bestehende Differenzen hinwegzutäuschen.

### DAS KONSTRUKT DES „SCHLECHTEN SCHÜLERS“?

Mit der Ablehnung von Behinderungs- und Förderkategorien geht ein totales Inklusionsbestreben einher. Alle speziellen Institutionen, Sonderschulen und Sonderklassen sollen aufgelöst werden zugunsten einer „Schule für alle“, die auf jegliche institutionelle Differenzierung verzichtet. Alle Kinder werden dort gemeinsam un-

terrichtet, ohne jede Ausnahme, selbst bei schwersten Behinderungen. Dies sei die einzig humane Lösung, die es nur in einem Einheitsschulsystem geben könne. Dem entsprechend wird das gegliederte deutsche Schulwesen in ein dunkles Licht gerückt, als ein „an Apartheid grenzendes Aussonderungssystem“, wie Theresia Degener es nennt, die ehemalige Vorsitzende des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Damit verbindet sich eine höchst kritische Haltung gegenüber einer schulischen Leistungsbewertung, die sich an äußeren Maßstäben wie Bildungsstandards orientiert. Unterschiede zwischen Personen sollen möglichst wenig in Erscheinung treten. Die Person selbst wird zum entscheidenden Bewertungskriterium, ihre bedingungslose Anerkennung zum obersten Ziel. „Das Prinzip der grundlegenden humanen Anerkennung setzt das Konstrukt des ‚schlechten Schülers‘ im Bildungswesen außer Kraft“ und lässt „damit eine Quelle von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit versiegen“ – so steht es in einem Gutachten, das Annedore Prengel für den Grundschulverband verfasst hat. Wer sich nicht daran hält, wer an Differenzen festhält, etwa in Notenform, begibt sich auf ein moralisch verwerfliches Terrain. Er macht sich schuldig, indem er zwischen Leistungsstarken und Leistungsschwächeren unterscheidet.

Eine Schule, die allgemeine Bildungsstandards aufgibt, verabschiedet sich jedoch von einem ihrer wichtigsten Aufträge: dem der gesellschaftlichen Reproduktion. Sie verfehlt ihre Enkulturationsfunktion; wenn individuelle Maßstäbe gesellschaftliche ersetzen, entsteht ein

Orientierungsverlust; es bleibt unklar, wohin sozialisiert und wozu enkulturiert werden soll. Ebenso wenig darf sich die Schule von ihrer Allokationsfunktion lösen, der Vergabe unterschiedlich gewichteter Abschlüsse. Auch darin besteht eine gesellschaftliche Verpflichtung, der sie sich laut Mathias Brodtkorb, von Oktober 2011 bis Oktober 2016 Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur von Mecklenburg-Vorpommern, nur bei vollkommener Abkopplung von der Lebensrealität entziehen kann.

## **EIN NEUES MENSCHENBILD**

Die Nivellierungen und Grenzüberschreitungen, die vom Gender-Mainstreaming und vom totalen Inklusionsbestreben ausgehen, sind keine Petitessen. Hinter ihnen steht die Absicht, den allgemeinen Rahmen des Denkens und Handelns zu verschieben und Kernbestände des bisherigen Selbstverständnisses aufzulösen. In Schulen und Vorschulen soll ein neues Menschenbild implantiert und von dort aus in die Welt hinausgetragen werden. Sie verlieren dadurch ihr bewahrendes Moment, lösen sich von bisher Bewährtem und folgen Gruppeninteressen, die sich auf keinen gesellschaftlichen Konsens berufen können.

Überaus brüchig ist das Versprechen, das einzelne Kind könne nun in ein neu geschaffenes Reich der Freiheit eintreten, das von Erwartungen und Zwängen befreit ist, die sich aus Traditionen, sozialen Bindungen, Sozialisations- und Erziehungsnotwendigkeiten ergeben. Machtverhältnisse werden nicht wie versprochen

aufgelöst, sie währen unverändert fort, nur dass die Macht in andere Hände übergegangen ist. Mit dem Auflösen alter Grenzen geht das Errichten neuer einher – häufig mit einer unerbittlichen Strenge, die nur noch das Eigene, für moralisch unantastbar Gehaltene gelten lässt. Wer dem widerspricht, wird leicht als Ewiggestriger hingestellt, der die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat und sich an einer überkommenen Weltanschauung festklammert.

Überzogene Reformwünsche haben oft genug zu schmerzhaften pädagogischen Irrwegen geführt. Ideologische Überfrachtungen und illusionäre Verkennungen ihres Auftrags nutzen der Schule und den Kindern heute ebenso wenig wie zu früheren Zeiten. Schule sollte sich auf ihre Kernaufgaben besinnen, Wissen und kulturell Errungenes weitergeben, die persönliche Freiheit fördern, sich Neuem umsichtig öffnen.

## **DIALOGE FÖRDERN, SPALTUNGEN ÜBERWINDEN**

Wie dies im Einzelnen gestaltet werden soll, welche unterschiedlichen Möglichkeiten es gibt, darüber lässt sich trefflich streiten. Damit ein solcher Weg beschritten werden kann, bedarf es der erneuten Diskussion grundlegender Fragen. Sie muss, gerade weil viele Fronten so verhärtet sind, in einem offenen und respektvollen Dialog erfolgen, der unterschiedliche Sichtweisen zulässt. So sollten Eltern, die Bedenken zur Sexualpädagogik äußern, gehört werden, ohne dass ihnen fast reflexhaft eine Feindlichkeit gegenüber bestimmten Personengruppen unterstellt

wird. Ebenso müssen aber auch diejenigen zu Wort kommen, die die Sorge haben, ihre Sexualitäts- und Lebensformwürde entwertet und abgelehnt. Gleiches gilt für die Polarisierungen, die sich im Inklusionsdiskurs finden: zwischen den Befürwortern einer Inklusion mit einer Einheitsschule und jenen, die ein differenziertes Schulsystem für sinnvoll und spezielle Schulen für notwendig halten. Auch hier ist ein Austausch notwendig, der undogmatisch erfolgt und ohne Dominanzanspruch auskommt.

Entscheidend ist dabei, dass aufgedeckt wird, wo Spaltungen das Feld beherrschen. Spaltungen stellen sich vor al-

lem ein, wenn hohe moralische Werte beschworen werden, die von heftigen Emotionen begleitet sind. Scheinbar unverrückbar, völlig voneinander getrennt, stehen sich dann „Gut“ und „Böse“, Fortschritt und Rückschritt, oft auch Humanität und Inhumanität gegenüber. Diese Spaltungen gilt es zu überwinden. Erst dann kann wieder eine Auseinandersetzung entstehen, die sich abwägend unterschiedlichen Sichtweisen stellt und empirische Fakten unvoreingenommen zur Kenntnis nimmt. Dann kann wieder mehr Offenheit entstehen, mehr Neugierde, ein produktiver Austausch und der Wettstreit um die besten Argumente.

# Es fängt früh an

—  
Antworten auf Bildungsungleichheiten

## C. KATHARINA SPIESS

Geboren 1966 in Karlsruhe, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin), Professorin für Bildungs- und Familienökonomie, Freie Universität Berlin.

Immer wieder werden das Thema ungleicher Bildungschancen und die zunehmende Polarisierung im deutschen Bildungswesen diskutiert. Dabei wird vielfach auf

die Ergebnisse von PISA-Studien verwiesen, die seit vielen Jahren belegen, dass die Leistungen der getesteten fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland mehr als in anderen westlichen Industrienationen vom Bildungsniveau ihrer Eltern abhängen. Darauf aufbauend wird diskutiert, wie Schulen diese Ungleichheiten abbauen können.

Vielfach wird dabei jedoch vergessen, dass Ungleichheiten im Bildungswesen in einer Vielzahl von Bildungsbereichen

auftreten. So sind sie bei der Nutzung von Ganztagsangeboten im Grundschulbereich, bei der Inanspruchnahme bildungsorientierter Freizeitangebote, bei der Nutzung von Nachhilfeangeboten oder dem Besuch von Privatschulen festzustellen. Auch der Bereich der frühen Bildung weist große Ungleichheiten auf, und ebenso sind sie im Übergang auf ein Gymnasium oder eine Hochschule zu finden. Hinzu kommt, dass sich in vielen Bereichen die Unterschiede zwischen den Gruppen über die Zeit vergrößert haben.

Betrachtet man den Privatschulbereich, so zeigt sich, dass die Privatschulnutzung von Schülerinnen und Schülern aus bildungsnahen Haushalten stärker zugenommen hat als die anderer Gruppen. Damit wird die soziale Selektion zwischen privaten und öffentlichen Schulen immer größer – ein in den Medien vielfach diskutierter Befund. Und dies, obwohl im Mittel aller Schülerinnen und Schüler „nur“ etwa jedes elfte Kind eine Privatschule besucht, auch wenn die Tendenz steigend ist.

Andere Bereiche des Bildungswesens, von denen viel mehr Kinder betroffen sind, stehen dabei weniger im Fokus der Debatten um die zunehmenden Bildungsungleichheiten. Dies gilt insbesondere für den Bereich bildungsorientierter Freizeitaktivitäten (wie etwa Musikunterricht, sportliche Aktivitäten im Verein), welche – so empirische Befunde – die Entwicklung von Kindern nachweislich fördern können. Es lässt sich nachweisen, dass bildungsorientierte Freizeitbeschäftigungen für über sechzig Prozent aller Sechzehnjährigen eine Bedeutung haben. Deren Nutzung hängt stark vom sozioökonomischen Status der Eltern ab. Obwohl die Inanspruchnahme dieser Freizeitbeschäftigungen über alle sozioökonomischen Gruppen hinweg anstieg, haben sozioökonomische Unterschiede nicht abgenommen. Im Hinblick auf die Bildung der Mutter zeigt sich sogar, dass Unterschiede zwischen besser und schlechter gestellten Familien weiter auseinanderdrifteten. Kinder aus sozioökonomisch schlechter gestellten Haushalten sind somit doppelt benachteiligt, da sich im Durchschnitt weniger günstige Bedingungen zu Hause, in der Schule und in der Freizeit gegenseitig verstärken können.

GANZTAGSBETREUUNG VON GRUNDSCHULKINDERN

## GANZTAGSBETREUUNG VON GRUNDSCHULKINDERN

Allerdings sind auch Bereiche im Bildungswesen festzumachen, in denen mit dem Ausbau von Bildungsangeboten zwar keine Zunahme sozioökonomischer Unterschiede einhergingen, diese Unterschiede allerdings gleichwohl existieren, so zum Beispiel im Bereich der ganztägigen Betreuung von Grundschulkindern. Insgesamt ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ganztägig zur Schule gehen, in den letzten Jahren stark gestiegen. Maßgeblich dazu beigetragen hat das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundes. Vor allem Kinder vollzeiterwerbstätiger Mütter und von Alleinerziehenden gehen verstärkt in Ganztagschulen. In Westdeutschland gehen Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus Transferempfängerhaushalten häufiger in eine Ganztagschule als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Mit dem Ausbau der Ganztagschulen besuchen zudem auch Kinder aus einkommensschwachen Haushalten verstärkt

diese Schulen. Somit ist in diesem Bereich eher eine Abnahme sozioökonomischer Unterschiede festzumachen. Es ist eine empirische Frage, wie sich diese weiter entwickeln werden, wenn der geplante Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung von Grundschulkindern eingeführt ist. Inwiefern die ganztägigen Schulangebote dann tatsächlich Leistungsunterschiede zwischen den sozioökonomischen Gruppen reduzieren können, ist primär eine Frage der pädagogischen Qualität dieser Angebote – die unbestritten entsprechend hoch sein muss, um dieses Ziel zu erreichen.

## BEZAHLTE NACHHILFEANGEBOTE

Ein weiterer Bereich, bei dem nicht über alle Merkmale hinweg eine Zunahme sozioökonomischer Unterschiede festzustellen ist, ist der Bereich der bezahlten Nachhilfe. Immerhin nutzten 2013 insgesamt achtzehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I bezahlte Nachhilfeangebote. Auch diese Inanspruchnahme hat stark zugenommen. Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen nutzten diese Nachhilfeangebote am häufigsten, allerdings haben sich die Unterschiede über die Zeit verringert: Auch Schülerinnen und Schüler aus Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen nehmen inzwischen verstärkt Nachhilfe in Anspruch – wenngleich ihr Anteil immer noch geringer ist als bei den anderen Gruppen. Inwiefern Nachhilfeleistungen tatsächlich zu einer Verbesserung von Bildungsergebnissen führen, ist auch hier primär eine Frage der Qualität der Leistung.

## KITA-NUTZUNG

Ein zentraler Bildungsbereich, von dem nahezu alle Kinder betroffen sind, ist der Bereich der frühen Bildung in Kindertageseinrichtungen (Kita). Lediglich etwa drei Prozent aller Kinder besuchen niemals eine Kita – und trotzdem wird bei der Diskussion von Bildungsungleichheiten oftmals vergessen, den Blick auf diesen Bereich zu richten. Dies ist insofern überraschend, als zahlreiche bildungsökonomische internationale und nationale Studien belegen, dass eine qualitativ gute Kita insbesondere die Bildungschancen und die Entwicklung von Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien positiv beeinflussen kann.

Allerdings zeigt sich, dass im Bereich der Nutzung von Kitas bei Kindern unter drei Jahren die sozioökonomischen Unterschiede mit dem „U3-Ausbau“ eher zu- als abgenommen haben. Haben Mütter eine geringere Bildung oder beide Eltern einen Migrationshintergrund, dann besuchen ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren seltener eine Kita. Betrachtet man die Kita-Nutzungsquoten im Bereich der unter Dreijährigen, so zeigt sich, dass Kinder von Akademikerinnen hier am häufigsten vertreten sind. Außerdem ist der Anteil der Kita-Kinder in dieser Gruppe von gut 25 auf knapp fünfzig Prozent gestiegen (2003 auf 2016). Der Anstieg bei anderen Gruppen war geringer. Auch der ab Mitte 2013 gültige Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem zweiten Lebensjahr hat diese Unterschiede nicht abgeschwächt.

Für den Bereich der älteren Kinder sind geringere Unterschiede in der Nutzung festzumachen, da nahezu alle Kinder dann eine Kita besuchen. Allerdings

haben hier die Nutzungsunterschiede im Bereich des ganztägigen Kita-Besuchs zugenommen. Auch hier erfolgte ein starker Ausbau, von dem aber insbesondere einkommensstärkere Haushalte profitierten, indem sie bei den Nutzungsquoten ganztägiger Angebote aufgeholt haben. Hinzu kommt der empirische Nachweis, dass es im Hinblick auf die Kita-Qualität auch sozioökonomische Unterschiede gibt: Kinder, deren Mütter ein geringeres Bildungsniveau haben, und Kinder mit Migrationshintergrund sind im Durchschnitt in Kitas einer geringeren Qualität als andere Kinder. Auch dies kann massiv zu weiteren Bildungsungleichheiten beitragen.

## SPÄT „REPARIEREN“ WIRD TEUER

Unbestritten ist, dass in zahlreichen Bereichen Bildungsungleichheiten existieren, die sich gegenseitig bedingen und kumulieren. Festzuhalten ist auch, dass die Bildungswissenschaften seit vielen Jahren Evidenz dafür vorlegen, dass es sehr effektiv und auch effizient ist, wenn diese Bildungsungleichheiten bereits im frühen Alter so weit wie möglich behoben werden – denn es kommt eine Gesellschaft und Familien teurer, später das zu „reparieren“, was frühkindlich verpasst wurde. Dabei ist es wichtig, zielgruppenspezifisch anzusetzen und nicht im Gießkannenprinzip öffentliche Ressourcen auszugeben.

Für den zentralen Bereich der frühen Bildung in Kindertageseinrichtungen heißt dies, dass zunächst die unterschiedlichen Gründe für die Nichtnutzung von Angeboten identifiziert werden müssen. Einschlägige Analysen belegen beispiels-

weise, dass Mütter mit einer geringeren Bildung seltener Kita-Plätze in Anspruch nehmen wollen als besser gebildete. Wollen weniger gebildete Mütter ihr Kind allerdings in einer Kita betreuen lassen, wird ihnen dieser Wunsch seltener erfüllt als besser gebildeten Müttern – sie sind entsprechend stärker rationiert. Dementsprechend würde ein weiterer Kita-Ausbau im Bereich der unter Dreijährigen diese bildungsbezogenen Nutzungsunterschiede verringern. Bei Familien, deren beide Elternteile einen Migrationshintergrund haben, sind die Hintergründe andere. Hier gibt es keine Unterschiede im Betreuungswunsch. Allerdings werden Betreuungswünsche von Eltern mit Migrationshintergrund noch seltener erfüllt. Dies scheint nicht nur mit einer zu geringen Zahl von Kita-Plätzen zu tun zu haben: Vielmehr geben Familien mit Migrationshintergrund an, Kitas zu suchen, bei denen zum Beispiel mehrsprachige Erzieherinnen/Erzieher beschäftigt sind oder die eine – in ihrer Wahrnehmung – gute Qualität haben. Dies verdeutlicht, wie wichtig eine zielgruppenspezifische Ausrichtung von Maßnahmen ist, um die Teilhabe bei der Betreuung von unter Dreijährigen zu verbessern.

## INFORMATIONSEDEFIZITE VERRINGERN

Auch für den Bereich der älteren Kita-Kinder zeigt sich, dass mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ insbesondere auch die Qualitäten von Einrichtungen verbessert werden müssen, die überdurchschnittlich viele Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien haben. Außerdem existieren

Informationsdefizite in vielen Bereichen – dies betrifft das Wissen um die Bedeutung einer guten frühen Bildung, über den Zugang zu Kindertageseinrichtungen, über entsprechende Unterstützungsangebote und vieles mehr.

Insgesamt steht fest, dass dem Bereich der frühen Bildung noch mehr Bedeutung beigemessen werden muss – denn so könnten vielfach Bemühungen zu einem späteren Zeitpunkt reduziert werden, da Bildungsungleichheiten bereits vor Schulbeginn verringert würden. Hierzu ist neben dem genannten Ausbau im Bereich der Quantität und Qualität insbesondere eine gute Ausbildung und Weiterqualifizierung der pädagogischen Fachkräfte notwendig. Auch eine höhere Entlohnung dieser Berufsgruppe ist wichtig, wenn mehr Fachkräfte für diesen zentralen Bildungsbereich gewonnen werden sollen. Denn nicht zuletzt die mit Corona verbundenen Herausforderungen zeigen, wie systemrelevant diese Berufsgruppe und dieser frühe Bildungsbereich ist.

Und „last but not least“ können diese Ansätze den Polarisierungstendenzen im Bildungsbereich entgegenwirken. Dies wiederum kann gesellschaftlichen Kultur-

kämpfen und Polarisierungen in anderen Bereichen, wie dem des Arbeitsmarkts, der Gesundheit, des Demokratieverständnisses und vielem mehr, entgegenwirken. Denn eines haben zahlreiche empirische Studien ebenfalls gezeigt: Bildung hat viele Erträge, nicht nur monetäre, sondern auch zahlreiche nicht monetäre – für jeden Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes!

#### Literatur

Görlitz, Katja / Spieß, C. Katharina / Ziege, Elena: Fast jedes zehnte Kind geht auf eine Privatschule: Nutzung hängt insbesondere in Ostdeutschland zunehmend vom Einkommen der Eltern ab, DIW Wochenbericht, Nr. 51/52/2018, S. 1103–1111.

Hille, Adrian / Arnold, Annegret / Schupp, Jürgen: Freizeitverhalten Jugendlicher: bildungsorientierte Aktivitäten spielen eine immer größere Rolle. DIW Wochenbericht, Nr. 40/2013, S. 15–25.

Hille, Adrian / Spieß, C. Katharina / Staneva, Mila: Immer mehr Schülerinnen und Schüler nehmen Nachhilfe, besonders in Haushalten mit mittleren Einkommen, DIW Wochenbericht, Nr. 6/2016, S. 111–112.

Jessen, Jonas / Spieß, C. Katharina / Waights, Sevrin / Judy, Andrew: Gründe für unterschiedliche KitaNutzung von Kindern unter drei Jahren sind vielfältig, DIW Wochenbericht, Nr. 14/2020, S. 267–275.

Marcus, Jan / Nemitz, Janina / Spieß, C. Katharina: Ausbau der Ganztagschule: Kinder aus einkommensschwachen Haushalten im Westen nutzen Angebote verstärkt, DIW Wochenbericht, Nr. 27/2013, S. 11–23.

# Identität gegen Demokratie?

—  
Europas „radikale populistische Rechte“ als Herausforderung für eine Politik der Mitte

#### UWE BACKES

Geboren 1960 in Greimerath (Kreis Saarburg), Politikwissenschaftler, Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts und außerplanmäßiger Professor am Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Dresden.

#### PATRICK MOREAU

Geboren 1951 in Wetzlar, Politikwissenschaftler, emeritierter Professor des „Centre national de la recherche scientifique“ (CNRS), Universität Straßburg.

„Identität und Demokratie“ (ID) heißt die nach den Europawahlen vom Mai 2019 gegründete Fraktion im Europäischen Parlament, die das Gravitationszentrum einer parteipolitisch organisierten „radikalen populistischen Rechten“ (wie Komparatisten sie meist bezeichnen) bildet.<sup>1</sup> Die Alternative für Deutschland (AfD) stellt in ihr das drittstärkste Kontingent – nach der italienischen *Legha* Matteo Salvinis und dem *Rassemblement National* (RN) Marine Le Pens. Die Parteien dieses Typs sind in den meisten europäischen Ländern Bestandteil der Parteiensysteme geworden und in den Parlamenten vertreten, meist mit einer stattlichen

Anzahl von Mandaten. Teilweise sind oder waren sie auch als Juniorpartner an Regierungen beteiligt. Offensichtlich ist es einigen Parteien und Bewegungen (*Pegida*, *Manif pour tous*) auf den Straßen gelungen, „Repräsentationslücken“ (Werner J. Patzelt) zu schließen – die eine Politik der Mitte und Mäßigung zurzeit offenbar kaum zu schließen vermag.

Die Auseinandersetzung mit ihnen wird durch ihre Heterogenität und ihr ambivalentes Erscheinungsbild erschwert. Mit dem Jerusalemer Ideenhistoriker Jacob L. Talmon ließe sich sagen: Sie kombinieren Elemente der liberalen und der totalitären Demokratie.<sup>2</sup> Aus dem Arsenal der liberalen Demokratie stammt die Anprangerung des Machtmissbrauchs und der behaupteten Gewaltenkonzentration, aus dem der totalitären Demokratie die Vorstellung eines homogenen Volkswillens, der das „Gemeinwohl“ unverfälscht artikuliere. Dessen Inhalt zu erkennen und authentisch zum Ausdruck zu bringen, sei die Aufgabe der Volkstribüne, die zugleich mit Entschiedenheit gegen die absichtlichen Verfälscher des „Gemeinwohls“, die „Volksverräter“ oder die „Lügenpresse“ zu Felde ziehen. Die elitären Gegner des Volkes erscheinen in dieser Lesart ebenso als Block wie die Masse der angeblich Betrogenen.

So entsteht eine manichäische Weltsicht, die zwei hermetische Lager gegeneinander aufmarschieren lässt. Den Kern des Populismus bildet eine rigide Freund-Feind-Dichotomie, bei der das Volk und dessen „wahre“ Repräsentanten einer durch und durch verdorbenen Elite („Blockparteien“, „Parteienkartell“, „EU-Bürokraten“) gegenüberstehen. Das Denken in strengen Freund-Freund-Kategorien erklärt die Schärfe und Unerbittlichkeit der Auseinandersetzung. Wer wie Alexander Gauland politische Gegner „jagen“<sup>3</sup> und eine Integrationsbeauftragte mit türkischen Wurzeln „in Anatolien entsorgen“<sup>4</sup> will, erfüllt eines der Kriterien, welche die US-amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt zur Identifizierung autoritärer Handlungsdispositionen (am Beispiel Donald Trumps) benannt haben: Die Legitimität politischer Gegner wird grundsätzlich in Zweifel gezogen, wenn sie als Schädlinge, ausländische Agenten oder Kriminelle erscheinen, die aus dem Verkehr zu ziehen sind, statt sich auf Verhandlungen mit ihnen einzulassen.<sup>5</sup> Da Angela Merkel das Volk abschaffen wolle, müsse man sie in der „Zwangsjacke aus dem Kanzleramt“<sup>6</sup> abführen, meinte Björn Höcke auf einer AfD-Kundgebung in Erfurt im Januar 2016.

Feinderklärungen können sich nicht nur an politische Konkurrenten, sondern auch an innerparteiliche Kontrahenten richten. Die deutschen Verfassungsschutzbehörden sahen in der Verunglimpfung innerparteilicher Gegner als „Feindzeugen“ mit Recht ein starkes Indiz für die extremistische Orientierung des AfD-„Flügels“.<sup>7</sup> Zudem richten sich Feinderklärungen an gesellschaftliche Minderheiten. An Joseph Goebbels' Sportpalastrede erinnerte niederländische Kommentatoren die Rhetorik von Geert Wilders, als dieser im Europawahlkampf 2014 in Den Haag seine Anhänger fragte: „Wollt ihr mehr oder weniger Marokkaner?“<sup>8</sup> Ein Gericht in Amsterdam sah mit

dieser Äußerung den Tatbestand der Anstachelung zur Diskriminierung einer Gruppe von Menschen erfüllt.

Tritt die Identifizierung innerer Feinde ins Zentrum des Politikverständnisses, geraten wesentliche Tugenden und Fähigkeiten aus dem Blick, die eine Politik der Mitte prägen (sollten): die Anerkennung einer naturgemäßen Vielfalt an Interessen, Meinungen und Anschauungen, der Respekt vor dem Andersdenkenden, die Fähigkeit zum Dialog, die Suche nach einem fairen Interessenausgleich und das geduldige Aushandeln von Kompromissen. Die Geringschätzung dieser Regeln findet sich in unterschiedlichen politischen Strömungen, auch bei Linksextremen und religiösen Fundamentalisten. Rechtsaußen ist sie typischerweise mit ethnonationalistischen Konzepten verbunden. Das homogenisierende Leitbild der ethnischen/nationalen Gemeinschaft setzt Minderheiten unter Assimilationsdruck, die dessen Konstruktionsprinzipien nicht entsprechen. Dies gilt auch dann, wenn die Gemeinschaft stärker kulturell als biologisch definiert wird. Kollektivistische Identitätsanforderungen, die über die Verpflichtung auf die Grundprinzipien der Verfassungen hinausgehen, sind pluralistischen Demokratien wesensfremd. Die von Ethnonationalisten geschätzten Prinzipien des Ethnopluralismus (mit dem Leitbild eines Nebeneinanders gleichrangiger, aber homogener Ethnien/Völker) unterscheiden sich zwar vom klassischen Rassismus in der Ablehnung einer biologisch determinierten Rassenhierarchie, formulieren jedoch ein kulturelles und/oder biologisches „Reinheitsgebot“, das es dem Einzelnen verwehrt, so zu leben, wie es „seiner façon entspricht“, solange er damit nicht das Recht des anderen berührt, dies ebenso zu tun. Die Wiederbelebung des Tribalismus verletzt die Fundamentalprinzipien jener Parteien, die als Christliche Demokraten in nicht wenigen europäischen Ländern nach 1945 maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau demokratischer Verfassungsstaaten sowie am Zusammenwachsen Europas hatten.

Die rechtsradikalen „Modernisierer“ (im Verhältnis zur „Alten Rechten“) kombinieren den Ethnopluralismus zwar mit größerer Offenheit für die Rechte von Frauen und sexuellen Minderheiten. Sie propagieren sogar Anti-Antisemitismus. Aber sie führen zugleich einen Kreuzzug gegen „den Islam“, der Muslimfeindlichkeit begünstigt. Das Schreckbild der „Islamisierung des Abendlandes“ wird nicht selten mit der Verschwörungstheorie des „großen Austausches“ verknüpft, den die „volksfeindlichen“ Eliten angeblich planen und gezielt herbeiführen. Diese Konstruktion birgt Sprengstoff, wie Terroranschläge zeigen, deren Motive sich aus ihr speisen.<sup>9</sup> Von der Hassrede zur Gewalttat ist der Weg nicht weit.

Analysiert man die Entwicklung der gemäßigeren unter den rechten Flügelparteien, so lässt sich der Versuch feststellen, sich von gewaltorientierten Gruppierungen und Mitgliedern zu befreien. Die Verkoppelung von „Wahl“- und „Straßenpolitik“, wie sie für die Faschismen der Zwischenkriegszeit typisch war, findet sich bei keiner der Mitgliedsparteien der

ID-Fraktion im Europäischen Parlament. Der Hang zum Autoritären zeigt sich aber gerade bei den programmatischen „Modernisierern“ (RN, Lega, AfD) in der Affinität zum Putin-Regime, das als Bollwerk gegen „westliche Dekadenz“, als Beispiel national-imperialer Selbstbehauptung oder als Stütze und Hort traditioneller Werte bewundert wird.

Wer den „weichen“ Extremismus der rechtsradikalen „Modernisierer“ zum Thema macht, muss der Ambivalenz des Phänomens Rechnung tragen. Denn wer die „Modernisierungsleistungen“ des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus – etwa im Verhältnis zu den NS-affinen Parteien wie der deutschen NPD – übersieht, zeichnet kein realistisches Bild und ist kaum in der Lage, die Mobilisierungskraft der Parteien zu erklären und ihnen wirksam zu begegnen.

Eine an den Werten demokratischer Verfassungsstaaten orientierte Politik der Mitte und Mäßigung muss die Feindbildkonstruktionen der Rechtspopulisten entlarven, ohne selbst in Freund-Feind-Kategorien zu verfallen. Sie stellt sich den Herausforderungen weltweiter Migration, indem sie die Interessen vulnerabler Gruppen in der alteingessenen Bevölkerung wahrt, ohne sich humanitären Verpflichtungen zu entziehen oder Immigranten gar unter Generalverdacht zu stellen. Sie tritt der Gefahr einer Ethnisierung sozialer Konflikte entgegen, indem sie das Recht eines jeden verteidigt, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, solange er damit die Rechte anderer nicht verletzt. Dann können sich Identitäten *mit* der Demokratie und nicht *gegen* sie entfalten.

<sup>1</sup> Vgl. demnächst Uwe Backes / Patrick Moreau: Europas moderner Rechtsextremismus. Ideologien, Akteure, Erfolgsbedingungen und Gefährdungspotentiale, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2021, im Erscheinen.

<sup>2</sup> Jacob L. Talmon: Die Geschichte der totalitären Demokratie, 3 Bde., hrsg. von Uwe Backes, Göttingen 2013.

<sup>3</sup> Alexander Gauland: Wir werden Frau Merkel jagen, 24.09.2017, [www.youtube.com/watch?v=\\_fnja9qN2vM](http://www.youtube.com/watch?v=_fnja9qN2vM) [letzter Zugriff: 19.01.2021].

<sup>4</sup> Zitiert nach Maria Fiedler: „Gauland will Integrationsbeauftragte Özuguz ‚in Anatolien entsorgen“, in: Der Tagesspiegel, 28.08.2017.

<sup>5</sup> Vgl. Steven Levitsky / Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018.

<sup>6</sup> Björn Höcke: ‚Merkel in ‚der Zwangsjacke‘ abführen“, 14.01.2016, [www.focus.de/politik/videos/ausfall-auf-afd-kundgebung-hoecke-keilt-gegen-die-kanzlerin-merkel-in-der-zwangsjacke-abfuehren\\_id\\_5209662.html](http://www.focus.de/politik/videos/ausfall-auf-afd-kundgebung-hoecke-keilt-gegen-die-kanzlerin-merkel-in-der-zwangsjacke-abfuehren_id_5209662.html) [letzter Zugriff: 19.01.2021].

<sup>7</sup> Vgl. Alexander Gallus: „Dokumentation 2019“, in: Uwe Backes u. a. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 32, Baden-Baden 2020, S. 145–156.

<sup>8</sup> Geert Wilders: „Willen jullie meer of minder Marokkanen?“ („Wollt ihr mehr oder weniger Marokkaner?“), [www.youtube.com/watch?v=4LXC8509jHE](http://www.youtube.com/watch?v=4LXC8509jHE) [letzter Zugriff: 19.01.2021].

<sup>9</sup> Vgl. Uwe Backes: „Zur Dynamik der Radikalisierung. Feindbildwandel und reziproke Legitimierung in interagierenden extremistischen Gewaltszenen“, in: Kriminalistik 1/2020, S. 3–8.

# „Positive Ungleichheit“

—  
Linksextremismus und Polarisierung

## KLAUS SCHROEDER

Geboren 1949 in Lübeck-Travemünde, Wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat und Professor am Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin.

Linke extremistische Einstellungen und Bewegungen richten sich ebenso wie rechtsextreme und islamistische fundamental gegen das freiheitlich-demokratische Gesellschaftssystem. Westliche Werte und Lebensstile lehnen sie ab; zum demokratischen Verfassungsstaat haben

sie ein instrumentell-opportunistisches Verhältnis. Sie streben ein politisches System an, das sie zwar als Demokratie (wahre Demokratie, Volksdemokratie, Basisdemokratie) bezeichnen, das aber aus der Perspektive des pluralistischen Verfassungsstaates auf ein diktatorisches System hinausläuft. Das entscheidende Charakteristikum von Linksextremismus ist seine Absicht, politische und soziale Pluralität sowie bürgerlich-freiheitliche Autonomie beseitigen zu wollen. Mit Blick auf die Geschichte sozialistischer beziehungsweise



kommunistischer Staaten und Gesellschaften entpuppt sich das von Linksextremisten für die Bewegungsphase propagierte Ziel egalitärer Verhältnisse als reine Ideologie. In der Regimephase spielte Egalität bisher keine Rolle.

Linksextremistische Strömungen sind nicht gleichzusetzen mit radikalen und gemäßigten linken Bewegungen, die das System nur verändern und reformieren, jedoch nicht generell zerstören wollen. Wer auf der linken Seite des politischen Spektrums die Wirtschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft beziehungsweise nach deren Verständnis den Kapitalismus überwinden will, mag den Wohlstand gefährden und die unternehmerische Freiheit einschränken wollen, ist aber dennoch kein Verfassungsfeind, mithin kein Extremist. Allerdings fällt die Differenzierung schwer, da in linken Milieus oftmals die Trennlinien zwischen den Strömungen verschwimmen. Hinzu kommt, dass diese vielerorts gemeinsam demonstrieren und in Aktionsbündnissen zusammenarbeiten.

## AKTIONSFELDER VON LINKSEXTREMISTEN

Mittels Kampagnen versuchen linksextreme Gruppen, ihre Themen in gesellschaftliche Debatten einzubringen sowie neu entstandene Bewegungen, wie etwa *Fridays for Future*, ideologisch zu unterwandern oder umzudeuten. Linksextreme Gruppen streben eine polarisierende Debatte an, wobei sie suggerieren, sie verträten die „gute Seite“. Dies ist ein altes Strickmuster: Man denke nur an den Krefelder Appell, mit dem vor vierzig Jahren die sogenannte Friedensbewegung im Sinne der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands oder der Deutschen Kommunistischen Partei beeinflusst werden sollte. Den Kampf gegen Umweltschädigungen und Klimaerwärmung zum Beispiel verstehen sie als Kampf gegen den Kapitalismus, der ihrer Meinung nach die Schuld an allen Missständen hat. Dabei könnte ein Blick in die jüngere Geschichte verdeutlichen, dass der reale Sozialismus in der DDR und anderen sozialistischen Staaten die Umwelt erheblich mehr geschädigt hat als der reale Kapitalismus.

Zentral für Linke aller Schattierungen ist neben dem Antikapitalismus der sogenannte Antifaschismus. Dabei gelingt es ihnen immer wieder, „Rechts“ mit Rechtsextremismus gleichzusetzen und den Kampf gegen Rechtsextremismus in einen „Kampf gegen Rechts“ zu transformieren. Diese Sprachregelung ist weit in die Medien, das Bildungswesen und auch in die Parlamente eingegangen.

In diesem „Kampf gegen Rechts“ ist nahezu alles erlaubt, bis hin zu körperlichen Übergriffen gegen geoutete „Rechte“. Davon sind nicht nur tatsächliche Rechtsextremisten und Neonazis betroffen, sondern auch liberale und konservative Personen und Gruppen, die das gesellschaftliche und politische System tragen und verteidigen sowie sich gegen linksextreme Anmaßungen stellen. Inzwischen gelten gleichsam alle als „Rechte“, die nicht explizit

„Linke“ sind. Der „Kampf gegen Rechts“ ist zudem die ergiebigste Einnahmequelle für linke Akteure, vielerorts auch für Linksextremisten, denn es flossen staatlicherseits mehr als 100 Millionen Euro jährlich in diesen Kampf – ohne ausreichende Kontrolle, wer das Geld tatsächlich erhält und wofür es verwendet wird. Von 2021 bis 2024 sollen über eine Milliarde Euro hierfür bereitgestellt werden. Ähnliches lässt sich beim „Kampf gegen Rassismus“ beobachten: Es geht nicht mehr nur um die notwendige Verurteilung und Bekämpfung rassistisch motivierter Ausgrenzung und Diskriminierung von Personen, sondern um die Stigmatisierung der weißen Bevölkerung, insbesondere der „alten weißen Männer“. Es zeigt sich hier ein umgekehrter Rassismus. Hinzu kommen logisch widersinnige Begriffe wie „antimuslimischer Rassismus“, denn als „Weltreligion“ ist der Islam in allen ethnischen Gruppen verankert.

Auch in weiteren Aktionsfeldern, zum Beispiel beim „Antiimperialismus“, bei der „Antiglobalisierung“ und der „Antirepression“, geben Linksradikale und Linksextremisten den Ton an. Beispielsweise ist es ihnen gelungen, die Polizei in Gänze – sie nennen es strukturell – als rassistisch und repressiv darzustellen. Wer diese Pauschalisierung zurückweist, gilt selbst schnell als Rassist oder Anhänger repressiver Methoden.

Besonders erfolgreich sind Kampagnen gegen die Gentrifizierung. Auf diesem Feld haben es extremistische und radikale Linke geschafft, Missstände, wie zum Beispiel zu hohe Mieten und zu wenige Wohnungen in einigen Gegenden, in ihrem Sinne in gesellschaftliche Debatten einzubringen. Aber es geht ihnen nicht um behutsame und wirksame Reformen, sondern um Enteignung, Verstaatlichung und Machtzuwachs für die eigene Klientel. Da sie ohnehin den Kapitalismus abschaffen wollen, greifen sie das Privateigentum an und damit nicht nur einen Verfassungsgrundsatz, sondern eine wesentliche Grundlage menschlicher Individualität. Gleiches gilt für ihre Gleichsetzung von Gerechtigkeit mit Gleichheit. In beiden Fällen wird teils berechtigter Unmut in Teilen der Bevölkerung aufgegriffen und in politische Zwecke eingebunden.

## MEDIALE VERHARMLOSUNG UND RELATIVIERUNG

Der „Kampf gegen Rechts“ hat dazu beigetragen, dass die antidemokratische und gewalttätige Dimension des Linksextremismus weitgehend unbeachtet bleibt. Einen ersten Hinweis für das weitgehende Verschweigen und Relativieren linker gegenüber rechten Einstellungen und Handlungen bieten die Ergebnisse der Treffer zu Links- und Rechtsextremismus in Suchmaschinen. Bei Google, der am häufigsten genutzten Suchmaschine, lag Anfang Dezember 2020 die Trefferquote bei dem Stichwort „Rechtsextremismus“ bei 5,8 Millionen, bei „Linksextremismus“ bei knapp 0,4 Millionen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Printmedien und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Der Berliner *Tagesspiegel* zum Beispiel zeigt im Dezember 2020 bei

der Onlinesuche auf seinen Seiten 585 Treffer für „Linksextremismus“ und 6.305 für „Rechtsextremismus“. Auch der Deutschlandfunk und die ARD berichten in etwa zehnmal häufiger über Rechts- als über Linksextremismus.

Ein Blick auf wissenschaftliche Publikationen zum Extremismus bietet das gleiche Ergebnis: Im *Karlsruher Virtuellen Katalog*, über den alle neuen Verbundkataloge Deutschlands zugänglich sind, finden sich zum gleichen Zeitpunkt 14.000 Suchergebnisse für „Rechtsextremismus“ und 706 für „Linksextremismus“. Bibliotheken der Freien Universität Berlin liefern ein analoges Bild: gut 1.700 Treffer für „Rechtsextremismus“ und 215 für „Linksextremismus“.

## LINKE UND RECHTE GEWALT

Die Realität sieht anders aus. Von 2001 bis 2019 verübten linke Akteure gut 26.500 Gewalttaten und damit deutlich mehr als rechte Gewalttäter (gut 19.500). Die Zahl der zwischen 2009 und 2019 von linken Gewalttätern begangenen Körperverletzungen liegt bei gut 9.300 (rechte Gewalttäter: gut 9.800). Im gleichen Zeitraum registrierten die Sicherheitsbehörden gut 5.300 gefährliche Körperverletzungen auf der linken Seite (auf der rechten: knapp 4.500). Aufgrund der speziellen Erfassung von Straf- und Gewalttaten – es wird immer nur eine Straf- beziehungsweise Gewalttat gelistet, unabhängig davon, wie viele Taten der jeweilige Täter verübt hat – werden linke Gewalttaten deutlich unterzeichnet. Linke Gewalttäter begehen häufiger als rechte mehrere Gewalttaten, wie einschlägige Strafverfahren belegen. Allerdings unterscheiden sich linke und rechte Gewalttaten in einem Punkt sehr deutlich: Als Rechtsextremisten eingestufte Personen töteten seit der Wiedervereinigung über 100 Menschen – Linksextremisten hingegen „nur“ acht. Insofern darf es keinen Zweifel an der Tatsache geben, dass Rechtsextremisten Personen, die sie für ungleichwertig halten, mit menschenverachtender, zumeist rassistisch motivierter Brutalität und mit Gewalt bis hin zum Mord begegnen. Vor allem das unterscheidet linke und rechte Gewalt.

In jüngster Zeit greifen linke Gewalttäter vermehrt unliebsame Personen gezielt körperlich an. Einen Höhepunkt im antizivilen Verhalten stellt der Überfall auf die Angestellte einer Immobilienfirma in Leipzig dar: Im November 2019 attackierten zwei verummte Linksextremisten die Mitarbeiterin mit Schlägen in ihrer Privatwohnung. Bis heute konnte die Polizei sie nicht fassen. In der Kommandoerklärung bekennen die linken Täter auf *indymedia.de* freimütig: „Wir haben uns deswegen entschieden, die Verantwortliche für den Bau eines problematischen Projekts im Leipziger Süden da zu treffen, wo es ihr auch wirklich weh tut: in ihrem Gesicht.“ Und weiter heißt es: „Das Einzige, auf das Kapitalanleger und Eigennutzer des Südcarrés treffen werden, sind kaputte Scheiben, brennende Autos und kaputte Nasen. Verpisst euch aus Connewitz!“

Meinungsfreiheit gestehen Linksextremisten nur Gleichgesinnten zu. Andersdenkende brüllen sie nieder, wenn diese ihre Argumente im öffentlichen Raum, insbesondere in Universitäten, vortragen wollen. Ein Biologe darf nicht ausführen, warum er aus wissenschaftlicher Perspektive Geschlechter nicht nur sozial konstruiert sieht, Islamwissenschaftlerinnen und Feministinnen dürfen weder den Islamismus noch das ihrer Meinung nach reaktionäre Familien- und Frauenbild in muslimischen Familien kritisieren. Ihnen wird vorgeworfen, religionsfeindlich und rassistisch eingestellt zu sein. Insofern fällt das linksextreme Milieu im Kampf gegen die westlich-bürgerliche Ordnung mit dem Islamismus als Verbündetem hinter die europäische Aufklärung zurück. Abtreibungsgegner dürfen ihre Ansicht ebenfalls nicht öffentlich äußern. Gleiches gilt für Wissenschaftler, die das Extremismusmodell favorisieren, selbst wenn sie auf Unterschiede, aber auch auf Gemeinsamkeiten zwischen Links- und Rechtsextremismus hinweisen oder wenn sie kommunistische Säulenheilige kritisieren.

Bei dem, was wir heutzutage „Cancel Culture“ nennen und was früher unter „political correctness“ firmierte, waren Linksextremisten gleichsam Vorreiter. Inzwischen haben sich hierauf beziehende Verhaltensweisen und Forderungen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Resonanz gefunden.

## IDEOLOGISCHE UMDEUTUNGEN

Die knappe Aufzählung linksextremer Aktionsfelder verdeutlicht, wie es dem Milieu in jüngster Zeit gelungen ist, Themen zu setzen, zuzuspitzen oder ideologisch umzudeuten. Geschickt verstehen sie es, gemeinsam mit radikalen linken Gesinnungsgenossen polarisierend auf Debatten einzuwirken und sich damit eine gewisse Legitimation auch für gewalttätiges Handeln zu verschaffen. Linksextreme leben gleichsam von der Polarisierung, können freilich wegen ihrer zahlenmäßigen Begrenztheit derzeit nur Nadelstiche gegen das verhasste System setzen. Sie hoffen auf weitere gesellschaftliche Zuspitzungen, etwa durch eine Wirtschaftskrise, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit, um den „Endkampf“ gegen das gesellschaftliche und politische System beginnen zu können. Ihre Perspektive ist der Kommunismus oder Anarchismus, ohne dass sie genauer erklären, was sie jeweils darunter verstehen.

Wenngleich die meisten linken Extremisten nicht gerade theorieaffin sind, gibt es einige „Vordenker“ in ihren Reihen, die ganz im Sinne von Antonio Gramsci um die Bedeutung von begrifflicher und kultureller Hegemonie wissen und entsprechend agieren. Durch das Setzen von Themen wollen sie zumindest ideologisch in die Offensive gehen, was ihnen auf vielen Feldern bereits gelungen ist. Hinzu kommt eine rigide Begriffs- und Sprachpolitik, die eigene Muster absolut setzt und gegnerisch-plurale delegitimiert und kontaminiert.

Die Bekämpfung des Linksextremismus darf sich nicht auf die Arbeit des Verfassungsschutzes beschränken, sondern muss vor allem auch in der Breite der demokratischen Öffentlichkeit argumentativ geführt werden. Dabei gilt es, nicht nur die besseren Argumente zu haben, sondern auch Lösungsvorschläge für Missstände anzubieten. Der erste Schritt aber ist die offensive Verteidigung der freiheitlichen Demokratie, verbunden mit sozialem und politischem Pluralismus und Gewaltenteilung, sowie der Wirtschaftsordnung in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft. Die argumentative Verteidigung sollte sich nicht nur auf Sonntagsreden beschränken, sondern von Politikern der demokratischen Parteien in den Wahlkreisen präsentiert werden. Nöte und Ängste der Bevölkerung müssen ernst genommen und ihr kluge Problemlösungen angeboten werden. Dabei ist die Interdependenz verschiedener Bereiche anschaulich zu vermitteln. Eine kluge Umweltpolitik darf zum Beispiel nicht wirtschaftsfeindlich sein, um negative soziale Folgen zu verhindern, und die Kritik an einzelnen Dimensionen der Globalisierung darf nicht in eine generelle Ablehnung von Globalisierung umschlagen. Das würde den Wohlstand in vielen Ländern massiv gefährden. Der „Kampf gegen Rechtsextremismus“ sollte zielgerichteter und differenzierter geführt, Pauschalisierungen sollten vermieden werden.

Ein nicht zu unterschätzender Punkt ist die grundsätzliche Ablehnung von politisch motivierter Gewalt unabhängig von den Motiven und Zielen der Gewalttäter. Es darf nicht zugelassen werden, dass vereinzelt auch im Bundestag wie in diversen Landtagen sowie in den kommunalen Vertretungen, in Beiräten, Jugendgremien et cetera linke Personen linke Gewalt mit dem Hinweis auf die „guten Ziele“ begrüßen oder zumindest nicht verurteilen.

Unter Bezugnahme auf den italienischen Sozialphilosophen Norberto Bobbio gilt gegen extremistische Einstellungen das Konzept einer „positiven Ungleichheit“: die Singularität des Einzelnen, die sich von dem (linken) Gleichheitsgedanken, aber auch von der (rechten) anthropologisch gesetzten (angenommenen) Ungleichheit unterscheidet. Die Wertschätzung der liberalen Gesellschaft und die Freiheit des Individuums sind der positive Maßstab, an dem es sich zu orientieren gilt.

#### Literatur

Becker, Lia u. a. (Hrsg.): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg 2013.

Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

Deutz-Schroeder, Monika / Schroeder, Klaus: Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, Frankfurt am Main 2016.

Schneider, Anna: „Deutschland will Rechtsextremismus und Rassismus per Gesetz besiegen“, in: NZZ-online, [www.nzz.ch/international/rechtsextremismus-und-rassismus-per-gesetz-besiegen-ld.1588731?reduced=true](http://www.nzz.ch/international/rechtsextremismus-und-rassismus-per-gesetz-besiegen-ld.1588731?reduced=true), 26.11.2020 [letzter Zugriff: 19.01.2021].

Schroeder, Klaus: Kampf der Systeme. Das geteilte und wiedervereinigte Deutschland, Olzog Edition, Reinbek 2020.

Schroeder, Klaus / Deutz-Schroeder, Monika: Der Kampf ist nicht zu Ende: Geschichte und Aktualität linker Gewalt, Herder-Verlag, Freiburg im Breisgau 2019.

# Nach dem Brexit

Energiepolitische Kooperationen mit den Visegrád-Staaten

#### JOACHIM PFEIFFER

Geboren 1966 in Mutlangen, Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2014 wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

#### FRANK UMBACH

Geboren 1963 in Kassel, Forschungsdirektor am „European Cluster for Climate, Energy and Resource Security (EUCERS)/Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS)“, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

(CO<sub>2</sub>)-Emissionen um 40,8 Prozent gesenkt. Dies ist überproportional im Vergleich zur Europäischen Union (-23,5 Prozent). Mit dem Brexit verlieren Deutschland und die EU nicht nur einen Partner in der Energiepolitik, sondern auch einen wichtigen Mittler bei der politischen Konsenssuche divergierender Interessen der EU-Mitgliedstaaten. Jetzt gilt es, strategische Schlussfolgerungen für neue Interessenallianzen aus dem Brexit für Deutschlands EU-Politik zu ziehen. Eine engere Kooperation mit den Visegrád-Staaten ist eine Option.

Die deutsch-französische Achse muss dabei weiterhin Motor der europäischen Integration sein, auch wenn die jeweiligen Interessen in der Wirtschafts- und Energiepolitik oftmals gegenläufig sind.

Großbritannien hat in den vergangenen Jahren seine Kohleverstromung stark gekappt und dadurch seine Kohlendioxid-

Frankreich und viele südliche EU-Mitgliedstaaten wollen den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufweichen und sind zu einer größeren Schuldenpolitik in der Europäischen Union grundsätzlich bereit. Deutschland hält hingegen aus guten Gründen an den bestehenden Vereinbarungen fest.

Der deutsch-französische Motor allein reicht jedoch nicht aus. Die Wiederbelebung der deutsch-französischen Beziehungen und die Entwicklung einer gemeinsamen „strategischen Kultur“ gestalten sich nicht nur bei der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik schwierig. Auch bei der Wirtschafts- und Energiepolitik gibt es divergierende Meinungen. Der Brexit hat somit direkte Auswirkungen auf die sensitive Interessenbalance innerhalb der Europäischen Union, was die Suche nach neuen Partnern erfordert. Eine Option ist die Stärkung der energiepolitischen Kooperation mit Polen und den weiteren Visegrád-Staaten Tschechien, Slowakei und Ungarn. Auch für diese haben sich mit der Verkündung des *European Green Deal* (EGD) der Europäischen Kommission die notwendigen Weichenstellungen in ihrer Energiepolitik verändert. Bis 2030 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen jetzt um 55 Prozent (bisher 40 Prozent) gegenüber 1990 reduziert werden. Dies erfordert nicht nur für das Energiesystem, sondern auch für das Wirtschaftssystem eine grundlegende systemische Transformation.

Deutschland hat ein grundsätzliches Interesse an einer ambitionierten Klimapolitik der Europäischen Union. Um die Energiewende nicht zu gefährden, muss es seine Kooperationen mit den Nachbarstaaten ohne den Mittler Großbritannien verstärken. Zugleich könnte nach

den Kontroversen um den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 politisches Vertrauen in Warschau, Brüssel und anderen EU-Hauptstädten zurückgewonnen und die gemeinsame EU-Energiepolitik gestärkt werden.

## AUSBAU DER ENERGIE-INFRASTRUKTUR

Der Ausbau des Energiebinnenmarktes ist die zentrale Voraussetzung für die künftige EU-Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Mehr gemeinsame Strom- und Gasinterkonnektoren, das heißt Übergabepunkte und Leitungen über Ländergrenzen hinweg, haben bereits in den letzten Jahren eine Diversifizierung an Transportrouten und Versorgungsquellen der Mitgliedstaaten ermöglicht. Insbesondere in Osteuropa wurde so die Versorgungssicherheit gestärkt. In Verbindung mit der Sektorkopplung, also der Verzahnung von Strom, Wärme und Mobilität, würde der weitere Ausbau transnationaler Strom- und Gasinterkonnektoren nicht nur noch größere Effizienz und höheres Energieeinsparpotenzial, sondern aufgrund gemeinsamer Projekte auch mehr Planungs- und Investitionssicherheit für private Investoren eröffnen. Grenzüberschreitende Ausschreibungen bei Erneuerbaren Energien würden die Effizienz und Flexibilität steigern sowie größere Stromspeicheroptionen zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen.

Deutschland konnte durch den seit Jahren vorangetriebenen Kohleausstieg viel Erfahrung hinsichtlich des Strukturwandels sammeln. Ein Erfahrungsaustausch insbesondere mit Polen wäre hilfreich,

da dort Stromerzeugung (78 Prozent) und Primärenergiebedarf (50 Prozent) noch immer auf Kohle basieren. Denkbar wären auch gemeinsame innovative Forschungsprojekte für die Weiternutzung außer Dienst gestellter Kohlekraftwerke als Energie- und Stromspeicher.

Ein solcher Erfahrungsaustausch ist auch deshalb notwendig, weil die vorgesehenen einhundert Milliarden Euro des „Fonds für einen gerechten Übergang“ nur für die soziale Abfederung und den regionalen Strukturwandel vorgesehen sind. Die notwendigen alternativen Kapazitäten der Energieerzeugung sind damit weder finanziert noch gebaut. Zudem sind in Polen mehr als 100.000 Jobs direkt von einem Kohleausstieg und mehr als 400.000 indirekt betroffen. In Schlesien könnte sogar jeder zweite Arbeitsplatz betroffen sein. Dabei steht Polen keine vergleichbare Finanzkraft zur Verfügung, um einen Ausstieg nach dem deutschen Modell auch nur ansatzweise zu finanzieren.

Für die EU-weite Energietransformation will die Kommission bis 2030 rund eine Billion Euro vor allem durch Kreditvergaben bereitstellen. Ärmeren Mitgliedstaaten könnte dies noch höhere Staatsschulden bescheren. Zudem sind aus Sicht der Kommission jährlich mindestens 260 Milliarden Euro – in Summe 2,6 Billionen Euro – bis 2030 notwendig. Die interne Prognose von bis zu drei Billionen Euro ist angesichts des stets unterschätzten Finanzbedarfs der deutschen Energiewende deutlich realistischer.

Die systemische Energietransformation und der regionale Strukturwandel in den Visegrád-Staaten werden durch die Neuausrichtung der Automobilindustrie auf Elektromobilität beeinflusst. Eine verstärkte Kooperation kommt somit nicht

nur den Visegrád-Staaten zugute, sondern wird auf deutscher Seite auch mehr Einblicke und Empathie für die schwierigen und unterschiedlichen Transformationsprozesse zur Folge haben. Auf dieser Basis können dann adäquate wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen und Technologietransfers bereitgestellt werden sowie neue gemeinsame bi- und multilaterale Energieprojekte entstehen.

## PERSPEKTIVE KERNENERGIE?

Frankreich hält – wie auch die Visegrád-Staaten – an der Kernenergie fest und sieht insbesondere mit Blick auf die Dekarbonisierung und die Abstützung der Stromerzeugung keine realistische Alternative, um diese bis 2050 vollständig zu ersetzen. Kaum überraschend war deshalb auch das Angebot Emmanuel Macrons für eine Kooperation hinsichtlich der polnischen Pläne zum Neubau von Kernkraftwerken. Dennoch stehen weltweit Fragezeichen hinter der Kernenergie, da deren ökonomische Profitabilität zunehmend fragwürdig wird. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des dramatischen Preisverfalls bei Solarenergie und Windkraftanlagen. Enorme Fortschritte konnten bezüglich der Produktionskosten durch Lernkurven- und Größendegressionseffekte erreicht werden. Darüber hinaus wurden die Preise durch die verschärfte internationale Konkurrenz gedrückt.

Seit dem 16. Juni 2017 ist das Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung mit Erteilung der beihilferechtlichen Genehmigung der Europäischen Kommission in Kraft.

Kurz danach unterzeichneten die damalige Bundesministerin Brigitte Zypries und die Vorstände der Energieversorgungsunternehmen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Ziel, für beide Seiten langfristige Rechtssicherheit zu schaffen und zahlreiche rechtliche Streitfälle beizulegen.

Danach verblieb in der Kernenergie die Verantwortung für die gesamte Abwicklung von der Stilllegung über den Rückbau bis zur fachgerechten Verpackung der radioaktiven Abfälle bei den Betreibern der Kernkraftwerke. Für die Durchführung und Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle ist der Bund zuständig. Entsprechend dem Verursacherprinzip haben die Kernkraftwerkbetreiber hierfür die finanziellen Mittel in Höhe von insgesamt rund 24,1 Milliarden Euro dem Bund zur Verfügung gestellt und an die Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ übertragen.

Auch hierbei könnte ein Erfahrungsaustausch Deutschlands mit den Visegrád-Staaten im gemeinsamen Interesse sein. Dafür braucht es jedoch mehr Verständnis statt ideologische Grundsatzdebatten. Die Perspektiven der Kernfusion müssen insofern offengehalten und entsprechend zukunftsfähig gestaltet werden, zumal Deutschland am internationalen Forschungsprojekt ITER (*International Thermonuclear Experimental Reactor*) nach wie vor beteiligt ist.

Unterschiedliche energiewirtschaftliche Voraussetzungen erfordern auch unterschiedliche Lösungswege bei der Dekarbonisierung. Somit kann das Modell der deutschen Energiewende keineswegs die Blaupause für alle anderen EU-Staaten oder die Welt sein. Stattdessen könnten sie

gerade von den äußerst kostspieligen Fehlern Deutschlands bei der Energiewende lernen und diese vermeiden.

## GEMEINSAME POLITIK STATT TEURE ALLEINGÄNGE

Bereits vor der Verkündung des *European Green Deal* haben die Visegrád-Staaten den Ausbau der Erneuerbaren Energien forciert. Dieser sollte – auch mit deutscher Unterstützung – weiter vorangetrieben werden. Bei einer länderübergreifenden Ausschreibung gemeinsamer Projekte für Erneuerbare Energien würde dies für alle Seiten neue Optionen mit einer höheren Effizienz und wirtschaftlichen Profitabilität bedeuten. Allerdings kommt es auch in Polen trotz einer geringeren Bevölkerungsdichte und größerer Nutzflächen für Windkraftanlagen zur Kollision von Ausbauplänen und gesellschaftlicher Akzeptanz. Aufgrund des Widerstandes an Land setzt die polnische Regierung derzeit vor allem auf den Ausbau von Windkraftanlagen in Küstengewässern und der Ostsee. Dies wird aber für die Erfüllung der Zielvorgaben des *European Green Deal* nicht ausreichen.

Zudem ergibt ein ausschließlich nationaler Ausbau der Erneuerbaren Energien aus ökonomischer Sicht keinen Sinn. Das gilt insbesondere, wenn nationale geografische Bedingungen nicht berücksichtigt werden. Auch die gemeinsamen europäischen Stromnetze und der Aufbau eines gemeinsamen Energiebinnenmarktes erfordern eine gemeinsame Politik beim Ausbau statt teurer nationaler Alleingänge. Dies verspricht unter Berücksichtigung der Ausweitung des EU-Emissionshandels

und einer Sektorkopplung mehr Synergieeffekte, Einsparpotenziale und verbesserte Energieeffizienz.

Zugleich hält Deutschland aus prinzipiell ideologischen und parteipolitischen Gründen an der finanziellen Nicht-Unterstützung der Kernenergie fest, während die Kommission nach 2030 darüber hinaus sukzessive aus der Nutzung von Erdgas aussteigen und es durch CO<sub>2</sub>-neutrales „grünes Gas“ ersetzen will. Als „grüne Gase“ werden gasförmige Energieträger bezeichnet, bei deren Verbrennung nicht mehr CO<sub>2</sub> freigesetzt wird, als zuvor der Atmosphäre entnommen wurde. Polen, Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten werden jedoch in den nächsten Jahren auf den Neubau von Gaskraftwerken angewiesen sein. Denn ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kohle, Kernenergie und Erdgas ist weder wirtschaftlich tragbar, noch könnte damit die Grundlaststabilität für die fluktuierende Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie gewährleistet werden.

## EINE EUROPÄISCHE WASSERSTOFFSTRATEGIE

Neuinvestitionen in Gaskraftwerke und andere Gasinfrastrukturen wären keine Fehlinvestition in unrentable „stranded assets“. Sie könnten für erneuerbare Gase sowie für den Ausbau einer Wasserstoffwirtschaft langfristig genutzt werden. Das Regelwerk des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches, das die technischen Regeln und DIN-Normen für alle Aktivitäten in der Gas- und Wasserwirtschaft festlegt, ermöglicht bereits grundsätzlich Beimischungen von knapp zehn Prozent Wasserstoff in das vorhandene Gasnetz.

Auch höhere Beimischungen sind perspektivisch möglich.

Die Bundesregierung hat im Juni 2020 die Nationale Wasserstoffstrategie vorgestellt. Klar ist: Deutschland wird künftig auf Wasserstoffimporte angewiesen sein. Auch alle anderen EU-Mitgliedstaaten dürften zumeist grünen Wasserstoff aus Europa sowie unter anderem aus Afrika, dem Mittleren Osten und Australien importieren. Grüner Wasserstoff, der an geeigneten Standorten mit hoher Sonneneinstrahlung im Ausland mit Solarstrom hergestellt wird, hat bei der Herstellung deutlich weniger Effizienzverluste als bei einer Produktion in Deutschland. Eine künftige europäische Wasserstoffstrategie könnte eine zentrale Rolle bei der Dekarbonisierung spielen. Auch dies eröffnet neue Möglichkeiten für eine stärkere energiewirtschaftliche Kooperation mit den Visegrád-Staaten und ist eine Chance, weniger nationale Alleingänge in der Energiepolitik zu betreiben.

Ungeachtet der derzeitigen Blockadepolitik Polens und Ungarns beim EU-Haushalt ist eine verstärkte Kooperation Deutschlands mit den Visegrád-Staaten aufgrund übergeordneter energie- und außenpolitischer Interessen unabdingbar. Nach dem Brexit gilt es, mehr als je zuvor auf die Zusammenarbeit mit den östlichen EU-Nachbarstaaten zu setzen. Die genannten Vorschläge würden sowohl Deutschland als auch den Visegrád-Staaten zugutekommen sowie neue energiewirtschaftliche und klimapolitische Kooperationsfelder eröffnen. Vor allem aber würde dies auch die gemeinsame integrierte Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union stärken und neue strategische Perspektiven für die Zukunft Europas schaffen.

# Krieg und Einheit vor 150 Jahren

Neue Literatur über Wilhelm I., die Reichsgründung und  
das historische Erbe des Kaiserreichs – Teil II

## CHRISTOPHER BECKMANN

Geboren 1966 in Essen, Historiker,  
Referent Wissenschaftliche Dienste /  
Archiv für Christlich-Demokratische  
Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Robert-Tarek Fischer: Wilhelm I.  
Vom preußischen König zum ersten  
Deutschen Kaiser, Böhlau, Wien/Köln/  
Weimar 2020, 404 Seiten, 35,00 Euro.

Michael Epkenhans: Die Reichsgründung  
1870/71, C. H. Beck, München 2020,  
128 Seiten, 9,95 Euro.

Eckart Conze: Schatten des Kaiserreichs.  
Die Reichsgründung von 1871 und ihr  
schwieriges Erbe, dtv, München 2020,  
288 Seiten, 22,00 Euro.

Christoph Nonn: 12 Tage und ein halbes  
Jahrhundert. Eine Geschichte des  
deutschen Kaiserreichs 1871–1918,  
C. H. Beck, München 2020, 687 Seiten,  
34,00 Euro.

Der bekannte, 2005 hochbetagt verstorbene amerikanische Historiker Gordon A. Craig stellte in seinem 1997 erschienenen Buch *Über Fontane* in einer beiläufigen Bemerkung fest, wissenschaftliche Kontroversen seien „eine Herzensangelegenheit der Deutschen“. Auch die Geschichte des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreichs ist – nicht nur von der deutschen Historiographie – breit erforscht worden und war auch Gegenstand von zum Teil heftigen Kontroversen. Dabei ging es unter anderem um die tatsächliche oder vermeintliche Existenz eines letztlich verderblichen deutschen „Sonderwegs“, um das Vorhandensein eines Primats der Innen- oder der Außenpolitik, um die Frage, ob sich das Reich auf dem Weg zu einem parlamentarischen System befand, ehe dieser Prozess durch den Beginn des Ersten Weltkrieges gestoppt wurde, schließlich darum, welchen Anteil das Reich am Entstehen dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) hatte und ob es den Konflikt gar bewusst auslöste, sowie um mögliche Kontinuitätslinien von Otto von Bismarck zu Adolf Hitler.

Mittlerweile liegt neben einer unüberschaubaren Fülle von Studien zu Einzelaspekten auch eine Reihe gewichtiger Gesamtdarstellungen – zum Teil schon Klassiker – zum Kaiserreich vor, etwa aus den Federn von Michael Stürmer, Thomas Nipperdey, Hans-Ulrich Wehler, Wolfgang J. Mommsen oder Volker Ullrich. Wer das nötige Maß an innerweltlicher Askese aufbringt, sich durch diese mehreren Tausend Seiten geballter Gelehrsamkeit zu kämpfen, gewinnt ein differenziertes, vielschichtiges und zum Teil auch widersprüchliches Bild der deutschen Geschichte von 1866/71 bis 1918. Nipperdey, der den Ambiguitäten der Epoche wohl die größte

Aufmerksamkeit gewidmet hat, brachte dies nach rund 1.800 Seiten abschließend auf die Formel, die „Grundfarben“ des Kaiserreichs wie der Geschichte überhaupt seien nicht Schwarz und Weiß in klarer Abgrenzung, die „Grundfarbe der Geschichte“ sei vielmehr „grau in unendlichen Schattierungen“.

Die Magie – manche sagen auch: der Terror – der runden Zahl hat Publizisten und Wissenschaftler bewogen, aus Anlass des 150. Jahrestages seiner Gründung sich neben dem Deutsch-Französischen Krieg im engeren Sinne (vgl. *Die Politische Meinung*, Nr. 565, November/Dezember 2020, S. 117–121) erneut mit der Entwicklung des Kaiserreichs und vor allem seinem historischen Erbe auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse changieren – um das Bild aufzugreifen – zwischen eher hell- und ziemlich dunkelgrau.

## KEIN „HISTORISCHER EDELKOMPARSE“

Aus der Feder des österreichischen Journalisten Robert-Tarek Fischer stammt die erste Biographie Wilhelms I., die wissenschaftlichen Anspruch erheben kann, da sie neben gedruckten in nennenswertem, wenngleich nicht umfassendem Umfang auch archivalische Quellen heranzieht. Fischer wendet sich gegen das gängige Klischee von einem im übermächtigen Schatten Bismarcks stehenden, auf die Stellung eines „historischen Edelkomparsen“ reduzierten Kaiser. Wilhelm sei zwar kein politisch-strategisch denkender Kopf gewesen, habe sich jedoch stets bemüht, sich umfassend zu informieren und auf dieser Grundlage zu wichtigen Fragen Entscheidungen

zu treffen und durchzusetzen. Zudem attestiert Fischer dem preußischen König und Deutschen Kaiser Lernfähigkeit und die Bereitschaft zum zumindest partiellen Umdenken. So konnte aus einem autoritären Feuerkopf, der während der Revolution von 1848 als kompromissloser „Scharfmacher“ galt, der „jeden Widerstand mit Waffengewalt brechen wollte“ und daher vorübergehend das Land verlassen musste, auf seine alten Tage der „gütige Übervater der Nation“ werden. Fischer spricht Wilhelm vor allem im militärischen Bereich erheblichen und eigenständigen Einfluss zu: Nicht nur sei er der letzte europäische Monarch gewesen, der – während der Kriege gegen Österreich und gegen Frankreich – ein Armeeoberkommando ausgeübt habe, „das mehr als eine reine Fiktion darstellte“, sondern Wilhelm I. habe auch im Vorfeld der Einigungskriege wichtige Voraussetzungen für die preußisch-deutschen Siege geschaffen, indem er die Aufrüstung und Modernisierung des preußischen Heeres vorantrieb und als Instrument der strategischen Planung und Lenkung den Generalstab und dessen Chef Helmuth von Moltke aufwertete. Letzteres ging zulasten des Kriegsministeriums und war in langfristiger Perspektive ein Beitrag zur – höchst problematischen – Durchsetzung des Primats des Militärs gegenüber der Politik. Nach der Reichsgründung habe der nunmehrige Kaiser allenfalls noch punktuellen Einfluss auf das politische Tagesgeschäft genommen, dieses aber aufmerksam verfolgt und sich eingehend informieren lassen. Allerdings habe er eine für das Zusammenwachsen der Deutschen unverzichtbare Rolle als „Symbolgestalt des gesamten Reiches“ gespielt und dabei „ein hochprofessionelle[s]

Kommunikationsverhalten“ an den Tag gelegt, „das auf feinem Instinkt und sozialer Intelligenz basierte“.

### MIT AUGUSTA ÜBER KREUZ

Zu dem Aspekt des Kaisertums Wilhelms I. hätte man sich eine eingehendere Analyse des erwähnten Kommunikationsverhaltens und der Rezeption durch die Öffentlichkeit gewünscht. Gleiches gilt für Wilhelms Rolle beim Kampf gegen die katholische Kirche und die Sozialdemokratie als vermeintliche „Reichsfeinde“. Auch das Verhältnis zu seiner Frau Augusta hätte größere Aufmerksamkeit verdient gehabt. Nicht nur, dass Wilhelm immer wieder außereheliche Liebesbeziehungen pflegte – auch politisch lag er mit der Kaiserin häufig über Kreuz. So lehnte diese den Kulturkampf, in dem ihr Mann eine durchaus treibende Rolle einnahm, nicht nur vehement ab, sondern versuchte, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch den Bestrebungen des Kaisers und Bismarcks entgegenzuwirken (vgl. hierzu die Beiträge von Jan Markert und Caroline Galm, *Historisch-Politische Mitteilungen*, Band 27 [2020]). Trotz solcher Lücken ist die Biographie von Robert-Tarek Fischer über Wilhelm I. ein informatives, lesenswertes und zudem flott und anschaulich geschriebenes Buch.

Wer eine knappe, kompetente und gut lesbare Darstellung zur Reichsgründung sucht, kann – wie beim Thema Deutsch-Französischer Krieg – auf einen schmalen Band von Michael Epkenhans zurückgreifen. Stets abgewogen urteilend, schildert er die Vorgeschichte seit 1848, die Entstehung des Reiches im Zuge

der Einigungskriege und die von der Gründung „von oben“ ausgehenden Wirkungen. Epkenhans betont die Janusköpfigkeit des neuen Staates, in dem der Reichstag nur eingeschränkte Rechte hatte und die Regierung allein vom Monarchen abhing, das Wahlrecht für das Zentralparlament aber fortschrittlicher und demokratischer war als das im „Mutterland der parlamentarischen Demokratie“ – Großbritannien – praktizierte.

### MEHR DISKONTINUITÄTEN ALS KONTINUITÄTEN

Die Sozialgesetzgebungspolitik sei von „ungeheurer Modernität“ gewesen und habe die „Grundlagen für den modernen Interventions- und Wohlfahrtsstaat geschaffen“. Eine Umgestaltung des Reiches im liberalen Sinne sei neben dem „Machiavellismus“ Bismarcks auch am „Opportunismus der Liberalen“ gescheitert, die es vorgezogen hätten, „sich so lange als möglich im Glanz des Reichsgründers zu sonnen“. Mit Blick auf den Ort des Kaiserreichs in der deutschen Geschichte betont Epkenhans, dass trotz der Belastungen durch die Form der Reichsgründung weder der Weg in die Katastrophe des Ersten Weltkriegs noch der in die nationalsozialistische Diktatur vorgezeichnet gewesen sei: „[...] die Diskontinuitäten zwischen Bismarck und Hitler überwogen die unlegbar vorhandenen Kontinuitäten.“

Auch Eckart Conze sieht die Widersprüche wie die Potenziale des Kaiserreichs, betont aber stärker die Sackgassen und Fehlentwicklungen seiner Geschichte. Er möchte sein Buch als „historische Analyse und geschichtspolitische Interven-

tion“ verstanden wissen, angesichts eines von ihm konstatierten Aufkommens eines „neuen Nationalismus, der außenpolitische Bindungen, nicht zuletzt in Europa, infrage stellt [...] und einer völkisch bestimmten nationalen Identität das Wort redet“. Dies werde dadurch gefördert, dass in Teilen der Geschichtswissenschaft – Conze nennt etwa Christopher Clark, an dessen populär gewordenem Buch *Die Schlafwandler* er sich in einem eigenen Kapitel kritisch abarbeitet – das Kaiserreich, das doch bis zum Schluss ein autoritärer Nationalstaat gewesen sei, zunehmend in einem milderen Licht betrachtet werde. Dabei – so heißt es gleich zu Beginn der „Intervention“ – könne allein die Weimarer Republik „einen Platz im Demokratiegedächtnis der Bundesrepublik beanspruchen“, während im Verhältnis zum Kaiserreich in dieser Hinsicht nur „Distanz und Diskontinuität“ vorhanden seien.

### VERNACHLÄSSIGUNG GEGENLÄUFIGER TENDENZEN

Mit Blick auf den zitierten Befund von Michael Epkenhans zur (auch von Conze erwähnten) Rolle des Kaiserreichs bei der Entstehung deutscher Sozialstaatlichkeit, die sich später als ein Anker unseres demokratischen Systems erwiesen hat, kann man hier sicherlich ein Fragezeichen setzen. Das gilt auch für einige andere Punkte. So weist Conze zwar wiederholt darauf hin, dass Nationalismus, Militarismus, Antisemitismus und ein – rassistisch aufgeladener und vielfach mörderischer – Kolonialismus gemeineuropäische Phänomene waren, führt dies jedoch kaum näher aus, um den deutschen Fall entsprechend

einordnen zu können. Auch werden gegenläufige Tendenzen vernachlässigt; etwa die Tatsache, dass das brutale Vorgehen der deutschen Schutztruppe gegen die Herero und Nama auf dem Gebiet des heutigen Namibia zwischen 1904 und 1908 – Norbert Lammert sprach 2015 dezidiert von „Völkermord“ – im Deutschen Reich durchaus erhebliche Proteste hervorrief. Alles in allem bietet das Buch eine ganze Reihe von Anregungen für Diskussionen – und das ist letztlich wohl die Funktion einer „geschichtspolitischen Intervention“.

### BETONUNG ZUKUNFTSWEISENDER POTENZIALE

Wer auf der Suche nach einem Buchgeschenk für eine historisch interessierte Person ist, kann mit dem Band von Christoph Nonn eigentlich nichts falsch machen. Es folgt offenkundig dem Grundsatz, dass, wer *Geschichte* vermitteln will, *Geschichten* erzählen sollte. Ausgehend von zwölf bekannten oder auch weniger bekannten Ereignissen, behandelt der Autor zentrale Aspekte der Geschichte des Kaiserreiches und stellt dabei auch manche vermeintlich gesicherte Erkenntnis infrage. Besonders gelungen ist seine Darstellung der konfessionellen Verhältnisse im Kaiserreich, für die er die Schilderung der durch eine angebliche Erscheinung der Mutter Gottes im saarländischen Marpingen am 3. Juli 1876 ausgelösten Ereignisse als Ausgangspunkt nimmt. Dabei attestiert Nonn den liberalen Kräften in den Parlamenten, die den Kulturkampf – wenn auch aus anderen Motiven als Bismarck und die Konservativen – unterstützten und teilweise forcierten, sie hät-

ten dabei nicht nur eigene Prinzipien mit Füßen getreten, sondern ihre Auffassungen mit „Fanatismus“ und „ideologischer Inbrunst“ vorgebracht.

Am Beispiel der bekannten Geschichte um den Hauptmann von Köpenick stellt Christoph Nonn die gängige, nicht selten mit dieser Episode illustrierte Behauptung vom „Militarismus“ des Kaiserreichs auf den Prüfstand. Zum einen seien der Bürgermeister von Köpenick und die im Rathaus anwesenden Beamten keineswegs in Ehrfurcht vor der Uniform des vermeintlichen Hauptmanns erstarrt, sondern hätten dessen Legitimation durchaus zu hinterfragen versucht und seien erst vor einer Gewaltandrohung zurückgewichen. Zudem sei das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Militär in den anderen europäischen Staaten vor dem Ersten Weltkrieg durchaus ähnlich und die Pro-Kopf-Ausgaben für das Militär in Großbritannien und Frankreich deutlich höher gewesen als im Deutschen Reich. Im Gegensatz zu Conze betont Nonn stärker die zukunftsweisenden und demokratischen Potenziale des Kaiserreichs, etwa dessen Rechtsstaatscharakter.

### PARTEIEN UND WÄHLER OHNE VERANTWORTUNG

Die parallele Lektüre der Bücher von Christoph Nonn und Eckart Conze ermöglicht es nicht nur, unterschiedliche Interpretationen wichtiger Aspekte der Geschichte des Kaiserreiches und solche, über die Konsens besteht, kennenzulernen. In manchen Punkten ergänzen sich die Darstellungen auch: So sind sich die Autoren einig darin, dass die ausgebliebene

Parlamentarisierung des Reiches die politische Kultur in Deutschland dauerhaft belastet hat, und zwar über das Kaiserreich hinaus. Die „Kombination aus demokratischem Wahlrecht und undemokratischer Verfassungsstruktur“ habe, so Nonn, „eine Praxis politischer Demagogie“ begünstigt. Während Conze hervorhebt, dass dies vor allem im rechten Lager der Entstehung von nicht selten stark nationalistischen Verbänden Vorschub geleistet habe, die unmittelbaren Einfluss auf die Bürokratie und die Öffentlichkeit auszuüben versuchten, betont Nonn die Folgen für die Parteien. Da deren Bedeutung zwar wuchs, aber nicht mit der Übernahme von Regierungsverantwortung verbunden war, seien 1919, als der Reichstag zum politischen Machtzentrum wurde, weder die Wähler noch die von einer „in einem halben Jahrhundert angeeigne-

te[n] Mentalität der politischen Verantwortungslosigkeit“ geprägten Parteien darauf vorbereitet gewesen.

### FONTANE LESEN!

Nochmals zurück zum eingangs zitierten Gordon A. Craig und seinem Werk über Theodor Fontane: Die nicht schlechteste Möglichkeit, sich anlässlich des 150. Jahrestages seiner Gründung wieder mit der Geschichte des Kaiserreiches auseinanderzusetzen, ist die (erneute) Lektüre der Romane Fontanes. Ihm bescheinigte Craig zu Recht, tiefer in die gesellschaftliche Wirklichkeit seiner Zeit eingedrungen zu sein und sie anschaulicher dargestellt zu haben, als es dem Historiker in der Regel möglich ist.

#### Soeben erschienen:

Tilman Mayer (Hrsg.): 150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland. Essays, Reflexionen, Kontroversen, Nomos Verlag, Baden-Baden 2021, 338 Seiten, 49,00 Euro.

Mit Beiträgen von Eberhard Diepgen, Michael Gehler, Christian Hillgruber, Eckhard Jesse, Hanns Jürgen Küsters, Hans-Christof Kraus, Ulrich Lappenküper, Reiner Marcowitz, Tilman Mayer, Henning Ottmann, Werner Plumpe, Wolfram Pyta, Ulrich Schlie und Brendan Simms.



# Das Kaiserreich

Anton von Werners Deutungen

## WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin,  
Abteilungsleiter Publikationen/  
Bibliothek, Wissenschaftliche  
Dienste / Archiv für Christlich-  
Demokratische Politik der  
Konrad-Adenauer-Stiftung.

In diesem Jahr wird der deutschen Reichseini-  
gung gedacht, manifestiert in der Kaiserprokla-  
mation im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar  
1871. So tiefenscharf mittlerweile die Forschung  
zum Kaiserreich ist, so fehlt doch heutigen Analy-  
sen in der Regel ein Element: das Verständnis für  
den damaligen nationalen Blickwinkel. Die heu-

tige Skepsis gegenüber dem nationalen Überschwang des 19. Jahrhunderts,  
völlig verständlich nach den nationalistischen Exzessen des „Dritten Rei-  
ches“, färbt den Blick auf die Perspektive der Zeitgenossen.

Dies zeigt sich paradigmatisch an der Rezeption des Historienmalers  
Anton von Werner (1843–1915). Werner, der aufgrund seiner politisch liberalen  
Überzeugungen zeitlebens eine Stellung als Hofmaler ablehnte, war dennoch  
zweifellos der politisch wichtigste und als Direktor der Berliner Kunstakademie  
auch einflussreichste Künstler des Kaiserreichs. Seine ikonisch gewordene Dar-  
stellung der Kaiserproklamation 1871, von der nur die Fassung im Bismarck-  
Museum in Friedrichsruh erhalten ist, fehlt bis heute in keiner Darstellung



Die Proklamierung des deutschen Kaiserreiches, Anton von Werner, entstanden 1871/1885,  
Dauerausstellung des Bismarck-Museums in Friedrichsruh, Öl auf Leinwand, 167 × 202 cm,  
Foto: © Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh

des Kaiserreichs, freilich mittlerweile eher negativ konnotiert. Das Gemälde  
begründete eine erstaunliche Karriere. Werner wurde als Spross einer verarm-  
ten Adelsfamilie in Frankfurt an der Oder geboren, der Vater war Tischler und  
ließ den Sohn Stubenmaler lernen. Diese Herkunft als adeliger Handwerker  
hat Werner nie geleugnet und beispielsweise Otto von Bismarck in einer poli-  
tischen Diskussion einmal entgegengehalten. Schon bald konnte der begabte  
Schüler die Kunstakademie besuchen und lernte über den mit ihm befreundeten  
Schriftsteller Victor von Scheffel den politisch liberalen, national geson-  
nenen jungen Großherzog Friedrich von Baden kennen. Erste Erfolge in der  
Malerei ermöglichten Werner in den 1860er-Jahren Studienaufenthalte in  
Paris und Italien, wobei er sich speziell an der französischen Historienmalerei

orientierte. Beim Frankreichfeldzug 1870 konnte der aufstrebende junge Künstler als Zivilist direkt in der Umgebung des preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm am Geschehen teilnehmen. Der Kronprinz, ein Schwager des ihm nahestehenden badischen Großherzogs, war die Hoffnung der liberalen Nationalbewegung und stand oft in Opposition zu Bismarcks Innenpolitik.

Im November 1870, als der Krieg in Frankreich militärisch gewonnen schien, kehrte Werner nach Deutschland zurück. Am 15. Januar 1871 erreichte ihn ein Telegramm des preußischen Hofmarschalls August Graf zu Eulenburg, der dem „Geschichtsmaler von Werner“ im Auftrag des Kronprinzen ausrichten ließ, dass er, wenn er bis zum 18. Januar in Versailles eintreffen würde, „etwas Ihres Pinsels Würdiges“ erleben würde. Werner, der den endgültigen Sturmangriff auf das immer noch belagerte Paris vermutete, machte sich noch am selben Tag auf den Weg und erreichte Versailles am frühen Morgen des 18. Januar.

## DIE KAISERPROKLAMATION ALS „SCHILDERHEBUNG“

Dort stellte sich heraus, dass er Zeuge der Proklamation des neuen deutschen Kaiserreichs werden sollte. Bismarck hatte durch Überredung und Bestechung König Ludwig II. von Bayern als ranghöchsten der deutschen Fürsten nach dem preußischen König dazu gebracht, Wilhelm im Namen der deutschen Fürsten die seit 1806 vakante Kaiserwürde anzutragen. Obwohl er innere Vorbehalte hatte, akzeptierte Wilhelm, freilich nicht, ohne sich noch am Vorabend der Kaiserproklamation mit Bismarck heftig zu streiten, ob er denn jetzt „Kaiser von Deutschland“ oder „deutscher Kaiser“ sein sollte. Inszeniert wurde die in Wilhelms preußischer Entourage sehr skeptisch gesehene, kurze Zeremonie im Spiegelsaal von Versailles, der pikanterweise mit Historiengemälden der Siege Ludwigs XIV., auch über Deutschland, geschmückt war. Vermutlich war die Wahl des Ortes nicht nur eine gezielte Demütigung Frankreichs, sondern auch eine praktische Notwendigkeit: Aufgrund des winterlichen Wetters hätte man die Zeremonie kaum im Freien stattfinden lassen können, und die etwa 1.400 Teilnehmer hätten wohl auch nicht in eine andere Räumlichkeit gepasst.

Das Datum hingegen war auf jeden Fall bewusst gewählt: Am 18. Januar 1701 hatte sich Friedrich I. in Königsberg zum „König in Preußen“ gekrönt, und als zentrales Datum der preußischen Monarchie fand immer am 18. Januar das Stiftungsfest des Schwarzer-Adler-Ordens statt, des wichtigsten Ordens der Monarchie. Organisatorisch war daher zum Ordensfest eingeladen worden und die Kaiserproklamation eine Folgeveranstaltung dazu. Im Vorfeld fand ein evangelischer Gottesdienst mit einer überlangen Predigt statt und erst danach eine knappe Zeremonie, bei der Wilhelm, umrahmt von den anwesenden deutschen Fürsten, die von Bismarck überreichte Annahmeerklärung auf den „Kaiserbrief“ Ludwigs II. verlas. Danach brachte

Großherzog Friedrich von Baden ein Hoch auf „Kaiser Wilhelm“ aus, was das noch nicht geklärte Problem der Titulatur elegant umschiffte. Fürsten und anwesende Offiziere, auch die Soldaten vor den offenen Fenstern, brachen in Jubel aus.

Anton von Werner hatte auf das Geschehen einen guten Blick gehabt und etliche Skizzen anfertigen können. Innerhalb weniger Tage entwarf er eine Komposition, die den Moment der Akklamation festhielt, den einzigen emotionaleren Augenblick. Werners Kunst bestand darin, einen „Knopfrealismus“ (so eine spätere abfällige Wertung), bei der eine hyperrealistische Darstellung quasi dokumentarischen Rang beanspruchte, durch subtile Veränderung in Geschichtsdeutung zu verändern. Bei der Kaiserproklamation stand er vor dem Problem, dass es traditionell zwei Legitimationsstränge im römisch-deutschen Kaisertum gegeben hatte: eine militärische, die den antiken Brauch rezipierte, den siegreichen Cäsar auf dem Schlachtfeld auf den Schild zu heben (obwohl dieser Akt als solcher im Mittelalter nicht nachweisbar ist), und seit Karl dem Großen eine religiöse, bei der der Papst den Kaiser krönte.



Ludwig Windthorst, Skizze Anton von Werners, 27. Januar 1890, Bleistift auf Papier, 470 × 350 mm, Foto: Stefan Gronimus, © Konrad-Adenauer-Stiftung e.V./Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Aufgrund der Frontstellung Preußens im beginnenden Kulturkampf gegen die katholische Kirche war eine solche religiöse Legitimation ausgeschlossen; Werner hatte zwar auch den Gottesdienst gezeichnet, achtete aber sorgsam darauf, im Bild der Kaiserproklamation religiöse Symbole zu vermeiden; selbst ein paar Diakonissen, die im Schloss Verwundete pflegten und sich in den Saal geschmuggelt hatten, fehlen. Stattdessen wird die

cäsarische Legitimation in der Bismarck'schen Ausprägung propagiert. Schon im Mittelalter wurde der Bericht Widukind von Corveys über die Kaisererhebung Ottos des Großen nach dem Sieg über die Ungarn auf dem Lechfeld 955 als Wiederbelebung der antiken, dezidiert nicht päpstlichen militärischen Legitimationsstrategie gedeutet. Werner, dem dies als auch das Mittelalter darstellendem Historienmaler bekannt war, inszenierte die Kaiserproklamation als entsprechende moderne Variante, in der sich mehrere Motive der mittelalterlichen Kaisererhebung mischten: Die Fürsten, ähnlich wie die Kurfürsten des alten Reiches, und die preußisch-deutschen Offiziere in Vertretung des Heerbanns erheben auch hier quasi auf dem Schlachtfeld,

nämlich dem Hauptquartier bei der Belagerung von Paris, den siegreichen Monarchen zum Kaiser; die Kirche spielt keine Rolle. Werner gibt hier dem neuen Reich die von Bismarck intendierte Legitimation: ein Fürstenbund mit dem siegreichen deutschen Kaiser an der Spitze, gestützt auf das Volk in Waffen.

Heutige Ausdeutungen der „Kaiserproklamation“ in ihren verschiedenen Versionen als Ausdruck eines speziell gegen Frankreich gerichteten Triumphalismus gehen fehl; es war ein in erster Linie in spezifisch deutschen Zusammenhängen konzipiertes Gemälde. Werner war ein überzeugter deutscher Patriot, aber in keiner Weise ein Verächter Frankreichs. Er liebte seit seinen Frankreich-Aufenthalten die französische Kunst und wurde später mehrfach in der deutschen Öffentlichkeit deswegen kritisiert. Einmal – eher skurril –, weil er seinen Schülern an der Kunstakademie französisches Zeichenpapier empfohlen hatte, dann, sehr viel brisanter, weil er bei der Berliner Kunstausstellung 1891 versucht hatte, französische Künstler nach Berlin zu holen. Diejenigen, die zugesagt hatten, wurden dann übrigens in der französischen Presse wegen angeblicher Nähe zum deutschen Gegner kritisiert – nationale Engstirnigkeit war kein deutsches Privileg. Auch in seiner Kunst war Werner mitnichten ein Nationalist: Seine Darstellung 1887 der ersten preußischen Krönung 1701 in Königsberg war ein deutliches Zitat des „Le Sacre de Napoléon“, der Darstellung Jacques-Louis Davids von der Krönung Napoleons 1804. Eines der im 19. Jahrhundert bekanntesten Bilder von Werners, auf dem der preußische Kronprinz 1870 an der Leiche des gefallenen französischen Generals Abel Douay innehält, entstand unter Beteiligung der Familie Douays und wurde auch in der französischen Presse gelobt – was zeigt, wie stark sich unser heutiges Verständnis von dem der Zeitgenossen unterscheidet, die die ritterliche Respektsbezeugung zu schätzen wussten. Da Werner allerdings die künstlerische Moderne ablehnte und sich gegen ihn und die von ihm vertretene Salonmalerei die Berliner Sezession bildete, wird er heute meist nur als engstirniger Vertreter des Wilhelminismus wahrgenommen.

## VERSIONEN DER KAISERPROKLAMATION

Die erste Version der Kaiserproklamation war ein Geschenk der deutschen Fürsten an Wilhelm I. zu seinem 80. Geburtstag am 22. März 1877. Sie wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Den Platz im Berliner Schloss hatte Werner zusammen mit dem Kronprinzen ausgesucht. Es entstanden in den Jahren 1882, 1885 und 1913 noch drei weitere Versionen: eine für das Zeughaus in Berlin, ebenfalls ein Kriegsverlust, und eine weitere, sehr kurzfristig, als Geschenk Wilhelms I. an Bismarck zu dessen 70. Geburtstag am 1. April 1885. Diese Variante ist die einzige im Original erhaltene und befindet sich heute im Bismarck-Museum in Friedrichsruh. Eine letzte Variante entstand für die Gymnasialaula in Frankfurt an der Oder und ist ebenfalls zerstört.

In der Version für das Berliner Schloss trägt Bismarck, historisch korrekt, einen blauen Waffenrock, aber bei der Zeughaus-Version und der Friedrichsruher Variante eine weiße Uniform und ist so in den Mittelpunkt des Bildes gerückt.

Der Künstler veränderte den Aussageschwerpunkt jeweils deutlich. In der Version für das Berliner Schloss dominierte die Menge der jubelnden Offiziere, nach mittelalterlicher Vorstellung die Akklamation durch das Volk verkörpernd. Dazu sind prominent Nicht-Preußen sichtbar, etwa Friedrich von Baden, der Mäzen Werners, der das Hoch auf den Kaiser ausbrachte, da ja auch die neu begründete Einheit der deutschen Staaten ihr Abbild finden musste. In der Variante im Zeughaus ist die Perspektive etwas verändert, und schließlich stellt die Friedrichsruher Version Bismarck in den Mittelpunkt. Außerdem wurde dort der Kriegsminister Albrecht von Roon, ein enger Freund Bismarcks, der wegen Krankheit der Feier gar nicht beigewohnt hatte, abgebildet und Bismarck selbst mit dem ihm erst später verliehenen Orden *Pour le Mérite* dargestellt: Bei dieser Version ging es in erster Linie darum, Bismarcks Lebensleistung mit allen seinen Ehrungen und seinen Wegbegleitern zu zeigen. Außerdem muss man in Rechnung stellen, in welchem Maße der Hof und fast alle Dargestellten Wert auf solche Details legten und der Künstler dem zu entsprechen hatte. Werner berichtet etwa davon, wie er mit Wilhelm I. die Orden und die Ausstattung der Helme einzelner Personen diskutierte, und Bismarcks Frau brachte persönlich die Stiefel, die dieser getragen hatte, als Vorlage in Werners Atelier.

## DIE REICHSTAGSERÖFFNUNG ALS NEUANFANG

In seiner Position als unangefochten wichtigster Historienmaler in Berlin war Werner gewissermaßen „gesetzt“, als Wilhelm II. zu seinem Herrschaftsantritt eine feierliche Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal des Berliner Schlosses plante. Das Dreikaiserjahr 1888 hatte mit dem Tod Wilhelms I. und der kaum wirksam gewordenen Regierungszeit des „Hunderttagekaisers“ Friedrich III. zu einer deutlichen Beunruhigung geführt; in der ausländischen Presse wurde sogar über ein Zerbrechen des Reiches spekuliert, wobei aber eher der Wunsch Vater des Gedankens war. Wilhelm II. wollte in dieser Situation seinen Herrschaftsantritt deutlich markieren und sich dabei auch von seinem liberalen Vater absetzen. Gleichzeitig war ihm jedoch klar, dass sich die politischen Gewichte verändert hatten. Der Reichstag, der eigentlich nur über ein Budgetrecht verfügte, war durch das im internationalen Vergleich sehr demokratische Wahlrecht in die Rolle eines Gegenparts zur Regierung hineingewachsen. Aufgrund der komplizierten rechtlichen Stellung – nach der Reichsverfassung war der deutsche Kaiser eigentlich nichts weiter als



Die Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal des Berliner Schlosses durch Wilhelm II., Anton von Werner, entstanden 1888–1893, zeitweise im Deutschen Historischen Museum ausgestellt, Öl auf Leinwand, 387 × 642 cm, GK I 8879, © Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg / Fotograf: Fotostudio Bartsch

der Primus inter Pares der Bundesfürsten – sollte keine Krönung stattfinden, sodass die Reichstagszeremonie eine zentrale Bedeutung als zeremonielle Übernahme der Herrschaft gewann.

Die heutige Perspektive auf Wilhelm II. ist durch sein späteres überhebliches Auftrumpfen und seine desaströsen Fehlentscheidungen und Entgleisungen bestimmt. Den Zeitgenossen 1888 erschien er als Garant eines verheißungsvollen Neuanfangs, der nach der Agonie eines beliebten, aber in den letzten Jahren kaum mehr handlungsfähigen Wilhelm I. und einem über lange die Fäden in der Hand haltenden, mittlerweile altersstarrsinnigen Bismarck endlich „frischen Wind“ in die deutsche Politik bringen würde. Karikaturisten zeichneten den jungen Kaiser, wie er die Fenster öffnet. Die Reichstagszeremonie 1888 festigte genau diese Erwartungen. Die Thronrede war sorgsam abgewogen, selbstbewusst, aber nicht außenpolitisch aggressiv, und enthielt das Angebot des Kaisers zur innenpolitischen Zusammenarbeit „ohne Trennung nach gesonderter Parteistellung“. Die Rezeption in der in- und ausländischen Presse war durchweg sehr positiv. Die Feier war nach heutigen Maßstäben pompös, entsprach jedoch völlig dem Zeitgeschmack. Was auf uns überladen wirkt, war damals auf der Höhe der Zeit – auch in London, Paris oder New York. Nur ein so scharfsinniger Beobachter wie Mark Twain erkannte darin schon damals, freilich mit Blick auf die USA, ein „Gilded Age“, ein bloß *vergoldetes* Zeitalter. Werner wurde dabei vom Beobachter zum

Akteur: Auf Wunsch des jungen Monarchen hatte er die Ausstattung des Weißen Saals besorgt und dann seine eigene Dekoration gemalt.

Etliche Elemente der Kaiserproklamation fanden sich bei der Reichstagszeremonie am 25. Juni 1888 wieder: Die Fürsten des Bundes versammelten sich, wobei es kräftig Eifersüchteleien um den Standort gab; Wilhelm II. trat im Ordensmantel des Schwarzer-Adler-Ordens auf, die anderen Ordensritter, unter ihnen der greise Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke, waren ebenfalls anwesend. Zusammen mit den preußischen Kroninsignien betonte dies die Verbundenheit mit dem alten Preußen. Anders als in Versailles gab es aber keine Akklamation durch das Heer; an seine Stelle war sehr bewusst der Reichstag gesetzt. Spiegelbildlich zur Kaiserproklamation war damit ein neues legitimatorisches Element getreten, die „Parlamentarisierung“ des Reiches wurde auch in der offiziellen Kunst greifbar.

## ZENTRUMSFÜHRER STEHT MODELL

In den folgenden Monaten arbeitete Werner an dem Bild zur Reichstagszeremonie, das er auch selbst als Gegenstück zur „Kaiserproklamation“ sah. Als Mitorganisator hatte er viele Skizzen anfertigen können, nun porträtierte er systematisch die darzustellenden Reichstagsabgeordneten. Deren Position auf dem Bild hing häufig vom Wunsch des neuen Kaisers ab, was Werner einiges Kopfzerbrechen bereitete. Besonders interessant ist dabei, dass auf expliziten Wunsch des Monarchen auch die katholische Zentrumsparterie ihren Platz finden sollte. Der ehemalige hannoversche Justizminister Ludwig Windthorst, mittlerweile als unbestrittene Führungsfigur des katholischen Zentrums Bismarck verhasst, bekam einen prominenten Platz auf dem Bild. Werner berichtet in seinen Erinnerungen von dessen Besuch: „Als mir Dr. Windthorst, der Zentrumsführer, Modell stand – es war der 27. Januar 1890 –, erkundigte er sich zunächst, ob Seine Majestät auch wirklich damit einverstanden sei, daß er auf dem Bilde dargestellt werde“ (S. 554). Zwei der Skizzen von Windthorst sind erhalten geblieben. Die auf Seite 113 wiedergegebene ließ von Werner in seinen „Erlebnissen und Eindrücken“ abbilden (ebenda). Später gelangte sie mit dem Nachlass des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich Krone in das Archiv für Christlich-Demokratische Politik in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Eine vergleichbare Rezeption wie der „Kaiserproklamation“ war dem 1893 fertiggestellten Reichstagszeremoniebild nicht beschieden, auch wenn Werner darin zu Recht einen gelungenen ästhetischen Auftakt der Regierungszeit Wilhelms II. sah und die öffentliche Reaktion durchaus positiv war. Heutzutage ist das Bild zeitweise im Depot; eine gerade erschienene Darstellung zur Reichsgründung verwechselt es sogar mit der ersten Reichstagszeremonie 1871 unter Wilhelm I.

Im Vergleich wird deutlich, in welchem Maße Werner als Interpret des Deutschen Reiches diente, sowohl des cäsarischen Bismarckreiches als auch des inklusiver gedachten Wilhelminischen. 1871 benötigte das neu geschaffene preußisch-protestantische Reich aufgrund des Konflikts mit der katholischen Kirche eine nicht christliche, nicht päpstliche Legitimation. Werner lieferte eine Geschichtserzählung, die die cäsarische „Schilderhebung“ auf dem Schlachtfeld den Umständen des Deutsch-Französischen Krieges adäquat anpasste. Das Bild erreichte seinen Zweck; bis heute prägt es, wenn auch jetzt eher negativ rezipiert, unsere Vorstellungen vom Kaiserreich. 1888 gab es andere Notwendigkeiten: Wilhelm II. musste sich von Bismarck und dessen innenpolitischer Konfliktstrategie absetzen. Gleichzeitig war der junge Kaiser bestrebt, möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu integrieren, weshalb der Reichstag eine wesentliche Rolle spielte und die unter Bismarck als „Reichsfeinde“ verfeimten Katholiken mit ihrer Galionsfigur Windthorst prominent ins Bild gerückt wurden.

Werners Darstellungsabsicht war dabei nicht in erster Linie ästhetisch, sein Naturalismus ein Mittel zum Zweck der Geschichtsdeutung. Wenn nötig, wurden Personen versetzt, Details wie Bismarcks Uniform verändert oder Figuren wie Roon hinzugefügt. Die heutige Abwertung geht deshalb an der Sache vorbei: Anton von Werner ist dem selbst gesteckten Ziel als Deuter des Kaiserreiches durchaus gerecht geworden.

#### Literatur

Bartmann, Dominik: Anton von Werner. Zur Kunst und Kunstpolitik im Deutschen Kaiserreich. Berlin 1985.

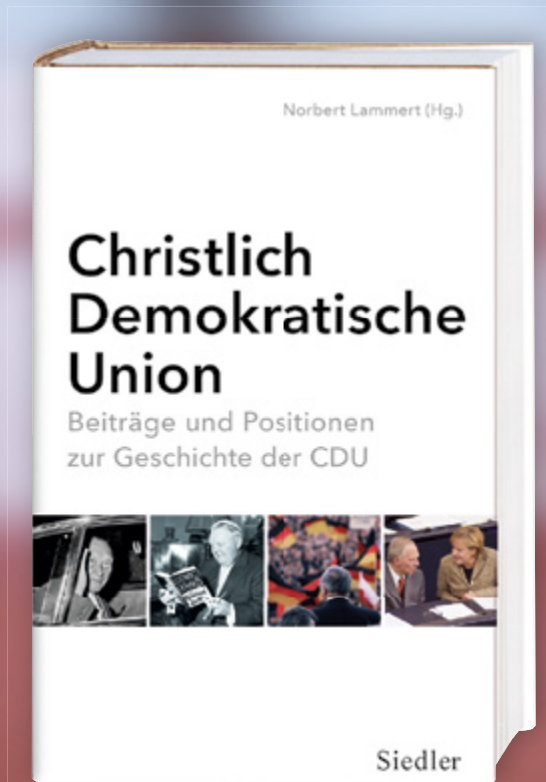
Bartmann, Dominik (Hrsg.): Anton von Werner. Geschichte in Bildern. München 1993 (Katalog der Ausstellung im Deutschen Historischen Museum 1993).

Bendikowski, Tillmann: 1870/71. Der Mythos von der deutschen Einheit, München 2020. (Ich verdanke den Hinweis auf den Band und das falsch zugeordnete Reichstagseröffnungsbild Christopher Beckmann).

Gaethgens, Thomas W.: Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreichs. Ein Historienbild im Wandel preußischer Politik, Frankfurt am Main 1990.

Nonn, Christoph: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, München 2020.

Werner, Anton von: Erlebnisse und Eindrücke 1870–1890, Berlin 1913.



Hardcover mit Schutzumschlag, 840 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 30,00 € ISBN: 978-3-8275-0138-7

## 75 Jahre CDU

### Bilanz einer Erfolgsgeschichte

Nach der Kapitulation Deutschlands 1945 reichten sich Katholiken und Protestanten die Hände und gründeten die Christlich Demokratische Union. Sie ist die erfolgreichste Partei in der bundesdeutschen Geschichte. Mehr als fünfzig Jahre stellt sie schon den Kanzler oder die Kanzlerin. In ihren Essays widmen sich bekannte Autorinnen und Autoren dieser großen Volkspartei von ganz unterschiedlichen Standpunkten aus. So geht es um die historische Rolle der CDU ebenso wie um ihr Führungspersonal, ihren Umgang mit NS-Zeit und SED-Herrschaft oder ihre Weltanschauung und nicht zuletzt um die Überwindung der deutschen Teilung und die Integration Europas. Deutlich wird: Die CDU will gestalten, heute und in Zukunft.

# Schriftsteller der Einheit

—  
Günter de Bruyn zum Gedenken

## MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter  
Literatur der Konrad-Adenauer-  
Stiftung und außerplanmäßiger  
Professor für Neuere Deutsche  
Literatur und ihre Didaktik an der  
Universität zu Köln.

„Als Poesie gut“: Damit soll der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. einmal begründet haben, warum er eine militärische Denkschrift über die Option eines Volksbefreiungskrieges ablehnte. Günter de Bruyn hat Episoden wie diese geliebt und gesammelt. Warum? Weil sich damit ganz wunderbar, leicht-ironisch

und zugleich lehrreich vom Verhältnis von Literatur und Politik erzählen lässt, von der Blütezeit Preußens bis zum wiedervereinigten Deutschland. Am 4. Oktober 2020, einen Tag nach dem 30. Jahrestag der Deutschen Einheit, ist Günter de Bruyn im Alter von 93 Jahren gestorben.



Günter de Bruyn (1926–2020) im Januar 1992 in Berlin. Foto: © Isolde Ohlbaum

Geboren wurde Günter de Bruyn am 1. November 1926 in Berlin-Neukölln als Sohn eines süddeutschen Versandhändlers. Der Familienkatholizismus, so bedrückend ihn de Bruyn manchmal beschrieben hat, war für eines gut: Er gab „aller Staats-Distanzierung den nötigen Rückhalt“. Als im Herbst 1940 die Luftangriffe auf Berlin begannen, ging er mit Jahrgangsgenossen für zehn Monate in ein Kinderlandverschickungsheim im Osten, nach Kattowitz, nur eine Tagesreise von Auschwitz entfernt. 1943 wurde der halbwüchsige Schüler zur Flugabwehr einberufen, 1944 als Soldat rekrutiert. Nach Kriegsende schloss sich de Bruyn den Vertriebenen trecks an und kam auf Umwegen nach Berlin zurück, fast genau zu der Stunde, als sich im Cecilienhof die Siegermächte zur Potsdamer Konferenz einfanden. Solche Koinzidenzen von persönlichen und politischen Daten treten in de Bruyns Biographie oftmals auf. Als die DDR gegründet wurde, nahm er – nach dreijährigem Dienst als Schullehrer im Westhavelland – eine Stelle im Zentralinstitut für Bibliothekswesen an. Am 17. Juni 1953 trieb es ihn „Unter den Linden“ in die protestierende Menschenmenge. Und als 1961 die Mauer gebaut wurde, quittierte er seine Bibliotheksstelle, um fortan in Ruhe schreiben zu können.

Mit den eigenen literarischen Anfängen hat sich de Bruyn kritisch auseinandergesetzt. Den ersten Roman *Der Hohlweg* (1963), ein antifaschistischer

Tugendsspiegel über die Ankunft in der sozialistischen Gesellschaft, nannte er später einen „Holzweg“. Er scheute sich nicht, den eigenen Mut zu relativieren, die „Selbstentfremdung durch Angst“ und die Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit zu thematisieren. Das belegen eindringlich seine Romane. Sie sind Zerrspiegel der sozialistischen Erziehungsdiktatur und zugleich Lehrstücke des freien Denkens. Die Gelehrtsatiren *Buridans Esel* (1968), *Preisverleihung* (1972), *Märkische Forschungen* (1978) und der Demenz-Roman *Neue Herrlichkeit* (1984) erzählen davon, wie die DDR sein wollte und wie sie hingegen wirklich war: realistische Gesellschaftsromane eines Autors, den man „Fontane der DDR“ nannte. Wie Theodor Fontane leuchtet der Erzähler de Bruyn seiner Gesellschaft mit jener „lichten Selbstironie“ heim, die seinen Figuren, die ihre Sorgen mit Tabletten betäuben und ihre Hoffnungen mit honorierten Gefälligkeiten nähren, fehlt.

Der Roman *Preisverleihung* erzählt davon auf wahrhaft modellhafte Weise: Ein von der Realismuskonzeption der DDR und dem Bitterfelder Weg überzeugter Universitätsdozent muss einem befreundeten linientreuen Autor die Laudatio halten und scheitert auf kuriose Weise, weil er statt zur Sache nur über sich selbst redet, verquer wie die zwei verschiedenen Schuhe, die er versehentlich angezogen hat. De Bruyns Roman nimmt die Lektion des Stasi-Films *Das Leben der Anderen* (2006) vorweg: Gegen die „Anderen“, die einen bevormunden, observieren und manipulieren, hilft nur genaues Zuhören und listiges Vorgehen beim Aufschreiben der Wahrheit.

## „JUBELSCHEIE, TRAUERGESÄNGE“

Als die Mauer fiel, stand Günter de Bruyn auf der Seite der freundlichen Mahner. Zwischen „Jubelschreien, Trauergesängen“ (so auch der Titel seines Essaybandes von 1991) bekannte er sich zu einer Position der deutschen Kulturturnation, die sich, so argumentierte er, mit guten Gründen der Freiheit und des Friedens freuen sollte, durch die die Vereinigung des lange geteilten Landes zustande gekommen sei. Einen „Schriftsteller der deutschen Einheit“, so hat Wolfgang Schäuble, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1996 den Autor bei seiner Laudatio im Weimarer Nationaltheater genannt, als de Bruyn dort mit dem zum vierten Mal verliehenen Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet wurde: für seine autobiographischen, essayistischen und erzählenden Werke, die – so die Begründung der Jury – „mit leiser Deutlichkeit, mit Menschenfreundlichkeit und Humor der Freiheit das Wort“ geben.

Günter de Bruyn hat seine kulturpolitische Haltung beglaubigt, indem er seine Autobiographie über seine Jugend in Berlin (*Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin*, 1992) und seine Zeit in der DDR (*Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht*, 1996) vorlegte. Umsichtig und klarsichtig schreibt er da über sein

Leben in zwei Diktaturen, geht ins Gericht mit falschen Erinnerungen und kreidet mit Jean Paul, über den er eine mehrfach aufgelegte Biographie geschrieben hat, den „Kraftmenschen“ an, dass sie „die Kraft der Wahrheit vermissen lassen, also der Butterblume gleichen, aus welcher, da die Kühe sie nicht fressen, ‚niemals Butter wird‘“.

Die Autobiographie ist das Gelenk, das die Romane der Phase I seines schriftstellerischen Wirkens mit den Preußenbüchern der Phase II verbindet. Seit den 1990er-Jahren hat Günter de Bruyn sich als Erforscher der preußischen Geschichte hervorgetan; er erzählt, was der Historiker Christopher Clark in seinem Buch *Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947* (2007) beschreibt: wie Preußen dank seiner Kultur ein europäischer Staat war, bevor er ein deutscher wurde, und wie der preußische Staat seine Geschichte „sozusagen erst beim Erzählen“ gefunden und erfunden hat.

## ERZÄHLER ALS GESCHICHTSFORSCHER

De Bruyns *Preußische Trilogie* (2004) behandelt Schicksale, Bücher und Menschen aus Berlins Kunstepoche um 1800. Es geht um die Prachtallee „Unter den Linden“, um die Adelsfamilie Finckenstein, um die charismatische Preußenkönigin Luise, die dreimal den Dichter Jean Paul traf, der sie ihrer schönen Seele und politischen Güte wegen verehrte, ihr ein Festspiel, ein Romanmotto und, als sie 1810 starb, einen berührenden Nachruf widmete.

Als Fortsetzung der Trilogie ist 2010 der Band *Die Zeit der schweren Not* erschienen. Hier versammelt de Bruyn Schicksale aus dem Kulturleben Berlins Anfang des 19. Jahrhunderts, und das mit Augenmaß: Der Erzähler als Geschichtsforscher hält Kurs zwischen Reformgeist und preußischem Patriotismus, sympathisiert jedoch mit der äußerst lebendigen Kulturszene der Zeit. Ihn faszinieren der Philosoph Friedrich Schleiermacher, der Germanist Wilhelm Grimm, der mit Goethe befreundete Singakademieleiter Carl Friedrich Zelter, der Bildungspolitiker Wilhelm von Humboldt, der für die Freiheit von Lehre und Forschung eintrat, die Tischgesellschaften und Salons Rahel Varnhagen von Enses und Figuren wie Bettine von Arnim, die sich im Morgenrock in den Berliner Straßen herumtrieb, den älteren Kollegen Ludwig Tieck in dessen Schlafzimmer aufsuchte und mit ihren „Gedanken- und Körpersprüngen“ verschreckte. Achim von Arnim kam zur Trauung mit der katholischen Bettine fast zu spät, weil ihn der Küster versetzt hatte, woraufhin der ratlose Bräutigam durch das protestantische Berlin lief und jeden, der einem Küster ähnlich sah, ansprach.

Neben der preußischen Geschichte geht es im Spätwerk de Bruyns immer wieder um märkische Landschaften. Der Foto- und Textband *Mein Brandenburg* (1993) ist ein Bekenntnis des Autors zu seiner Herkunftsheimat. In der Tradition von Fontanes *Wanderungen durch die Mark Brandenburg* (1862)

betrachtet er die Seen und Heiden, die Rittergüter und Dörfer, notiert die Umweltschäden und erinnert an Geschichtsvergessenheiten: Märkisch sind die „Heide, der Sand und der Sumpf, die westlichen Tore Berlins und Potsdams dagegen heißen Brandenburger und nicht märkische Tore, weil durch sie hindurch mußte, wer in die Stadt Brandenburg wollte“.

*Abseits*, so der sprechende Titel seines Buches von 2005, vom Kulturbetrieb forschte und schrieb der Autor in einem brandenburgischen Dorf, wo er seit 1967 lebte, getreu der Maxime des von ihm geschätzten Chamisso: „in dieser rasenden Zeit zieh' ich mich in Demut zurück.“

## VERTEIDIGUNG DER KÜNSTLERISCHEN FREIHEIT

Sicherheit, Freiheit und Frieden im Staate sind auf Literatur begründet. Deswegen hat uns Günter de Bruyn in seinen Romanen und Geschichtserzählungen intensiv vergewissert. Der bleibende Wert dieser Werke liegt in ihrer Geschichtsgenauigkeit, ihrer politischen Unerschrockenheit und ihrer milden Ironie, vor allem aber in der Verteidigung der künstlerischen Freiheit. Günter de Bruyn hat im Gesellschaftsroman der DDR den deutschen Zeitroman, in der brandenburgischen Landschaft Geschichten von Heimat und Herkunft – und in der preußischen Geschichte eine europäische Erzählung entdeckt.

Mit seinem letzten Buch ist Günter de Bruyn wieder zum Roman zurückgekehrt. *Der neunzigste Geburtstag* (2018) spielt im August 2015, also mitten im Jahr der Willkommenskultur. Hedwig Leydenfrost feiert in der märkischen Provinz ihren 89. Geburtstag, und die Familie überlegt, was man an ihrem 90. anfangen kann. Vielleicht eine Spendenaktion für Flüchtlinge? Das würde Hedwig bestimmt gefallen: Weil sie schon früher, als Wortführerin der Außerparlamentarischen Opposition, „verlangt hatte, möglichst viele Fremde ins Land zu holen, um die deutsche Kultur zu einer globalen, also weniger deutschen werden zu lassen“, fühlt sie sich jetzt – anders als ihr Bruder – „verpflichtet, die von der Kanzlerin geforderte Freude über die ungeordnete Ankunft der vielen Kriegs- und Armutsfüchtlinge mitzuempfinden, obwohl ihr dabei das eigentlich doch auf Opposition getrimmte Gewissen schlug“. Der Roman erzählt von einem langen Leben im kurzen 20. Jahrhundert und den Lektionen aus der Geschichte für die Gegenwart; es geht um Glauben und Wissensnot, Fortschrittsangst und Mut zu Altbewährtem, die Grenzen des Genderns und die Schönheit der deutschen Sprache, alles in einem gelassenen Ton wie bei Fontane, in dem sich Idylle und Zeitkritik nicht ausschließen. Kurzum: „Als Poesie gut“.

## AUS DER STIFTUNG

### PUBLIKATIONEN

Die im Oktober 2020 erschienene Studie *Im Glauben vereint?* untersucht Ähnlichkeiten und Unterschiede in den Einstellungen von Muslimen und Christen in religiösen Fragen.

Nach Wahlen zeigt sich, dass einzelne Parteien im ländlichen Raum anders abschneiden als in größeren Städten. So sind die Unionsparteien traditionell im ländlichen Raum stärker, SPD und Grüne hingegen in urbanen Gebieten – besonders in Großstädten. Woran liegt es, dass Stadtbewohner anders wählen als die Landbevölkerung? Die im Oktober 2020 veröffentlichte Studie *Ticken Städte anders? Politische Einstellungen in urbanen und ländlichen Regionen* geht dem nach.

Politik ist in Alltagsgesprächen allgegenwärtig. Spielt es dabei eine Rolle, mit wem wir uns über Politik austauschen? Das untersucht die im November 2020 publizierte Studie *Let's talk about politics!*. Unter anderem zeigt sich, dass insbesondere die jeweiligen Lebenspartner Einflusspotenzial besitzen. Zudem lassen sich bei der Kommunikation über politische Themen inner- und außerhalb von Partnerschaften merkliche Unterschiede zwischen den Anhängern verschiedener Parteien feststellen.

In den internationalen Beziehungen stellt China eine besonders große Herausforderung für Deutschland und Europa dar. Zwei im November 2020 erschienene

Studien widmen sich der aufsteigenden Macht in Asien aus verschiedenen Perspektiven. *Chinas Storytelling* analysiert, wie das Land zu einer Diskursmacht avanciert, und empfiehlt Deutschland und Europa, das eigene Narrativ stärker herauszubilden. Die Studie *Multilateralismus und Chinas globale Rolle* zeigt, wie China mit zunehmendem globalem Einfluss das eigene Verständnis von multilateraler Zusammenarbeit verbreitet, das grundsätzliche Werte, Prinzipien und Normen der internationalen Ordnung hinterfragt. Um dem zu begegnen, muss die Europäische Union die Zusammenarbeit mit Partnern weltweit dafür nutzen, multilaterale Institutionen zu stärken.

### PERSONALIA

Am 1. November 2020 übernahm Korbinian Heptner die Leitung der Abteilung Haushalt im Bereich Finanzen (Dienstleistungszentrum); Edmund Ratka ist seither Leiter des Länderprojekts in Jordanien.

Seit 1. Dezember 2020 ist Christophe Darley Leiter Wirtschaft und Innovation (Analyse und Beratung), und Christine Leuchtenmüller ist Leiterin des Politischen Bildungsforums Hamburg.

Natalie Rußmann leitet seit Januar 2021 das Länderprojekt Namibia; Daniel Braun hat die Leitung des Länderbüros Nordmazedonien und Kosovo übernommen.



# Die Biografie eines großen deutschen Europäers

Die beiden Geschichtswissenschaftler Michael Gehler und Marcus Gonschor liefern eine fundierte Biografie des langjährigen Europapolitikers und ehemaligen Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering. Sie zeichnen Pötterings Lebenslauf und politische Entwicklung nach und würdigen seine maßgebliche Rolle beim Aufbau parlamentarischer Strukturen in der EU. Gehler und Gonschor schreiben damit zugleich ein wichtiges Stück christdemokratischer, bundesrepublikanischer Geschichte.

**Ein europäisches Gewissen**  
Hans-Gert Pöttering - Biografie  
864 Seiten | Gebunden  
mit Schutzumschlag  
€ 30,- (D) / € 30,90 (A) / SFr 41.50  
ISBN 978-3-451-38982-5



**HERDER**  
*Lesen ist Leben*

Neu in allen Buchhandlungen  
oder unter [www.herder.de](http://www.herder.de)

## AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2021  
zum Thema

## Corona chronisch?

### Ein Jahr COVID-19-Pandemie

Mit Beiträgen unter anderen von Tilman Allert, Helge Braun, Ilona Kickbusch,  
Ursula Münch, Susanne Rode-Breyman und Christian Waldhoff.

## IMPRESSUM

Nr. 566, Januar/Februar 2021, 66. Jahrgang, ISSN 0032-3446

### DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die  
**Konrad-Adenauer-Stiftung** von  
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

**Begründet 1956 von**  
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

**Redaktion**  
Bernd Löhmann (Chefredakteur)  
Ralf Thomas Baus (Redakteur)  
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

**Geschäftsführung**  
Konstantin Otto

**Anschrift**  
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin  
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92  
[ralf.baus@kas.de](mailto:ralf.baus@kas.de)  
[cornelia.wurm@kas.de](mailto:cornelia.wurm@kas.de)  
[www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de)

**Redaktionsbeirat**  
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,  
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Dieser Ausgabe liegt das *Jahresinhaltsverzeichnis 2020* bei.

### Verlag und Anzeigenverwaltung

Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG  
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück  
Telefonnummer: (05 41) 31 03 81  
[E.Cilker@fromm-os.de](mailto:E.Cilker@fromm-os.de)

### Herstellung

Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG  
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

### Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH  
Agentur für Markenentwicklung, Berlin  
[www.stanhema.com](http://www.stanhema.com)

### Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



## FUNDSTÜCK

### „ZWISCHEN ALTEM KRIEG UND JUNGEM EUROPA“

Die post-sowjetische Generation in der russischen, von EU-Staaten umgebenen Exklave Kaliningrad ist hin- und hergerissen: junge Menschen mit pink gefärbten Haaren, die westlichen Lebensstilen folgen; andere in Uniformen, die bis heute die Schlacht um Königsberg nachspielen.

Wohin dieser Gegensatz führt – zu Abgrenzung oder Öffnung –, ist noch nicht abzusehen. „Neue Kulturkämpfe“ müssen jedoch nicht unbedingt von Nachteil sein.

Fotos: © Lukas van Bantum (Identity Negotiation)





Do not discriminate against yourself, feel free